Kongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands S. 6

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 21 vom 22. Mai 1981 15. Jahrgang 1 DM



50 000 Menschen auf Friedensdemonstrationen

am vergangenen Wochenende. In Frankfurt, Mönchengladbach und Bielefeld fanden drei große Aktionen statt, die sich vor allem gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß richteten. Bei all diesen großen Kundgebungen des Friedenswillens handelte es sich um gemeinsame Aktionen zahlreicher Parteien und Organisationen, darunter auch die KPD und ihr Jugendverband KJD. Selbst sintflutartige Regenfälle wie in Mönchengladbach konnten die Demonstranten nicht davon abhalten, ihren Friedenswillen zu manifestieren.

Seit Januar Preisauftrieb von 15 Prozent

Bahnfahren wird schon wieder teurer

Millionen Werktätige, die auf die Bundesbahn angewiesen sind, werden in diesem Sommer noch tiefer in die Tasche greifen müssen. Zum zweitenmal innerhalb nur eines halben Jahres wird die Bahn ihre Preise drastisch erhöhen. Schon am 15. Januar sind die Fahrkarten um durchschnittlich 7,9 Prozent teurer geworden. Und am 1. Juli wollen die Bahnbosse noch einmal 6,4 Prozent draufschlagen.

Damit werden dann die Fahrpreise gegenüber der Jahreswende um fast 15 Prozent angestiegen sein. Und auch das ist nur ein Durchschnittswert. Denn wie auch schon bei früheren Preiserhöhungen, so werden auch jetzt wieder die Werktätigen, die mit der Bahn zur Arbeit fahren, besonders stark zur Kasse gebeten. Der durchschnittlichen Preiserhöhung um 6,4 Prozent steht nämlich eine Verteuerung der Fahrkarten im Nahverkehr um bis zu zehn Prozent gegenüber.

Begründet wird dieser unverschämte Griff in die Geldbeutel der Werktätigen wieder einmal mit der schlechten Ertragslage bei der Bundesbahn. Unerwähnt bleibt dabei jedoch, daß etwa die Bundespost satte Milliardenprofite erwirtschaftet, ohne daß die Herren in Bonn auch nur im Traum daran denken würden, wenigstens die Preise bei der Post stabil zu halten oder mit den Postüberschüssen die Verluste bei der Bahn zu sanieren. Im Gegenteil: Gerade erst hat die Bundesregierung ihre ursprünglich zugesagten Zuschüsse für die Bahn um 1,6 Milliarden Mark zusammengestrichen.

Das Geld wird ja anderswo dringend gebraucht, beispielsweise bei der Aufstockung des Rüstungshaushalts. Um die immer neuen Ausgaben für die Bonner Kriegsmaschine zu finanzieren, wird an allen Ecken und Enden der staatliche Raubzug auf die Einkommen der Werktätigen organisiert. Bezeichnend für die neuen Preiserhöhungen bei der Bundesbahn ist dafür auch die Tatsache, daß die Teuerung ausschließlich den Personenverkehr betrifft. Den Kapitalisten mochte man höhere Ausgaben nicht zumuten — die Tarife für Frachten im Güterverkehr bleiben unverändert.

Die Unternehmerzeitung „Handelsblatt" kommentierte den für Juli angekündigten neuen Preisschub bei der Bahn zynisch so: „Sie (die Bahnbenutzer) können froh sein, wenn die Bahn mit der nächsten Preiserhöhung wenigstens bis 1982 wartet." Und tatsächlich: So unglaublich es klingen mag, eine dritte Verteuerung der Fahrpreise noch in diesem Jahr ist keineswegs ausgeschlossen. Denn schon im Februar haben die Bahnbosse angekündigt, daß sie künftig die Preise je nach der Verteuerung der konkurrierenden Verkehrsmittel in kurzen Abständen in die Höhe treiben werden.

Mit den konkurrierenden Verkehrsmitteln ist vor allem das Auto gemeint, dessen Benutzung sich ja durch die Benzinpreisexplosion rapide verteuert. Und was die Bundesregierung hier plant, ist nichts anderes als eine automatische Koppelung der Bahnpreise an die von den Multis in die Höhe gejagten Benzinpreise. Wie sagte doch kürzlich Bundesbahnchef Vaerst? „Wir werden uns bei den Preisen das holen, was der Markt hergibt."

Opposition soll eingeschüchtert werden

Schmidt droht mit Rücktritt

Die Reaktion jubelt

„Endlich" — mit dieser Schlagzeile reagierte die „Bild"-Zeitung auf die Drohung Bundeskanzler Schmidts an seine Partei, er verbinde sein Schicksal mit dem NATO-Nachrüstungsbeschluß und würde im Falle einer Weigerung der SPD, diesen Beschluß anzunehmen, zurücktreten. Mit dieser Drohung soll die SPD einmal mehr mit der Strauß-Angst auf den Kurs der Regierung und des richtlinienbestimmenden Kanzlers eingeschworen werden.

Er, so sagte Schmidt vor der bayrischen SPD am Sonntag noch deutlicher, habe auch ein politisches Gewissen. Und mit dem ließe sich eine Rücknahme des NATO-Beschlusses nicht vereinbaren. Das würde zum Rücktritt der Regierung führen, und dann würde „eine ganz andere" Regierung die Macht antreten.

Es ist aber nicht nur die Tatsache, daß hier einmal mehr die Partei kuschen soll, um an der Regierung zu bleiben, ohne daß sich die Sozialdemokraten fragen dürfen, wofür eigentlich. Diese Drohung — von der Schmidt natürlich sofort behauptete, es sei keine Erpressung — zeigt auch, daß die Führung der SPD tatsächlich so weit mit dem aggressiven amerikanischen und westdeutschen Finanzkapitalisten verbunden ist, daß sie bereit ist, notfalls einer Strauß-Regierung den Weg frei zu machen, um die NATO-Politik verwirklichen zu können.

All jenen, die sich seit der Bundestagswahl fragen, warum sie eigentlich SPD gewählt haben, sollte jetzt deutlich werden, daß die KPD recht hatte, als sie sagte, daß Strauß stoppen nicht Schmidt wählen heiße.

Diese Woche

US-Schiffe vor der libanesischen Küste

Begin steuert Kriegskurs

BEIRUT. — Immer zahlreicher und schwerwiegender werden die Zwischenfälle, die in den letzten Tagen aus dem Libanon gemeldet wurden. Bomber, Spionage- und Kampfflugzeuge der zionistischen Armee machen sich im libanesischen Luftraum immer breiter. Währenddessen unternehmen die Imperialisten aus Washington verschiedene Versuche, das arabische Lager von einer Unterstützung Syriens abzubringen.

Zur gleichen Zeit sammeln sich Einheiten der US-amerikanischen Mittelmeerflotte vor der libanesischen Küste — wozu Begin offiziell sagte, dies sei normal in solch einer Situation. Dieses Flottenmanöver aber stellt eine offene Drohung seitens der Reagan-Regierung gegen die Unabhängigkeit des Libanon dar.

Währenddessen wächst aber auch in Israel selbst der Widerstand gegen Begins Kriegskurs. Zum ersten Mal in der Geschichte des Staates Israel wird eine Aggression gegen einen arabischen Nachbarstaat, in diesem Falle Syrien, nicht von allen israelischen Parteien getragen. Am Wochenende fanden in Tel Aviv und verschiedenen anderen Großstädten Israels Kundgebungen der „Frieden-jetzt!"-Bewegung statt, die der sozialdemokratischen Partei nahesteht und deren Führung eine etwas gemäßigtere Politik fordert, auf denen insgesamt mehr als 10 000 Menschen Begins Kurs öffentlich verurteilten.

Gleichzeitig blieben die Versuche des Reagan-Beauftragten Habib ohne Erfolg, mit denen solche Regierungen wie die Saudi-Arabiens dazu bewegt werden sollen, die israelische Aggression, die in der Luft liegt, zu dulden.

Papst-Attentäter mordete auch in der BRD

„Graue Wölfe" endlich verbieten!

ROM. — Während die westdeutsche Presse den Papst-Attentäter Mehmet Ali Agca noch immer als „politischen Wirrkopf" und — nach hierzulande mittlerweile schon bekanntem Muster — als „Einzeltäter" hinstellt, erklärte der römische Staatsanwalt Infelisi am Wochenende unmißverständlich: „Für uns hat Mehmet Agca nicht alleine gehandelt. Er ist ein Killer, der von einer internationalen Terrorgruppe eingekauft wurde."

Für diese Feststellung gibt es inzwischen in der Tat genügend Beweise. Agca war schon in der Türkei als Profi-Killer der faschistischen Partei MHP, deren Mitglied er auch ist, tätig. Mehrere Revolutionäre hat er auf dem Gewissen. Nach der kaltblütigen Ermordung des Chefredakteurs der liberalen Zeitung „Milliyet" wurde er inhaftiert, mit Hilfe faschistischer Offiziere konnte er jedoch fliehen und sich ins Ausland absetzen.

Agca, mit falschen Papieren und erheblichen Geldmitteln ausgestattet, hielt sich vor dem Attentat vorwiegend in der Bundesrepublik auf. Obwohl die Behörden wiederholt Hinweise auf die Anwesenheit des Killers erhielten, ließ man ihn gewähren. Und alles spricht dafür, daß Agca es war, der in Kempten und Reutlingen zwei Türken liquidierte. Es geht jedoch nicht um Agca alleine. Seine Partei, auf deren Konto tausendfacher Mord geht, kann unbehelligt von der Polizei ihre Auslandsvertretung in unserem Land betreiben: die berüchtigte Türk-Federation in Frankfurt. Ihre Jugendorganisation, die „Grauen Wölfe", führen — wie jüngst in Westberlin — unter Polizeischutz ihre provokativen Aktionen durch. Die „Grauen Wölfe" terrorisieren und ermorden demokratische Werktätige aus der Türkei in unserem Land — aber auf alle Forderungen nach einem Verbot dieser faschistischen Mordbanden hat der Bonner Staat nicht die geringste Reaktion gezeigt.

Jetzt muß Schluß damit sein! Sofortiges Verbot der „Grauen Wölfe" und ihrer Tarnorganisationen! Bestrafung der in der BRD tätigen türkischen Faschisten!



Der „Graue Wolf" Ali Agca

Kommentar der Woche

Reagan, Karry, jetzt der Papst. Nach jedem Attentat bekunden bürgerliche Politiker aller Richtungen pflichtgemäß ihre Abscheu, ihr Entsetzen und anderes mehr. Sie beklagen das „Klima der Gewalt", das immer mehr um sich greifen würde.

Um dieses Klima der Gewalt zu registrieren, dazu muß wahrlich nicht erst der Papst niedergestreckt werden. Sterben nicht täglich Bauern in El Salvador unter den Kugeln der proamerikanischen Junta? Werden nicht in den Gefängnissen der Türkei Demokraten zu Tode geschunden? Fallen nicht auch jetzt wieder israelische Splitterbomben auf die palästinensischen Flüchtlingslager im Libanon?

Der Papst und der „Graue Wolf"

Und wo bleiben da Abscheu und Entsetzen? Man wird vergebens danach suchen. Das Killer-Regime von El Salvador wird vom Generalsekretär der westdeutschen Christenunion als Vereinigung von Menschenfreunden bezeichnet. Der Vernichtungsfeldzug der Israelis gegen die palästinensischen Flüchtlinge wird politisch und finanziell unterstützt. Und die Folterer aus der Türkei können auf immer neue Waffenlieferungen und Geldspritzen aus Bonn rechnen. Nirgendwo werden diese Massenmörder so prompt und gut bedient wie in Bonn, von Ministern einer Partei, die einst im Kampf für die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung geschaffen wurde.

Wer also erzeugt hier ein Klima der Gewalt? All die politischen Figuren des Imperialismus, ob sie nun in Washington, in Bonn oder auch in Moskau sitzen: Sie können sich mit ihrem Geschrei nach dem Papst-Attentat nicht aus der Verantwortung stehlen, die sie für die alltägliche Gewalt, den blutigen Terror in den von ihnen beherrschten Regionen der Welt tragen. Das sollte nach der Serie spektakulärer Attentate in der letzten Zeit niemand vergessen: In jeder Minute werden auf dieser Welt Menschen für die Profite einer Handvoll imperialistischer Monopole hingemordet.

Und man sollte auch nicht übersehen, daß diejenigen, die nach dem Papst-Attentat Entsetzen heucheln, diesen feigen Anschlag jetzt in schamloser Weise für ihre eigene reaktionäre Politik ausnutzen. allen voran die türkische Junta. Ihr Boß, der General Evren, erklärte letzte Woche, Ereignisse wie das Attentat von Rom seien „nur zu natürlich". Denn in Westeuropa habe man sich statt um die dorthin geflüchteten türkischen „Extremisten" nur um angebliche Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei gekümmert. Daß es Offiziere seiner eigenen Armee waren, die den faschistischen Mörder Agca aus einem Istanbuler Gefängnis entkommen ließen, das erwähnte dieser noble General natürlich genausowenig wie die Tatsache, daß sich der Geheimdienst dieser Armee zu einem großen Teil aus Mitgliedern der Agca-Partei MHP zusammensetzt. Stattdessen schiebt er die Verantwortung für das Attentat ausgerechnet den demokratischen Kräften in Westeuropa in die Schuhe, die sich hier für die Menschenrechte in der Türkei engagiert haben.

Sie versuchen es immer wieder. Nach dem gleichen Muster wie Evren sind in unserem Land die Verantwortlichen nach der Ermordung Karrys vorgegangen. Der hessische Wirtschaftsminister war noch nicht unter die Erde gebracht, da wurden schon sogenannte „Hinweise" darauf ausgestreut, daß die Täter in der „linken Terroristenszene" oder gar in der Bewegung gegen Atomkraftwerke und die Startbahn West zu suchen wären. Beweise? Die braucht man nicht. Man braucht nur eine Leiche, um die Empörung der Bevölkerung über Mordanschläge für eine zügellose Hetz- und Diffamierungskampagne auszunutzen.

Es steht nun zu befürchten, daß die reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik auch das Papst-Attentat benutzen, um damit ihre schmutzige Politik zu betreiben. Agca war ein „Grauer Wolf", ein Profikiller der türkischen Faschisten. Wie so viele seiner Kumpane hat er auch in unserem Land eine Blutspur hinterlassen. Jetzt, nach dem Attentat, läßt sich auch gegenüber der breiten Öffentlichkeit nicht mehr verheimlichen, daß die faschistische MHP mit Duldung der Behörden hier bei uns ihre Auslandszentrale aufgebaut hat, daß die Grauen Wölfe in der Bundesrepublik unbehindert von Polizei und Justiz ihrem terroristischen Handwerk nachgehen können.

Und in dieser Situation fordern Bonner Politiker ein unnachsichtiges Vorgehen gegen **alle** türkischen „Extremisten". Im Windschatten der Empörung über einen faschistischen Mordanschlag will man offensichtlich auch gegen linke türkische Organisationen zuschlagen. Da ist höchste Wachsamkeit geboten. Solche Versuche, die demokratischen Kräfte unter den Türken mit den faschistischen Mordbanden in einen Topf zu werfen, müssen entschieden zurückgewiesen werden. Und natürlich gilt es gerade in der jetzigen Situation, das schon seit langem geforderte Verbot der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisationen durchzukämpfen.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Nach den NATO-Frühjahrstagungen

Rüstungshaushalt wird um 850 Millionen Mark aufgestockt

Massive Kürzungen bei Sozialleistungen

BONN. — In dieser Woche unternimmt der Bonner Kanzler seinen Antrittsbesuch beim amerikanischen Präsidenten. Im Mittelpunkt der Gespräche steht dabei die sogenannte Sicherheitspolitik des westlichen Militärblocks. Und hier sind in der Woche vor Schmidts Amerika-Reise weitere wichtige Entscheidungen bei der hemmungslosen Aufrüstung der NATO gefallen.

In Brüssel ging mit dem Treffen der Kriegsminister die Serie der NATO-Frühjahrstagungen zu Ende. Caspar Weinberger, der Scharfmacher in Reagans Kabinett, bezeichnete die Tagung als „sehr zufriedenstellend". Und er hat tatsächlich allen Grund zur Zufriedenheit. Konnte er sich doch mit den drei wichtigsten Forderungen der amerikanischen Supermacht an ihre europäischen „Verbündeten" durchsetzen.

1.) Die Absicht der NATO-Kriegsminister, ihre Rüstungsausgaben um jährlich real 3 Prozent zu erhöhen, wurde bekräftigt. Real bedeutet dabei, daß diese 3 Prozent auf die jeweiligen Inflationsraten aufgeschlagen werden, daß also beispielsweise in der Bundesrepublik die Erhöhung der Rüstungsausgaben in diesem Jahr ungefähr 9 Prozent ausmachen würde. Dabei haben die amerikanischen Imperialisten in der letzten Zeit nicht verhehlt, daß sie selbst mit diesem Satz noch nicht zufrieden sind. Und Weinberger konnte nach der Brüsseler Tagung auch berichten, seine europäischen Amtskollegen hätten ihm versprochen, die 3-Prozent-Marke noch zu übertreffen.

2.) Die europäischen NATO-Minister haben sich auch den amerikanischen Forderungen nach einer engeren Zusammenarbeit im Fall von US-Aggressionen am Persischen Golf gebeugt. In einem solchen Fall wollen sie der amerikanischen Kriegsmaschine Stützpunkte für den Krieg gegen die Völker des Mittleren Ostens zur Verfügung stellen. In diesen Zusammenhang gehört auch der von der hessischen Landesregierung betriebene Ausbau des Frankfurter Flughafens (siehe Artikel auf Seite 12). In Brüssel ist jedoch nicht nur über Stützpunkte gesprochen worden. Es ist kein Geheimnis, daß Weinberger nach wie vor an der Aufstellung einer multinationalen Eingreiftruppe für den Persischen Golf festhält, an der sich die europäischen „Partner" beteiligen sollen.

3.) Schließlich wurde erwartungsgemäß auch der berüchtigte Raketenbeschluß vom Dezember 1979 bestätigt. Hier machte Apel die bemerkenswerte Feststellung, daß für sein Ministerium die Vorbereitungen für die Aufnahme der atomaren Mittelstreckenraketen, die in unserem Land stationiert werden sollen, Priorität hätten. Die Weinberger, Apel und Co. wollen die Stationierung also mit aller Macht vorantreiben, obwohl gerade diese Pläne der NATO auf einen immer massiveren Widerstand in der Bundesrepublik stoßen.

Das wahnwitzige Tempo der von der NATO betriebenen Aufrüstung hat schon jetzt alle Haushaltspläne der Bonner Regierung durcheinander gebracht. Obwohl der Einzelplan des Kriegsministers schon im ersten Entwurf für den Bundeshaushalt um 2,4 Milliarden gegenüber dem Vorjahr aufgestockt worden war, werden jetzt ständig neue „Lücken" in diesem Einzelplan entdeckt. Letzte Woche beschloß das Kabinett, zusätzlich 850 Millionen Mark für die Kriegsvorbereitungen auszugeben. Und diese enorme Summe soll ausschließlich durch Kürzungen in anderen Einzelplänen aufgebracht werden.

Allein 525 Millionen Mark werden jetzt aus dem Plan des Arbeitsministeriums gestrichen. Betroffen davon sind gerade diejenigen, die vom kapitalistischen System in diesem Land in materielle Not gestürzt wurden. 175 Millionen nämlich werden bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingespart und weitere 350 Millionen bei der beruflichen Bildung (Umschulung von Arbeitslosen usw.) und bei Rehabilitationsmaßnahmen.

Das also ist die Politik dieser von Sozialdemokraten geführten Regierung: Während sie auf der einen Seite ihr Arsenal an modernsten Kriegswaffen immer weiter aufstockt und dabei die Rüstungskonzerne mit *Traumprofiten bedient, beraubt sie auf der anderen Seite ausgerechnet* Arbeitslose, Behinderte usw. ihrer ohnehin geringen Chance, durch staatliche Hilfsprogramme wieder ins Arbeitsleben eingegliedert zu werden. Besser als durch die Beschlüsse der letzten Woche hätte diese Regierung ihren reaktionären, zutiefst menschenfeindlichen Charakter gar nicht offenbaren können.

Und was hier geschah, ist überdies nur ein Anfang. Schon werden aus der Bonner Hardthöhe und von CDU-„Experten" gezielt Behauptungen ausgestreut, die wirklichen Finanzlücken im Haushalt des Kriegsministeriums würden bei drei Milliarden Mark liegen. So soll schon jetzt Stimmung gemacht werden für die nächste und übernächste Aufstockung der Rüstungsausgaben. Und schon werden auch im Arbeitsministerium Überlegungen angestellt, wie die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit noch weiter eingeschränkt werden können.

Kanonen statt Butter — wie schon einmal gehabt. Und das sollen wir so einfach hinnehmen? Die Schmidt, Apel, Matthöfer und Ehrenberg dürfen mit dieser Politik nicht durchkommen. Widerstand ist notwendig, und es ist vor allem die Gewerkschaftsbewegung, die hier gefordert ist.



Genscher und Haig auf der NATO-Tagung

Westberlin nach der Wahl

Hilft die FDP Weizsäcker in den Sattel?

Bürgerliche Parteien machen gegen AL mobil

WESTBERLIN. — Wie berichtet, haben die Westberliner Wahlen hinsichtlich der drei bürgerlichen Parteien im Abgeordnetenhaus eine Patt-Situation geschaffen. Weder die CDU noch die bisherigen Koalitionsparteien SPD und FDP konnten eine absolute Mehrheit gewinnen.

Der noch amtierende Bürgermeister Vogel hatte schon in der Wahlnacht die Initiative zur Bildung eines neuen Senats an seinen Konkurrenten Weizsäcker abgetreten. Dem fehlen jedoch zwei Mandate für eine Wahl zum neuen Regierenden Bürgermeister. Und nachdem die SPD die Bildung einer großen Koalition abgelehnt hat, bemüht sich die CDU derzeit intensiv darum, die Unterstützung der FDP für die Bildung einer Weizsäcker-Regierung zu gewinnen.

Die FDP jedoch hatte sich vor der Wahl eindeutig gegen eine Koalition mit der CDU ausgesprochen. Umfragen nach der Wahl haben zudem bestätigt, daß drei Viertel der Wählerschaft dieser Partei einer solchen Koalition ablehnend gegenüber stehen. Dennoch arbeiten die Fraktionsmitglieder der FDP, an erster Stelle der Spitzenkandidat bei den Wahlen, Guido Brunner, augenblicklich gezielt darauf hin, den CDU-Mann Weizsäcker ins Amt eines Regierenden Bürgermeisters zu hieven.

Sie haben dabei zwar auch die Mehrheit ihrer eigenen Partei gegen sich, aber das stört sie wenig. Brunner zum Beispiel machte in einem Fernsehinterview deutlich, daß die in das Abgeordnetenhaus gewählten Vertreter der FDP kein imperatives Mandat hätten. Das bedeutet im Klartext: Sie würden sich notfalls gegen entsprechende Beschlüsse ihrer Partei für Weizsäcker entscheiden. Inzwischen hat der Landesausschuß der FDP, das höchste Gremium der Partei zwischen den Parteitagen, getagt. Er faßte zwar mit überwältigender Mehrheit einen Beschluß gegen die Koalition mit der CDU. Zugleich aber wurde ein Antrag abgelehnt, in dem gefordert wurde, auch einen CDU-Minderheitssenat nicht zu tolerieren.

Damit bahnt sich ein äußerst fauler Kompromiß an, mit dem sich die FDP wieder einmal als Umfallerpartei erweisen würde. Nach dem Westberliner Wahlgesetz benötigt ein Kandidat für die Wahl zum Regierenden Bürgermeister nämlich nur die einfache Mehrheit der **abgegebenen** Stimmen. Wenn sich also die FDP-Abgeordneten der entsprechenden Wahl einfach fernhalten würden, wäre Weizsäcker der neue Regierungschef. Der Tip für diesen üblen Trick, mit dem die FDP, ohne formal eine Koalition einzugehen, der CDU den Weg zur Macht ebnen könnte, stammt übrigens von keinem Geringeren als vom SPD-Vorsitzenden Brandt.

Diese Tatsache macht einmal mehr deutlich, daß auch die SPD nicht daran denkt, eine Regierungsübernahme durch die CDU zu verhindern. Dabei wäre es rein rechnerisch kein Problem, mit den Stimmen der Abgeordneten von SPD, FDP und AL dem Reaktionär Weizsäcker den Weg ins Schöneberger Rathaus zu versperren. Aber wenn sich die SPD gegenwärtig auch nicht an der Hetze der CDU gegen die AL beteiligt, die von den Weizsäcker-Leuten als antidemokratische Kraft diffamiert wird, so hat sie doch von vornherein jegliche Zusammenarbeit mit der Alternativen Liste kategorisch abgelehnt.

Mehr noch. Gemeinsam mit CDU und FDP arbeitet sie gegenwärtig daran, den Wählerwillen zu verfälschen und die AL durch Manipulation aus der Parlamentsarbeit auszuschalten. Der AL, die mit neun Abgeordneten ins Westberliner Landesparlament eingezogen ist, stehen beispielsweise unter anderem Sitze im Sicherheitsausschuß und im Ausschuß für Bundesangelegenheiten zu. Jetzt wollen die bürgerlichen Parteien die Ausschüsse so weit verkleinern, daß alle Sitze zwischen CDU und SPD aufgeteilt werden können. Im Hintergrund steht dabei die Angst der Parteibosse, daß die AL ihr Versprechen wahrmachen und die bisher geheimgehaltenen Ergebnisse der Ausschußarbeit an die Öffentlichkeit bringen könnte.

Betriebsratswahl bei DRK-Schwesternschaft Essen

64 Prozent der Stimmen für oppositionelle Liste

ÖTV-Bonzen wollen Betriebsratsvorsitzende ausschließen

ESSEN. — Einen klaren Vorsprung für die oppositionelle „Freie Liste" gegenüber der offiziellen Liste der ÖTV-Gewerkschaft brachte die Betriebsratswahl bei den Krankenschwestern der DRK-Schwesternschaft Essen e.V. Zur Aufstellung der „Freien Liste" war es gekommen, nachdem die ÖTV-Bonzen gegen die bisherige Betriebsratsvorsitzende Margret Preuß ein Ausschlußverfahren wegen Mitgliedschaft in der VOLKSFRONT eingeleitet hatten.

Die DRK-Schwesternschaft Essen e.V. (DRK = Deutsches Rotes Kreuz) hat einen Gestellungsvertrag mit dem Land Nordrhein-Westfalen und stellt dadurch das gesamte Pflegepersonal am Klinikum der Universität Essen. Wahlberechtigt bei der DRK-Schwesternschaft sind allerdings nur 506 Beschäftigte, die DRK-Angestellte sind. Weitere 400 Beschäftigte genießen kein Recht auf eine betriebliche Interessenvertretung, weil sie Mitglieder des Vereins der DRK-Schwesternschaft sind und dadurch aus dem Wirkungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes herausfallen.

Zudem ist die Interessenvertretung der Belegschaft am Essener Klinikum noch weiter aufgespalten: In den Block der 1950 Arbeiter, Angestellten und Beamten, die direkt dem Land NRW unterstehen, und in die Gruppe der 350 wissenschaftlichen Mitarbeiter. Beide Gruppen stellen noch zusätzlich zum Betriebsrat der DRK-Schwesternschaft ihren jeweils eigenen Personalrat.

Dieser Aufsplitterung in drei verschiedene Personalvertretungsorgane nicht genug, haben die ÖTV-Bonzen jetzt auch noch die ÖTV-Betriebsgruppe bei der DRK-Schwesternschaft aus politischen Motiven gespalten.

Am 12. Februar dieses Jahres fand eine Mitgliederversammlung für die in der ÖTV organisierten Beschäftigten der DRK-Schwesternschaft statt. Auf dieser Betriebsversammlung wurde die Kandidatenliste der ÖTV für die Betriebsratswahl aufgestellt. Es wurden zwölf Kandidatinnen gewählt. Auf Platz 1 wurde die bisherige Betriebsratsvorsitzende Margret Preuß gewählt.

Margret Preuß hatte maßgeblich dabei mitgewirkt, daß vor zwei Jahren erstmalig ein Betriebsrat bei der DRK-Schwesternschaft geschaffen wurde. Jahrzehntelang hatte es für die rund 500 DRK-Angestellten überhaupt keine Interessenvertretung gegeben. Die Kollegin Preuß ist seit aktiv in der ÖTV, im Vertrauensleutekörper und im Betrieb Gewerkschaftsarbeit geleistet. Unter ihrer Führung hat der Betriebsrat eine Reihe guter Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen erreicht.

Die ÖTV-Bonzen jedoch interessierte alles dies genauso einen feuchten Dreck wie die demokratische Entscheidung der ÖTV-Betriebsgruppe, der Kollegin Margret Preuß das Vertrauen aussprach. Am 24. Februar, also knapp zwei Wochen nach Aufstellung der ÖTV-Liste, wurde Margret Preuß vom Geschäftsführer der Essener ÖTV, Manfred Urbanski, der übrigens gleichzeitig Oberbürgermeister von Herne ist, zu einem Gespräch vorgeladen. Thema: Die Mitgliedschaft der Kollegin Preuß in der VOLKSFRONT gegen Reaktion und Faschismus. Margret Preuß hatte im letzten Herbst für die VOLKSFRONT bei der Bundestagswahl kandidiert.

Am 13. März stellte dann der Vorstand der ÖTV-Kreisverwaltung Essen den Antrag auf Ausschluß der Kollegin Preuß aus der ÖTV, weil sie sich zu ihrer Mitgliedschaft in der VOLKSFRONT bekannt hatte. Zugleich strichen die Bonzen eigenmächtig Margret Preuß von der ÖTV-Liste, obwohl für die Vorschlagsliste bereits Unterschriften gesammelt waren.

Es kam dann am 24. März zu einem Treffen der Kandidatinnen der ÖTV-Liste. Sieben Kolleginnen solidarisierten sich mit Margret Preuß und beschlossen, mit Margret zusammen auf einer freien Liste zu kandidieren. Drei Kolleginnen entschieden sich dafür, weiterhin auf der ÖTV-Liste zu kandidieren. Eine Kollegin, die im Urlaub war, hätte sich bei ihrer Anwesenheit mit Sicherheit für die „Freie Liste" entschieden. Sie blieb nun, ohne es gewollt zu haben, Kandidatin der ÖTV-Liste. So standen sich bei der Wahl also die „Freie Liste" mit acht Kandidatinnen und die ÖTV-Liste mit vier Kandidatinnen gegenüber.

Das Wahlergebnis ist eine scharfe Ohrfeige für die ÖTV-Bonzen und eine Absage der Belegschaft an ihre gewerkschaftsfeindliche Spaltertätigkeit. 64 Prozent der Stimmen entfielen auf die „Freie Liste". Die ÖTV-Liste erhielt nur 36 Prozent der Stimmen. Die Opposition gewann sechs Sitze im Betriebsrat gegenüber drei Sitzen der ÖTV-Liste.



Die Kandidatinnen der „Freien Liste". Mit 64 Prozent der Stimmen errang die oppositionelle Liste sechs der neun Betriebsratssitze. (Eine der acht Kandidatinnen fehlt auf diesem Foto)

Die Wahlbeteiligung lag bei 24 Prozent. Neben der Tatsache, daß nur 10 Prozent der rund 500 Beschäftigten in der ÖTV organisiert sind, liegt ein weiterer Grund für diese niedrige Wahlbeteiligung in der Aufsplitterung der Belegschaftsvertretung in drei getrennte Gremien. Aber auch das gewerkschaftsschädigende Verhalten von Urbanski und Konsorten, ihre reaktionäre Spalterpolitik, dürften dazu beigetragen haben, Kollegen zu vergraulen. Mit ihrer Hetze gegen Margret Preuß und gegen die VOLKSFRONT haben die Bonzen von den wirklichen Problemen der Belegschaft abgelenkt und die Atmosphäre vergiftet.

Um so höher ist es zu bewerten, daß die oppositionelle Liste fast doppelt so viele Stimmen bekommen hat wie die offizielle Liste der ÖTV.

Zur Wahl der „Freien Liste" hatte auch „Die rote Spritze", Betriebszeitung der KPD für das Essener Klinikum, aufgerufen. Zu der schäbigen Rolle des ÖTV-Geschäftsführers Urbanski hatte „Die rote Spritze" geschrieben:

„Leute wie er betreiben Ausschlußverfahren gegen aktive Gewerkschafter. Die hauen uns auch bei Tarifauseinandersetzungen in die Pfanne. Für solche Herren ist kein Platz in der ÖTV! M. Urbanski muß ausgeschlossen werden — nicht die Kollegin M. Preuß!".

Auf der konstituierenden Sitzung des neugewählten Betriebsrates kandidierte Margret Preuß aus persönlichen Gründen nicht mehr als Betriebsratsvorsitzende. Sie war seit anderhalb Jahren freigestellte Vorsitzende des Betriebsrates und hält es nun für notwendig, wieder am Arbeitsplatz im Krankenhaus ihrem Beruf als Krankenschwester nachzugehen.

Zur neuen Vorsitzenden wurde eine andere Kollegin der „Freien Liste" gewählt. Diese Kollegin ist ebenfalls für ihren kompromißlosen Einsatz für die Interessen der Kollegen bekannt. Margret Preuß wurde zur stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden gewählt.

Hamburger Hafen

Ausschlußverfahren gegen Kollegen der HHLA

HAMBURG. — Gegen die drei Hafenarbeiter, die in der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) auf der oppositionellen Liste „Einigkeit" zusammen mit dem RGO-Kollegen Wolfgang Weskamp bei der Betriebsratswahl kandidiert hatten, wurden von den ÖTV-Bonzen Gewerkschaftsausschlußverfahren eingeleitet.

Freudenberg in Weinheim

Keine Ausschlußverfahren gegen Liste „Frischer Wind"

WEINHEIM. — Das Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Leder, Erwin Kaiser, erklärte gegenüber der Zeitung „Frankfurter Rundschau" auf Anfrage, gegen die neun Mitglieder der oppositionellen Betriebsratsliste „Frischer Wind" wolle man keine Ausschlußverfahren einleiten. Man wolle vielmehr die Zusammenarbeit mit den Kollegen suchen.

Die Liste „Frischer Wind" hatte bei der Betriebsratswahl 34,6 Prozent der Stimmen erhalten. Damit wurden sieben der neun Kandidaten in den Betriebsrat gewählt. Alle neun Kollegen sind Mitglied der Gewerkschaft Leder.

Mit rund 10000 Beschäftigten ist Freudenberg in Weinheim an der Bergstraße, der größte Betrieb im Organisationsbereich der Gewerkschaft Leder überhaupt. Die Gewerkschaft Leder ist mit 55200 Mitgliedern die zweitkleinste Gewerkschaft im DGB.

Die Schande der Bonzen

Damit kein falscher Eindruck entsteht...

Ist es nicht schändlich, wenn sich Gewerkschaftsführer gezwungen fühlen, ihren Mitgliedern gegenüber schriftlich zu versichern, sie seien nicht **für** Faschismus und Krieg und nicht **gegen** Freiheit und Abrüstung?

Die Bonzen der ÖTV-Kreisverwaltung Essen glaubten dies tun zu müssen. In einem Mitgliederrundbrief versuchten sie das Ausschlußverfahren gegen die Kollegin Margret Preuß zu begründen. Unter anderem heißt es in dem Schreiben:

„Aufgrund der Unvereinbarkeit beider Mitgliedschaften und der fehlenden Bereitschaft der Kollegin Preuß, sich von der ‚Volksfront' zu distanzieren, hat der Kreisvorstand unserer Essener ÖTV beim Hauptvorstand der ÖTV beantragt, die Kollegin Margret Preuß aus der Gewerkschaft ÖTV auszuschließen.

Warum die ‚Volksfront' unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fällt, werden wir in einer späteren Mitgliederversammlung darlegen.

Damit nicht der Eindruck, die Gewerkschaft ÖTV sei für Faschismus und Krieg, gegen Freiheit, Frieden und Abrüstung, entsteht:

Die Gewerkschaften des DGB und ihre Vorgänger waren immer Kämpfer für Frieden und Freiheit. Unabhängige Gewerkschaften sind Garanten für Demokratie." (Hervorhebung im Original — RM.)

Nicht nur lächerlich und erbärmlich, sondern auch zynisch und verlogen ist es allerdings, wenn die Bonzen ihren Ausschlußterror gegen fortschrittliche Gewerkschafter als Ausdruck des Prinzips der Einheitsgewerkschaft darstellen. So heißt es in besagtem Rundbrief dann weiter unten:

„...und Gewerkschafter haben als Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem Faschismus und seiner Entstehung die wohl größte Errungenschaft der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik geschaffen: die Einheitsgewerkschaft."

Hat man da noch Worte? Das sagen diejenigen Bonzen, die aktive Gewerkschafter deshalb ausschließen, weil sie einer antifaschistischen Vereinigung angehören! Kann man eigentlich den Gedanken der Einheitsgewerkschaft noch unverfrorener verhöhnen und pervertieren?

Daimler-Benz in Bremen

IGM-Bonzen wollen sechs Gewerkschafter ausschließen

Anlaß: Kandidatur auf Einheitsliste als Blockvorschlag

Arbeiterkorrespondenz (Bremen). — Nach dem Erfolg der oppositionellen Gewerkschaftsgruppe „Kollegen von Daimler informieren" bei der Betriebsratswahl versuchen nun reaktionäre Bonzen der IGM-Ortsverwaltung, der alten Betriebsratsclique und der Vertrauenskörperleitung sechs der insgesamt sieben Kandidaten aus der IGM auszuschließen.

Die Kollegen bekamen Ausschlußverfahren, weil sie angeblich im Betriebsratswahlkampf, wo sie auf der Einheitsliste als Blockvorschlag kandidierten, „zu Werbemitteln gegriffen" hätten, „die in keiner Weise mit der Politik der IG Metall sowie dem § 11 der Satzung vereinbar sind". Vier der sechs Kollegen sind in den Betriebsrat gewählt!

Die Vorwürfe der Bonzen sind total aus der Luft gegriffen. Die Kollegen hatten mit einem Flugblatt ihre Vorstellungen von Betriebsratsarbeit deutlich gemacht und die ihrer Meinung nach wichtigsten Forderungen der Belegschaft zu einem Programm für ihre Betriebsratstätigkeit zusammengefaßt. Das ist eine weithin übliche Praxis, die durchaus im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegt, denn dadurch können sich die Belegschaften wenigstens bewußt dafür entscheiden, wen und was sie wählen. Daß diese Ausschlußverfahren nicht hingenommen werden dürfen, ist wohl keine Frage!

Der wahre Grund der Ausschlußverfahren liegt in der Tatsache, daß nach den Betriebsratswahlen die Wahlen in der IG Metall zur Vertreterversammlung anstehen. Nun wollen die Bonzen die „Notbremse" ziehen, um zu verhindern, daß noch mehr oppositionelle Kollegen in die Vertreterversammlung kommen.

Alle sechs Kollegen haben bei der Betriebsratswahl auf der von der IGM initiierten Einheitsliste kandidiert. Wenn man ihnen jetzt aus ihrem Auftreten als oppositionelle Gewerkschafter einen Strick drehen will, so kann man nur sagen: Wehret den Anfängen! Meines Wissens hat es etwas derartiges in der IG Metall bisher noch nicht gegeben.

In Bremer IG-Metall-Kreisen herrscht zur Zeit große Unruhe, da mit noch mehr Ausschlußverfahren gerechnet wird. Unter anderem ist zu befürchten, daß eventuell auch gegen die oppositionelle Liste auf der Bremer Vulkan-Werft Verfahren eingeleitet werden, die die Mehrheit im Betriebsrat errungen hat.

Mittlerweile hat sich ein Aktionskomitee gebildet, das unter anderem eine Unterschriftensammlung gegen die Ausschlußverfahren bei Daimler in den Betrieben durchführt. Am 23. Mai findet eine Vertreterversammlung statt, an die schon fünf bis zehn Anträge gerichtet wurden, die verlangen, daß die Ausschlußverfahren offen von seiten der Ortsverwaltung erörtert werden und daß sie eingestellt werden sollen.

Gut ist, daß sich über die RGO hinaus sehr viele linke Gewerkschafter mit dem Kampf gegen die Ausschlüsse solidarisieren und daß aus anderen Großbetrieben Unterstützung kommt. Zum Beispiel von der Klöckner-Hütte, der Bremer Vulkan-Werft, von Voith und anderen.

Viele Kollegen sehen: Das sind keine „normalen" Ausschlußverfahren, und wenn die Bonzen es erst einmal geschafft haben, die sechs von Daimler rauszuschmeißen, dann wird es mit irgendwelchen fadenscheinigen Begründungen auch möglich werden, viele andere oppositionelle Gewerkschafter mit Ausschlußverfahren zu überziehen.

Krach im Unternehmerverband Gesamtmetall

Das „Kommando der Stärkeren" soll rigoros durchgesetzt werden

„Manöverkritik" zielt auf absolute Härte im Lohnkampf

DÜSSELDORF. — Nach dem Tarifabschluß von Sindelfingen ist im Kapitalistenverband Gesamtmetall ein offener Streit entbrannt. Es geht um das Verhalten des baden-württembergischen Regionalverbandes, um eine verschärfte Zentralisierung der Entscheidungsmacht im Unternehmerlager und es geht letzten Endes um die künftige Marschroute der Unternehmerverbände in den Tarifauseinandersetzungen, um die Durchsetzung einer eisenharten Linie des Kapitals in der Lohnpolitik und bei Arbeitskämpfen.

Direkt nach dem Abschluß von Sindelfingen, den andere Regionalverbände von Gesamtmetall nur mit knirschenden Zähnen übernahmen, eröffnete der Vorstand des starken Regionalverbandes Nordrhein-Westfalen die innerverbandliche Auseinandersetzung. Am 30. April faßte er den Beschluß, Gesamtmetall bis auf weiteres die Verhandlungsvollmacht in der Tarifpolitik für den nordrhein-westfälischen Regionalverband zu entziehen. Paul Pleiger, der Vorsitzende des NRW-Verbandes, legte gleichzeitig aus Protest gegen die „Vorgänge in Sindelfingen" seine Ämter bei Gesamtmetall nieder.

Inzwischen wurde dem Zentralverband Gesamtmetall auch durch die Regionalverbände Rheinland-Rheinhessen und Hessen die Verhandlungsvollmacht entzogen. Ein solch offenes und frontales Austragen von innerverbandlichen Widersprüchen ist in den für ihre Disziplin bekannten deutschen Unternehmerverbänden äußerst ungewöhnlich.

Die Kritik der „Falken" konzentriert sich auf folgende Punkte: Der „unverantwortlich hohe" Abschluß von Sindelfingen sei von dem baden-württembergischen Regionalverband und dessen Vorsitzenden Hans-Peter Stihl „im Alleingang" durchgezogen worden. Obwohl der Stuttgarter Regionalverband gegenüber Gesamtmetall die Verhandlungsvollmacht nicht widerrufen habe. habe Stihl in der heißen Phase der Sindelfinger Verhandlungen den dort anwesenden „Verhandlungskreis" von Gesamtmetall nicht einmal mehr zur Beratung herangezogen. Die letzte Entscheidung in der Metalltarifrunde sei ohne Gesamtmetall, allein vom Vorstand des Stuttgarter Verbands, gefällt worden. Dadurch sei die Metalltarifrunde 1981 Gesamtmetall aus dem Ruder gelaufen.

Das aktuelle Ziel der Regionalverbände, die jetzt Konsequenzen aus dem „Alleingang" der „Stuttgarter Abweichler" fordern, ist erklärtermaßen die verstärkte Zentralisierung der Entscheidungsgewalt bei Tarifauseinandersetzungen in der Hand der Führungsspitze von Gesamtmetall und die Durchsetzung einer noch rigoroseren Verbandsdisziplin. Dazu hat Paul Pleiger bereits im „Handelsblatt" konkrete Vorschläge entwickelt:

Es soll ein zentrales Entscheidungsgremium gebildet werden, das die Integration der unterschiedlichen tarifpolitischen Interessen der einzelnen Branchen der Metallindustrie durch die Vertretung von deren Spitzenrepräsentanten in diesem Gremium gewährleisten soll. Dieses neue Gremium — genannt „Tarifrat" — soll gemeinsam mit dem Präsidium von Gesamtmetall das Konzept festlegen, das in der Tarifrunde für den gesamten Verband absolut verbindlich ist.

Jedoch — so betont Pleiger ausdrücklich — solle dieses Gremium das Präsidium nicht ersetzen, sondern es nur „in der Durchsetzung des Tarifkonzeptes unterstützen". Der „Verhandlungskreis", wie er bisher bestand, der sich aus den Verhandlungs- und Geschäftsführern aller Tarifträgerverbände zusammensetzt und den Ablauf einer Tarifrunde bestimmt, solle verkleinert werden und nur noch „Vollzugsorgan" der Beschlüsse des „Tarifrates" sein.

Im Klartext bedeutet das nichts anderes, als daß die Entscheidungsgewalt radikal zentralisiert werden soll. Die Bildung des „Tarifrates" dient letztlich nur dazu, dem Präsidium allein die Zügel in die Hand zu geben und den „Verhandlungskreis" zum bloßen Befehlsempfänger des Präsidiums zu degradieren.

Der Sinn dieser Entmachtung des Verhandlungskreises ist eindeutig der, den Einfluß mittelständischer Unternehmergruppen und untergeordneter Brancheninteressen auf die Tarifpolitik und die Taktik der Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften in akuten Kampfsituationen völlig auszuschalten.

Die Führungsspitzen von Unternehmerverbänden wie Gesamtmetall sind stets völlig von den großen Konzerngruppen beherrscht, die kraft ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Übermacht stets in der Lage sind, ihre Kontrolle über die Verbandsführung absolut abzusichern.

Das gilt auch in dem Sinn, daß das Präsidium von Gesamtmetall seinerseits der Kontrolle der Führung der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (BDA) unterworfen ist, zu deren Mitgliedsverbänden Gesamtmetall zählt. Die von Pleiger vorgeschlagenen Zentralisierungsmaßnahmen sind somit ein Ausdruck der Bestrebungen der mächtigsten Kräfte des Monopolkapitals, sich die absolute Kontrolle über das Vorgehen der Unternehmerseite bei Tarifauseinandersetzungen in der Metallindustrie zu sichern. Die Metallindustrie spielt bekanntlich eine Schlüsselrolle in den Gesamttarifrunden.

Die Auseinandersetzung zwischen Pleiger und Stihl über den Tarifabschluß von Sindelfingen haben keineswegs nur taktischen Stellenwert. Pleiger und seine Gesinnungsgenossen sind der Meinung, daß die Haltung von Gesamtmetall in dieser Lohnrunde insgesamt zu weich war und daß man es auf einen Streik hätte ankommen lassen müssen, nicht nur, um den Gewerkschaften einen noch erheblich niedrigeren Abschluß aufzuzwingen, sondern auch, um exemplarisch „Härte zu demonstrieren" und in diesem Sinne „ein Signal" für die Zukunft zu setzen.

Stihl vertritt hingegen den Standpunkt, eine Veränderung der Entscheidungsstruktur, wie Pleiger sie fordert, sei nicht notwendig, denn die Vergangenheit zeige doch, daß man über lange Zeit mit dem bisherigen System „erträgliche Ergebnisse" erzielt habe.

Und den Sindelfinger Tarifabschluß verteidigt Stihl folgendermaßen: Nachdem die Situation der Metalltarifrunde sich auf die Verhandlungen in Sindelfingen zugespitzt hatte und sich in der Verhandlungsnacht die Ereignisse überstürzt hätten, habe man „aus wohlerwogenem Gesamtinteresse, und keineswegs, um uns zu profilieren, sondern, um in letzter Minute einen Streik zu verhindern", abgeschlossen. Immerhin — so Stihl — hätte ein Streik um Zehntelprozente große Kosten sowie eine „unnötige Belastung des sozialen Klimas" bedeutet.

Es dürfte also keine Frage sein, daß es sich hier um eine prinzipielle Auseinandersetzung im Unternehmerlager um die künftige Tarifpolitik und die Strategie der Unternehmer bei der Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften dreht. Die Zentralisierung, die Pleiger als Konsequenz aus den Erfahrungen dieser Metalltarifrunde fordert, soll den ausschlaggebenden Kräften des Monopolkapitals die Möglichkeit geben, jeden Widerstand und jedes Querschießen aus dem eigenen Lager heraus bei der Durchsetzung eines verschärften sozialpolitischen Konfrontationskurses gegen die Arbeiterklasse auszuschalten.

Aus diesem Hintergrund des gegenwärtigen Streites bei Gesamtmetall muß auch die Arbeiterklasse ihre Konsequenzen ziehen. Wer angesichts der Aufrüstung im Unternehmerlager die Gewerkschaften weiterhin auf Sozialpartnerschaftsidyllen und die „Rettung des sozialen Friedens" einschwören will, ist objektiv ein Agent des Kapitals, der die Arbeiterklasse spaltet und sie gegenüber der Offensive des Kapitals entwaffnet.

Tarifrunde Einzelhandel

Warnstreik bei Nanz

Arbeiterkorrespondenz (STUTTGART). — Am Donnerstag, den 14. Mai, traten in dem Laden der Einzelhandelskette Nanz in Stuttgart-Zuffenhausen 20 Kolleginnen und Kollegen für zwei Stunden in einen Warnstreik. Dies war der größte Teil der Belegschaft. Durch den Warnstreik konnte das Geschäft erst ab 10 Uhr geöffnet werden.

Die Kollegen protestierten mit dieser Aktion gegen die Verschleppung der Tarifverhandlungen im Einzelhandel und gegen das unverschämt niedrige Unternehmerangebot. Dieses Angebot sieht Einkommensverbesserungen von nur 65 bis 85 Mark brutto monatlich vor. Die Verhandlungen sollen am 18. Mai fortgesetzt werden.



Auch am 1. Mai 1981 gehörte die 35-Stunden-Woche zu den Hauptforderungen der Gewerkschafter. Die IGM-Führung macht sich indessen daran, diese Forderung zu demontieren.

Skandalöse Äußerungen auf IGM-Bezirkstag

Will IGM-Führung 35-Stunden-Woche streichen?

OSNABRÜCK. — Auf dem Bezirkstag des IGM-Bezirks Münster, der vor kurzem in Osnabrück stattfand, und auf einer dazugehörenden Pressekonferenz startete der IG-Metall-Bezirksleiter Bernhard Kolks einen offenen Angriff auf die tarifpolitisch zentrale Forderung der gesamten Gewerkschaftsbewegung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Vor den erstaunten Delegierten und Gästen des Bezirkstages stellte der IGM-Bezirksleiter die Frage, ob die Forderung nach der 35-Stunden-Woche heute noch opportun sei, da doch „der Spielraum für eine erfolgreiche Tarifpolitik in den 80er Jahren enger" werde. Für die IG Metall käme es doch eher darauf an, die Lebens-, Jahres- und Wochenarbeitszeit zu senken. Und der Bezirksleiter fragte dann wörtlich: „Ist es richtig, generell die 35-Stunden-Woche anzugehen?"

Kolks meinte weiter, die IG Metall müsse auch in diesem Punkt eine „neue Beweglichkeit" anwenden. Diese könnte etwa darin bestehen, daß anstelle der „generellen" 35-Stunden-Woche Arbeitszeitverkürzungen für ältere Arbeiter, die Herabsetzung des Rentenalters oder die Verlängerung des Urlaubs o.ä. gefordert werden.

Bei diesen skandalösen Äußerungen des Bonzen Kolks, die den Beschlüssen des letzten Gewerkschaftstages der IG Metall vom September 1980 ins Gesicht schlagen, saß Oberbonze Eugen Loderer dabei, auch auf der Pressekonferenz, ohne auch nur im geringsten zu widersprechen.

Daraus kann nur ein Schluß gezogen werden: die IGM-Führung geht daran, die 35-Stunden-Woche jetzt auch als Forderung zu demontieren, nachdem sie den Kampf für ihre Verwirklichung sowieso schon permanent sabotiert hat. Der Verrat dieser Herrschaften kennt einfach keine Grenzen!

Mit Taschendiebstahl sollen Dividenden gestützt werden

AEG-Bosse wollen Betriebsrente kürzen

FRANKFURT. — Ein neuer skandalöser Angriff auf die Belegschaften im AEG-Konzern soll die Profite der Großaktionäre stützen: Der Vorstandsvorsitzende Dürr kündigte an, daß die Betriebsrenten um zwei Drittel gekürzt werden sollen.

„Wir brauchen Geld, schlicht und einfach Geld, weil wir nämlich bei der AEG keins mehr haben." Das sagte AEG-Vorstandsvorsitzender Heinz Dürr auf einer Pressekonferenz.

Woher nehmen, wenn nicht stehlen? — ist man versucht zu fragen. Und in der Tat: Die AEG-Kapitalisten stehlen sich das Geld im wahrsten Sinne des Wortes zusammen.

Und zwar nicht nur aus der Steuerkasse unseres „Sozialstaates" (bekanntlich werden den Konzernherren ja desto größere Subventionen in den Rachen geworfen, um so umfangreicher ihre Entlassungsfeldzüge sind): Dürr und Komplizen stehlen es direkt und „schlicht" den AEG-Beschäftigten aus der Tasche: Die Betriebsrenten sollen um zwei Drittel gekürzt werden!

5000 Kollegen aus den Inlandsbetrieben des Elektrokonzerns sollen im übrigen dieses Jahr noch ihren Arbeitsplatz verlieren. So sieht das Rezept der Kapitalisten zur Sanierung ihrer Profite aus. Heinz Dürr verkündete denn auf der Pressekonferenz auch stolz: „Die Trendwende ist geschafft, für den Durchbruch brauchen wir noch einige Zeit."

„Der Rote Funke", Zeitung der Betriebszelle der KPD im Westberliner AEG-Betrieb TRF-Schwedenstraße, nimmt in ihrer neuesten Ausgabe zu dem angekündigten Rentenklau Stellung. Unter anderem schreibt **„Der Rote Funke"**:

„Nur, wenn die gesamte Belegschaft einheitlich und unmißverständlich zum Ausdruck bringt, daß sie keine weitere Einschränkung ihres Besitzstandes mehr hinnimmt, nur dann können wir die Kürzung verhindern.

Schädlich ist es allerdings, wenn der Gesamtbetriebsrat bereits jetzt einen Kompromißvorschlag aus der Tasche zieht. Noch im vorigen Jahr äußerte der Vorsitzende des AEG-Gesamtbetriebsrates: Nur über meine Leiche wird die Kürzung des Ruhegeldes verhandelt!

Aber jetzt ist er bereit, über eine Kürzung des Ruhegeldes unter bestimmten Bedingungen zu verhandeln. Wir meinen, daß es hier keine Kompromisse geben kann, schon gar nicht am Anfang des Kampfes. Deshalb fordert die KPD: **Erhalt unserer bisherigen Ruhegeldbestimmungen!"**

Warnstreik der Textiler

9 000 legten die Arbeit nieder

AUGSBURG. — Am Donnerstag vergangener Woche haben in Bayern rund 9000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Textilindustrie für zwei Stunden die Arbeit niedergelegt. Anlaß für diese Protestaktion in der nicht gerade „streikgewohnten" Textilindustrie war das provokatorische Niedrigangebot der Unternehmer von 3,9 Prozent bei den Lohnverhandlungen.

Die Unternehmer geben vor, ihr Angebot beinhalte eine Lohnerhöhung um 4,2 Prozent. Gewerkschafter weisen jedoch darauf hin, daß das Unternehmerangebot in Wahrheit nur 3,9 Prozent beträgt. Aber natürlich wären auch 4,2 Prozent viel zu wenig.

Die Beschäftigten der Bayerischen Textilindustrie, überwiegend Frauen, werden brutal ausgebeutet. Mit ihren Löhnen liegen sie trotz der harten Arbeitsbedingungen nur an 37. Stelle bzw. auf dem drittletzten Platz der Lohnskala. Die Textilarbeiter werden von den Preissteigerungen besonders hart getroffen, weil ihre Einkommen ohnedies oft kaum für ein menschenwürdiges Leben reichen.

Dementsprechend dringend brauchen sie eine angemessene Lohnerhöhung. Die Gewerkschaftsführung jedoch hat nur 7 Prozent als Forderung aufgestellt. Es ist notwendig, für die volle Durchsetzung dieser Forderung zu kämpfen. Alles andere bringt einen Abbau der kargen Realeinkommen. Der Warnstreik vom Donnerstag ist ein klarer Ausdruck dafür, daß auch in der Textilindustrie die Kampfbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen stärker geworden ist.

Nach Angaben der Textilgewerkschaft waren in Südbayern 5500 Beschäftigte in 25 Betrieben und in Nordbayern 3500 Beschäftigte in 32 Betrieben an der Streikaktion beteiligt.

Hoesch-Betriebsratsvorsitzende in Bonn

Offiziell Rohwedders Vernichtungsplan gebilligt

RGO-Betriebsgruppe bringt Bonner „Memorandum“ an die Öffentlichkeit

Am 6. Mai waren die Vertreter der Betriebsratsspitzen der Hoesch-Hüttenwerken, Schrade (BR-Vorsitzender der Westfalenhütte), Völker (stellvertretender BR-Vorsitzender vom Werk Phönix) und Schäfer (stellvertretender BR-Vorsitzender vom Werk Union), nach Bonn gereist. Nach außen hin, um für finanziellen und politischen Beistand der Bundesregierung bei der Sicherung der bedrohten Arbeitsplätze bei Hoesch zu werben. In Wahrheit aber diente die Pilgerfahrt nach Bonn genau dem entgegengesetzten Zweck.

Der unverfrorene Verrat, den die Betriebsratsspitzen der Hoesch-Hüttenwerke gegenwärtig hinter den Kulissen am Widerstand der Stahlarbeiter gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze und gegen die Demontage der Dortmunder Stahlbasis betreiben, wird dokumentiert durch das *„Memorandum der Arbeitnehmervertreter der ESTEL-Hüttenwerke Dortmund AG zur Umstrukturierung der Hüttenwerke in Dortmund, vorgelegt für die Herren Lambsdorff und Matthöfer am 06.05.1981“.*

Von diesem Memorandum, das offiziell den Standpunkt „der Arbeitnehmervertreter“ gegenüber der Bundesregierung darstellen soll, wußte man in der Belegschaft und auch unter „gewöhnlichen“ Betriebsratsmitgliedern nichts, obwohl es einen äußerst brisanten Inhalt hat: Es billigt im wesentlichen den vom Konzernvorstand im Februar dieses Jahres vorgelegten Vernichtungsplan, der die Stillegung der Werke Union und Phönix, den drastischen Abbau der Rohstahlkapazität und die Halbierung der Hoesch-Belegschaften beinhaltet. Bisher hat der Hoesch-Aufsichtsrat dieser Vorstandsvorlage unter dem Druck massiver Belegschaftsproteste und der Proteste in der Dortmunder Bevölkerung mehrfach seine Zustimmung verweigert.

Die nach Bonn gereisten Vertreter der Hoesch-Betriebsratsspitzen hinterließen das skandalöse Memorandum, ohne, daß in den Betriebsräten der drei Hüttenwerke vorher darüber diskutiert worden ist. Man kann allerdings davon ausgehen, daß die Betriebsratsspitzen nicht ohne Absprache mit dem Dortmunder Ortsverwaltungschef der IG Metall, Werner Dieterich, gehandelt haben. Der Inhalt des Memorandums wurde in den Hoesch-Belegschaften und in der Öffentlichkeit erst dadurch bekannt, daß die Betriebsgruppe Hoesch der RGO, der das Memorandum zugespielt worden war, es am 8. Mai, also zwei Tage nach der Bonn-Reise, in einem Flugblatt veröffentlichte.

Das Memorandum erklärt, daß „die Arbeitnehmervertreter“ bereit seien, „unter bestimmten Bedingungen“ die Abänderung des Aufsichtsratsbeschlusses vom Februar 1980 „mitzutragen“. Dieser Beschluß sah vor, daß als Ersatz für die drei veralteten Siemens-Martin-Werke (die inzwischen teilweise bereits stillgelegt sind) ein modernes LD-Stahlwerk auf der Westfalenhütte gebaut wird.

Die Kapazität der Siemens-Martin-Werke beläuft sich auf 2,9 Millionen Jahrestonnen. Das versprochene Ersatzstahlwerk sollte 1,9 Millionen Jahrestonnen haben. Gleichzeitig hatte der Werksvorstand im Februar 1980 den Abbau von 4200 Arbeitsplätzen auf die Tagesordnung gesetzt. Diesem Entlassungsterror hatten die Betriebsräte der Hoesch-Hüttenwerke als „Vorleistung“ für das neue Stahlwerk ihre Zustimmung gegeben.



Nur die beiden RGO-Betriebsräte bei Union hatten ihre Zustimmung verweigert und sich für die Verteidigung der Arbeitsplätze eingesetzt. Damals waren die beiden RGO-Betriebsräte auf Initiative der Betriebsratsspitzen von der Werksleitung wegen „Treuebruchs“ und „Verletzung der Vertraulichkeit“ fristlos entlassen worden. Durch eine starke Solidaritätsbewegung konnte jedoch nach monatelangem Kampf ihre Wiedereinstellung durchgesetzt werden.

Jetzt haben die Betriebsratsspitzen also in dem Bonner Memorandum offiziell ihren Verzicht auf das neue Stahlwerk erklärt. Damit fallen sie offen der Bewegung für den Bau des „Stahlwerks jetzt“ in den Rücken und geben der Kahlschlagstrategie der Deutschen Bank und des ESTEL-Konzernvorstandes, die Dortmund in eine wirtschaftliche Katastrophe stürzt, Flankenschutz.

Das Memorandum spricht sich unverhüllt für das Vernichtungskonzept des Konzernvorstands aus: Für die Stillegung von zweien der drei Werksteile (Union und Phönix), für die sogenannte „Standortkonzentration“ und für die Halbierung der Hüttenbelegschaft, die vor Beginn des Arbeitsplatzvernichtungsfeldzugs Anfang 1980 noch fast 24000 Beschäftigte umfaßte und heute bei 19500 Beschäftigten liegt.

Das Memorandum unterstützt das Verlangen der Konzernherren von ESTEL-Hoesch, daß dieses „Vernichtungsprogramm“ durch massive staatliche Zuschüsse aus Steuergeldern finanziert wird. Als soziales Feigenblatt für diese verbrecherische Arbeitsplatzvernichtung bei Hoesch fordert das Memorandum eine „soziale Flankierung“, die ebenfalls vom Steuerzahler und nicht etwa von den Konzernherren bzw. der Deutschen Bank finanziert werden soll. Die Bundesregierung hatte bisher ihre Unterstützung für das Vorstandskonzept von der Zustimmung „der Arbeitnehmervertreter“ abhängig gemacht!

Im März dieses Jahres hatten die Hüttenbelegschaften massiv gegen dieses von Rohwedder vorgelegte Vernichtungskonzept protestiert: Unter anderem mit Streiks und Besetzung des Verwaltungsgebäudes. Die Forderungen der Belegschaften dabei lauteten:

„Stahlwerk jetzt! Keine Entlassungen! Verstaatlichung des Hoesch-Konzerns!“.

Die Betriebsratsspitzen und die IGM-Bonzen aber haben von Anfang an ein schmutziges Doppelspiel betrieben. Sie sind Arbeiterverräter, die mit ihrer Sozialpartnerschaftspolitik den Kampf für die elementarsten Arbeiterinteressen hintertreiben! Letztlich ist es ausschließlich die Sicherung von Höchstprofiten für die Konzernherren, auf die alles Taktieren und Abwiegeln dieser „Arbeitnehmervertreter“ hinausläuft.

Auszüge aus dem Schandmemorandum

Das schändliche Memorandum, das die Vertreter der Hoesch-Betriebsratsspitzen ohne vorherige Diskussion und Absprache mit den Belegschaften, Vertrauensleuten und Betriebsräten in Bonn der Bundesregierung überreichten, dokumentiert den Verrat der Bonzen am Kampf für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Hoesch und für die Sicherung der wirtschaftlichen Existenzfähigkeit der Stadt Dortmund. Der Zweck des Memorandums besteht darin, endgültig den Weg für die Verwirklichung von Rohwedders Vernichtungskonzept zu ebnen. Die Bundesregierung hatte nämlich bisher eine staatliche Subventionierung der Vorstandspläne von der Zustimmung der „Arbeitnehmervertreter“ zu dem „Umstrukturierungskonzept“ abhängig gemacht. Im folgenden dokumentieren wir die wichtigsten Passagen des Memorandums im Wortlaut.

„(...) 3. Die Arbeitnehmervertreter sind unter bestimmten Bedingungen bereit, eine Abänderung des Aufsichtsratsbeschlusses vom Februar 1980 mitzutragen. Im wesentlichen sind diese Bedingungen: Garantien für den Erhalt der Stahlbasis in Dortmund sowie Schaffung eines im wesentlichen von Halbzeuglieferungen unabhängigen integrierten Hüttenwerkes.

Dazu ist es notwendig, schrittweise die Stahlbasis auf die Westfalenhütte zu verlagern und damit das LD-Stahlwerk in Hörde zu ersetzen. Dieses neue Stahlwerk wird dann die z.Z. vorhandenen fünf Stahlwerke ersetzen und die Kapazität von z.Z. 7,3 Mio Jahrestonnen auf ca. 4,2 Mio Jahrestonnen vermindern.

4. Es besteht mit dem Vorstand ESTEL Einigkeit darüber, daß für den Bereich der Hüttenwerke in Dortmund eine Standortkonzentration unabdingbar ist. Die Begründung für die Standortkonzentration liegt in den Kostenersparnissen beim inner- und zwischenwerklichen Transport sowie bei Energie- und Personalkosten. (...)

7. (...) Diese Zersplitterung wird durch das vorgelegte Konzept des Vorstandes aufgehoben, mit der Folge, daß zwei Produktionsstandorte (Union in Dortmund-Dorstfeld und Phoenix in Dortmund-Hörde) völlig aufgegeben werden müssen. Das schafft außerordentliche personelle Probleme für die Hüttenbelegschaften und Strukturprobleme für die Stadt Dortmund (Arbeitslosenquote 8,1 Prozent, damit Spitze im Ruhrgebiet). (...)

8. Die Investitionskosten des Umstrukturierungsprogrammes mit Konzentration auf der Westfalenhütte belaufen sich auf ca. 1,25 Mrd Mark. Dringend erforderlich sind kurzfristige Mittel für die Modernisierung der verbleibenden Produktionsanlagen.

9. Mit dem Beschluß des Aufsichtsrates vom Februar 1980 war die Vereinbarung verknüpft, die Belegschaft um 4200 Mitarbeiter zu vermindern. Die Durchführung des jetzt vom Vorstand vorgelegten Umstrukturierungskonzeptes bedeutet eine weitere Verminderung der Belegschaft um 6500 auf 13000.

Die vorgesehene Halbierung der Belegschaft verlangt zwingend eine soziale Flankierung. Nach den Erklärungen des Unternehmens können die Kosten in Höhe von ca. 300 Mio. Mark nicht mehr aufgebracht werden. (...)“

Neue Protestaktionen bei Krupp

Mehr als Zehntausend Stahlwerker gingen auf die Straße

Streiks und Demonstrationen in Hagen, Krefeld, Duisburg und Bochum

BOCHUM. — Gegen den Plan der Konzernbosse von Krupp, bis Ende nächsten Jahres fast 5500 Arbeitsplätze im Stahlbereich des Unternehmens zu vernichten, kam es in der vergangenen Woche erneut zu massiven Protestaktionen der Stahlwerker in den betroffenen Krupp-Betrieben. Anlaß für die Aktionen waren Aufsichtsratssitzungen, auf denen die Arbeitsplatzvernichtungspläne des Konzernvorstandes behandelt wurden.

Am Montag früh kam es zu Protestaktionen der betroffenen Stahlarbeiter des Krupp-Konzerns in Duisburg-Rheinhausen und in Hagen. Bei Krupp-Rheinhausen traten 500 Kollegen in einen Proteststreik, unter ihnen die Beschäftigten der zur Stillegung vorgesehenen Mittelstahlstraße. Die Kollegen marschierten zur Hauptverwaltung und von dort aus zum Tagungslokal des Betriebsrates, der mit Landtags- und Bundestagsabgeordneten zu einer Konferenz versammelt war. In Hagen demonstrierten rund 2500 Stahlarbeiter der zu Krupp gehörenden Stahlwerke Südwestfalen (KSW) vom Werksteil Wehringhausen zum Hagener Rathaus. Dort fand zu diesem Zeitpunkt eine Stahlkonferenz der IG Metall statt.

Am Dienstag demonstrierten dann in Krefeld ca. 2000 Beschäftigte, ebenfalls von KSW in Hagen, vor dem Nobelhotel Krefelder Hof, wo zu diesem Zeitpunkt der Aufsichtsrat von KSW tagte. Unter anderem riefen die Kollegen: „Haut den Bossen auf die Flossen, sonst wird unser Werk geschlossen“. Auf Transparenten und Plakaten hieß es: „Wir haben aufgebaut — ihr wollt vernichten“. Lehrlinge trugen ein Schild mit der Aufschrift: „150 Auszubildende: Ausgebildet bei KSW — übernommen vom Arbeitsamt!“. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde der Aufsichtsrat aufgefordert, „das vorliegende Strukturkonzept der Vorstände abzulehnen.“

Am Mittwoch kam es dann auch in Bochum im Zusammenhang mit der Sitzung des Konzern-Aufsichtsrates zu einer großen Protestaktion. Rund 6000 Arbeiter und Angestellte legten bei Krupp in Bochum für mehrere Stunden die Arbeit nieder. Um 9.00 Uhr formierten sich drei Demonstrationszüge, die zum Verwaltungsgebäude marschierten, in dem die Aufsichtsratssitzung stattfand. An dieser großen Aktion nahmen auch Kollegen von Krupp in Hagen und von Krupp-Rheinhausen teil, die mit Autobussen nach Bochum gekommen waren. Insgesamt beteiligten sich an die 8000 Menschen an der Demonstration in Bochum.

Die Demonstranten trugen ein großes Transparent mit der Aufschrift: „Bochum, Rheinhausen, Siegen, Hagen — gemeinsam marschieren, gemeinsam schlagen — gegen Entlassungen“. Auf einem anderen Transparent hieß es: „Krupp versprach uns Sicherheit und plant jetzt Arbeitslosigkeit“. Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurde gefordert.

Die Konzernleitung erlaubte sich eine unerhörte Provokation gegenüber den demonstrierenden Stahlwerkern: Sie forderte Polizei an. Rund 1000 Polizisten, darunter auch politische Polizei in Zivil und Polizeispitzel, wurden zur „Überwachung“ des Arbeiterprotests abkommandiert.

Unter dem Druck der Protestaktionen wurden in den Aufsichtsratsgremien noch keine Beschlüsse zugunsten der Arbeitsplatzvernichtungspläne des Konzernvorstandes gefaßt. Der Aufsichtsrat von KSW lehnte auf seiner Sitzung im Krefelder Hof am Dienstag das „Strukturkonzept“ der Konzernherren ab: Die „Arbeitnehmervertreter“ und der „neutrale Mann“ überstimmten die „Anteilseigner“. Bei der Sitzung des Konzern-Aufsichtsrates am Mittwoch in Bochum kam es allerdings zu keinem Ablehnungsbeschluß. Vielmehr wurde die Entscheidung hier auf den 10. Juni vertagt.

Unter dem Druck der Massenproteste befaßte sich am Mittwoch auch der nordrhein-westfälische Landtag in Düsseldorf im Rahmen einer aktuellen Stunde mit der Lage in der Stahlindustrie. Die alleinregierende SPD ignorierte dabei jedoch die konkreten Forderungen der Stahlarbeiter völlig. Unter anderem hatten die Hoesch-Belegschaften und die Kollegen von Krupp die Verstaatlichung dieser Stahlkonzerne als Mittel zur Verhinderung der Arbeitsplatzvernichtungspläne gefordert. Weder die SPD- noch die CDU-Vertreter gingen auf diese Forderung ein. Wirtschaftsminister Jochimsen vertröstete stattdessen auf eine „europäische Lösung“ der Stahlkrise in Brüssel. Dabei ist sonnenklar, daß eine solche „Lösung der Krise“ nur im Sinne der Profitsanierung der großen Stahlmagnaten, das heißt mit Hilfe weiterer Arbeitsplatzvernichtung in der gesamten Stahlindustrie der EG-Länder, denkbar ist.



Demonstration der Stahlarbeiter von Krupp in Hagen am 24. April.

Zum II. Kongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands

Durch Aktionen voran!

Eine lebendige und kämpferische Atmosphäre bestimmte die Kongreßtage

Vom 8. — 10. Mai fand in Essen der II. Kongreß der Kommunistischen Jugend Deutschlands (früher Rote Garde) statt. 63 Delegierte aus dem Bundesgebiet und Westberlin nahmen daran teil. Zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland verfolgten mit großer Aufmerksamkeit die Arbeiten des Kongresses.

Als Vertreter unserer Partei nahm der Genosse Horst-Dieter Koch, Mitglied des Politbüros der KPD, teil.

Zum Kongreß wurden die besten Aktivisten aus der Jugendorganisation delegiert. Genossen, die oft in jahrelanger Jugendarbeit ihre Erfahrungen gesammelt haben. Jugendvertreter, Vertrauensleute, Aktivisten aus der Gewerkschaftsjugend, Funktionäre verschiedener Ebenen der Einzelgewerkschaften. 80 Prozent der Delegierten waren Arbeiterjugendliche. Das Durchschnittsalter der Delegierten war ca. 20 Jahre.

Jedem der Delegierten war klar: Hier wird über die Arbeit der vergangenen Jahre gesprochen und hier wird festgelegt, wie es in den nächsten Jahren weitergehen soll.

Resignation war auf dem Kongreß ein Fremdwort. Die lebendigen und kämpferischen Diskussionen, an denen sich nahezu alle Delegierten beteiligten, bestimmten das Bild. An Beispielen und Erfahrungen der praktischen Arbeit wurde engagiert diskutiert. Und immer wieder gab es großen Jubel, wenn die wichtigsten Dokumente des II. Kongresses — der Rechenschaftsbericht, das Aktionsprogramm „Unser Standpunkt", und die Satzung der Kommunistischen Jugend Deutschlands verabschiedet wurden.

Der Rechenschaftsbericht

Eine sehr wesentliche und tiefgehende Diskussion erfolgte über den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Roten Garde. **Das Zentralkomitee dankte allen Genossen, allen Mitgliedern und Funktionären der Jugendorganisation für ihren unermüdlichen und schwierigen Einsatz, dankte der Partei für die gute politische Anleitung und Hilfe, nicht zuletzt in finanzieller Hinsicht.**

Der Bericht analysierte kurz die politische Lage in der Bundesrepublik, die wirtschaftliche Situation im allgemeinen und die Situation der Jugend im besonderen.

Die „neue" Jugendbewegung

So neu, wie die „neue" Jugendbewegung hingestellt wird, ist sie nicht. Es gibt die Jugend und damit gibt es auch eine politische Bewegung unter der Jugend. Aktuell erleben wir wieder einen Aufschwung, das ist neu. So wie die Jugend niemals stillhalten wird, hat sie auch jetzt nicht stillgehalten und ihren Protest gegen das System und die Rechtlosigkeit der Jugend erhoben.

Die bürgerlichen Politiker schwatzen vom Dialog mit der Jugend. Doch sie sind unfähig, die sozialen Ursachen — die Krise, Arbeitslosigkeit, den Bildungsnotstand und die Zukunftslosigkeit — die zum Protest der Jugend führen, zu beseitigen. Polizeiknüppel, Wasserwerfer und Verhaftungen, das sind die Methoden, mit denen der Staat der Jugend gegenübertritt.

Es ist gut, daß sich immer breitere Teile der Jugend auch militant dagegen wehren und die Schranken der bürgerlichen Legalität durchbrechen. Dabei geht es nicht nur um die Steine und klirrende Fensterscheiben, die bewußt von den bürgerlichen Medien hochgespielt werden. Für die Kommunistische Jugend ist viel interessanter, daß 100000 beispielsweise in Brokdorf das Demonstrationsverbot durchbrachen, daß die Lehrlinge bei Hoesch in Dortmund und bei Krupp in Bochum an der Spitze standen, als die Straßenkreuzungen blockiert wurden, um gegen die Massenentlassungen zu demonstrieren. Und für die Kommunistische Jugend Deutschlands ist die Steinewerferei ebenfalls nichts Neues gewesen. Als unser Genosse Bernd Hübner in der DDR verhaftet wurde, da flogen Steine gegen das sowjetische Reisebüro in Westberlin. Die Steine haben wir geworfen. Das war richtig. Doch genau so wie wir uns damals überlegten: bringt das unseren Kampf voran?, tun wir es auch heute. Nicht jeder Stein, der heute geworfen wird, nützt unserem Kampf.



Genosse Jürgen Tobegen referiert den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Roten Garde.

Eine andere Frage auf dem Kongreß waren die Hausbesetzungen. Auch hier ist der Standpunkt: Wir unterstützen die Hausbesetzungen als gerechtes und völlig legitimes Mittel im Kampf gegen die Wohnungsnot. Eine Hauptaufgabe machen wir daraus aber nicht für unseren Kampf. Auch wenn Hausbesetzungen heute modern sind, so sehen wir doch, daß andere politische Fragen aktuell anstehen, die wichtiger sind: Wir konzentrieren uns vor allem auf die Arbeit in den Betrieben, Haupt- und Realschulen und den Kasernen.

Durch Aktionen voran!

Der Bericht untersuchte natürlich die Arbeit der vergangenen Jahre. Wir haben zwar den Kommunistischen Jugendverband entwickelt, das Sektierertum durch unsere Arbeit beseitigt. **Aber das Zentralkomitee beging auch schwerwiegende Fehler. So wurden lange und teilweise fruchtlose Diskussionen geführt, die sich nicht durch Anleitungen in der Organisation niederschlugen. Es traten Genossen aus der Organisation aus, weil eben keine oder zu wenig praktische Arbeit und Aktionen gemacht wurden.** Denn ohne die praktische Aktion ist ein Jugendverband tot. Der Jugendverband lebt dadurch, daß er sich ständig in Bewegung hält. Ständig müssen wir aktiv sein, Aktionen anleiern, die den Jugendlichen gefallen. Der „Rote Rebell" hat gerade in den letzten Monaten viele solcher Beispiele gezeigt.

Die Delegierten bei der Abstimmung über die Anträge an den II. Kongreß.

Es geht heute nicht darum, den politischen Knackpunkt in der Jugendbewegung herauszuanalysieren, der uns eines Tages das Tor zur Führung der Jugendbewegung eröffnet. Es geht heute darum, durch die praktische Aktion in die Kämpfe einzugreifen. Und dabei haben wir auf allen Gebieten des Kampfes in unserem Land etwas zu sagen. Wir unterstützen zum Beispiel die Volksfront beim Kampf gegen Reaktion und Faschismus — aber wir überlassen der Volksfront nicht allein dieses Feld. Wir machen auch unsere eigenen Aktionen, gegen Atomraketen, Bullenterror, Massenverhaftungen, Verschärfung des Demonstrationsrechtes, usw.

Aber wir machen natürlich nicht nur Aktionen, sondern wollen die Mitglieder unseres Jugendverbandes auch in die Lage versetzen, den Standpunkt unserer Organisation zu vertreten. Darum sind die Aktionen und die politische Bildung in unserem Verband eine Einheit. Der II. Kongreß beschloß so auch, mehrere Seminare und Schulungen durchzuführen. Diese Aufgaben werden in allernächster Zeit von der Zentralen Leitung in Angriff genommen.

Partei und Jugendverband

Der Jugendverband ist nach wie vor die größte Reserve der Partei. In den letzten drei Jahren gab der Jugendverband 30 Prozent seiner Mitglieder an die Partei ab. Auf dieses Ergebnis sind wir stolz. Doch diese 30 Prozent waren für uns auch ein Problem, denn diese Genossen fehlen ja irgendwo der Organisation, auch wenn sie nicht mehr allzuviel in der Jugendorganisation gearbeitet haben, sondern mehr und mehr Aufgaben in der Partei übernahmen.

Teilweise war es sogar so, daß ganze Ortsgruppen des Jugendverbandes nach und nach in die Partei eintraten und der Jugendverband so nicht mehr existierte, weil alle Genossen des Verbandes in der Partei waren. So z.B. im Landesverband Westfalen-Lippe, wo es vor drei Jahren in den Orten Bielefeld, Münster, Emsdetten, Höxter, Bad Oeynhausen und Minden Gruppen gab. Heute gibt es nur noch Gruppen in Bielefeld, in den anderen Orten sind die meisten Genossen in der Partei gegangen und leisten keine Jugendverbandsarbeit mehr. Und Westfalen-Lippe ist da keine Ausnahme.

Diesen flächenmäßigen „Schrumpfungsprozeß" müssen wir beenden. Die Zentrale Leitung der KJD wird in Zusammenarbeit mit der Partei dieses Problem untersuchen und Schritte zur Lösung, Vorschläge zur Unterstützung der Jugend durch die Partei geben.

Die Partei leitet den Jugendverband auf allen Ebenen. **Und darum möchten wir hier an dieser Stelle auch alle Leitungen der Partei, besonders die Ortsleitungen, die ja in direkter Verbindung mit der KJD am Ort stehen, bitten: Seht nach der Arbeit der KJD-Gruppen am Ort, weist die Genossen darauf hin, welche Aktionen die Jugendorganisation anpacken kann, diskutiert in den Ortsleitungen verstärkt über die Jugend.**

Aktionsprogramm und Satzung geändert

Diese beiden Dokumente wurden neben dem Rechenschaftsbericht sehr intensiv diskutiert. Wir haben unser altes Programm nicht nur überarbeitet, sondern ein völlig anderes geschaffen. Die Delegierten waren sich darin einig, daß wir nicht ein verkürztes Parteiprogramm für die Jugend brauchen, sondern ein Aktionsprogramm, mit dem wir in die Kämpfe der Jugend eingreifen können, und das die wichtigsten Kampfaufgaben bestimmt. Denn als Jugendverband der Partei kämpfen wir selbstverständlich auch für das Programm der Partei. (Das Aktionsprogramm wird in der nächsten Ausgabe des RM veröffentlicht.)



Blumen für die neue Zentrale Leitung

Eine wesentliche Änderung gab es in der Satzung. Bisher haben wir in der Organisation das Prinzip des demokratischen Zentralismus gehabt. In der neuen Satzung ist dieses Organisationsprinzip gestrichen. Wir haben die Kriterien für die Aufnahme in die KJD heruntergeschraubt, denn es geht uns darum, daß jeder, der mit uns kämpfen will, auch eintreten kann.

„Wir sind nicht gegen den demokratischen Zentralismus. Wir wissen, daß das ein kommunistisches Organisationsprinzip ist, das die Kommunistische Partei auf jeden Fall verwirklichen muß. Doch dieses Organisationsprinzip stellt hohe Anforderungen an die Mitglieder, verlangt eine gewisse politische und ideologische Reife." (Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den II. Kongreß)

Können wir diese politische und ideologische Reife voraussetzen, wenn ein Jugendlicher in den Jugendverband eintritt? Ist es nicht vielmehr so, daß wir ihn erst einmal davon überzeugen müssen? Das letztere ist der Fall. Wir werden also im Jugendverband durch Überzeugung dazu kommen, daß unsere Genossen das Prinzip des demokratischen Zentralismus erst einmal verstehen lernen. Und die Praxis der vergangenen ein bis zwei Jahre, als wir in Absprache mit der Partei mehr die demokratischen als die zentralistischen Elemente in der Jugendorganisation in den Vordergrund stellten, hat gezeigt, daß durch Überzeugungsarbeit 30 Prozent der Jugendorganisation in die Partei eintraten und heute gute und standfeste Genossen sind.

Ein neuer Name

Schon vor dem Kongreß führte das Zentralkomitee eine Meinungsumfrage durch, bei der sich die überwältigende Mehrheit der Stellungnahmen für eine Änderung des Namens aussprachen und den Namen KJD favorisierten. Dennoch wurden auf dem Kongreß verschiedene andere Namen diskutiert, wobei „KJD" auf dem Kongreß die absolute Mehrheit erhielt.

Verschiedene Gründe sprachen für eine Änderung des Namens. Der Kongreß wollte, daß aus dem Namen eindeutig hervorgeht, was für ein „Verein" wir sind. „Rote Garde", das kam aus der Kulturrevolution in China, kam von Maos Roten Garden. Mit dem Maoismus aber wollen wir nichts zu tun haben, denn wir sind keine kleinbürgerlichen Idealisten, sondern ein kommunistischer Jugendverband. Auch schien uns der Begriff „Garde" heute nicht mehr sehr zeitgemäß. Diese und andere Gründe führten dann zur Namensänderung. Nun sind wir die **Kommunistische Jugend Deutschlands.**

Konstituierende Sitzung der Zentralen Leitung

Auf der konstituierenden Sitzung der Zentralen Leitung der KJD, die am Samstag, den 16.5.81 stattfand, wählte die Zentrale Leitung den Genossen Jürgen Tobegen zum Vorsitzenden der Kommunistischen Jugend Deutschlands. Außerdem wurde gemäß der Satzung ein Sekretariat, bestehend aus drei Genossen, gewählt.

P.M.


Aufgrund dieses Pressefotos wurde der Mordvorwurf gegen zwei Demonstranten konstruiert.

Verhaftete Brokdorf-Demonstranten

Staatsanwaltschaft läßt Mordanklage fallen

Bremer Arbeiter weiter in Haft

ITZEHOE. — Die Staatsanwaltschaft Itzehoe hat ihren Vorwurf gegen zwei seit über einem Monat inhaftierte Teilnehmer an der großen Brokdorf-Demonstration jetzt „zurückgestuft". Die beiden AKW-Gegner, ursprünglich wegen „gemeinschaftlich versuchten Mords" verhaftet, werden nun der gefährlichen Körperverletzung und des Landfriedensbruchs angeklagt.

Der Haftbefehl gegen den 19-jährigen Dithmarscher Schüler Markus Mohr wurde ausgesetzt. Der 36jährige Zementarbeiter Michael Duffke aus Bremen allerdings sitzt immer noch im Gefängnis.

Das koordinierte Vorgehen von Justiz, Polizei und Kieler Landesregierung im Fall der beiden AKW-Gegner stellt einen bislang einmaligen Versuch dar, die gesamte Bewegung gegen die Atomkraftwerke zu kriminalisieren und Teile dieser Bewegung exemplarisch zu bestrafen. Die Vorwürfe gegen die beiden Demonstranten gründeten sich auf ein Pressefoto, auf dem zu sehen ist, wie ein Polizist — in einen der Wassergräben vor dem Brokdorfer Bauplatz eingesunken — von zwei Demonstranten mit Spaten und Knüppel attakkiert wird.

Das Foto stammt von dem Journalisten Tobias Heldt, der es an den „Stern" und das „Hamburger Abendblatt" verkauft hatte. Mit der massiven Androhung von Beugehaft wurde Heldt gezwungen, der Staatsanwaltschaft sämtliche von ihm am Wassergraben gemachte Bilder auszuhändigen. Mit diesem Fotomaterial wurde dann eine bundesweite Fahndung organisiert, die unter anderem auch über die Fernsehbildschirme flimmerte. Begleitet war diese Fahndung von dem Hinweis, daß wegen Mordversuchs ermittelt würde. Die Sache schien somit klar: Entmenschte Atomkraftgegner hatten versucht, einen wehrlosen Polizisten umzubringen.

Aber was war tatsächlich geschehen? Bei dem angegriffenen Polizisten handelte es sich um Rolf Schütt, einen Angehörigen des saarländischen Sondereinsatzkommandos, einer auf brutale Zerschlagung von Kampfaktionen des Volkes gedrillten Spezialeinheit also. Entsprechend ihrem Auftrag ging das SEK auch äußerst gewalttätig gegen die vor dem Brokdorfer Bauplatz versammelten Demonstranten vor. Und Rolf Schütt zeichnete sich dabei durch besonderen Eifer aus. Um einen einzelnen Demonstranten, der vor der anrückenden Einheit floh, gezielt zusammenschlagen zu können, löste er sich aus der SEK-Formation und setzte dem Demonstranten mit erhobenem Knüppel nach.

Was dann geschah, schildert der Dozent Klaus Wernecke, der auf dem jenseitigen Ufer des Wassergrabens stand, so: „Ein einzelner Demonstrant wurde von dem Polizisten in den Wassergraben getrieben. Der Polizist schlug von oben auf ihn ein. Der Demonstrant versuchte sich zu retten und sprang auf das Eis. Er brach ein, und der Polizist versuchte weiter von oben auf ihn einzuschlagen. Dabei brach der Polizist selbst ein; er rutschte auf der Kante ab."

Schütt wurde also nicht völlig unvermittelt von den beiden Demonstranten angegriffen; die Attacke gegen ihn stand im unmittelbaren Zusammenhang mit der brutalen Aktion des SEK-Mannes. Schütt wurde dann verletzt und — wie der RM früher schon berichtete — auf der anderen Seite des Grabens von Demonstranten aus dem Wasser gezogen und zu der etwa einen Kilometer hinter dem Graben gelegenen Sanitätsstelle der AKW-Gegner gebracht. Von dort aus konnte Schütt seinen Polizeiposten in Wilster anrufen. Offenbar hatte jedoch die Einsatzleitung nur wenig Interesse an ihrem verletzten und aus dem Verkehr gezogenen SEK-Mann. Denn der Arzt der AKW-Gegner, Dr. Jens Janke, mußte dreimal telefonieren, bis sich die Einsatzleitung dazu bequemte, einen Hubschrauber zur Sanitätsstelle zu schicken, der Schütt abholte. Inzwischen waren 90 Minuten vergangen. Wäre der SEK-Mann tatsächlich schwer verletzt worden, wie dann später behauptet wurde — die Sache hätte für ihn böse ausgehen können.

Statt Schütt zu helfen, benutzten die Strategen des Polizeieinsatzes in der Wilster Marsch den Fall zur Hetze gegen die Demonstranten. Der schleswig-holsteinische Innenminister Barschel persönlich verbreitete über den NDR die Lüge, ein Polizist sei von den AKW-Gegnern als Geisel genommen worden. Barschel behauptete das 45 Minuten nach dem Anruf Schütts in Wilster, in dem dieser dem dortigen Polizeiposten den wahren Sachverhalt seines Verschwindens mitgeteilt hatte. Vor diesem Anruf war Schütt von seiner Einheit nicht vermißt worden; es gab auch keinen Polizisten, der die Vorgänge am Wassergraben beobachtet hätte. Daß der SEK-Mann verschwunden war, konnte also auch Barschel nur aufgrund des Anrufs von Schütt wissen. Insofern kann die Geisel-Geschichte des Innenminister nur als eine gezielte Lüge zur Diffamierung der Demonstration gewertet werden.

Und in diesem Stil ging es dann weiter. Im Zuge der Fahndung nach den beiden Demonstranten, von denen Schütt angegriffen worden war, wurde die Lüge ausgestreut — und von der reaktionären Presse in großer Aufmachung verbreitet —, der SEK-Mann habe schwere Verletzungen davongetragen. Tatsächlich aber hatte er nur Prellungen, Schürfwunden und eine Gehirnerschütterung erlitten. Nach neun Tagen konnte er schon wieder aus dem Krankenhaus entlassen werden.

Angesichts dieser Fakten einen Mordversuch zu konstruieren, ist schon ein Skandal erster Ordnung. Vor allem, wenn man bedenkt, daß mehrere Demonstranten weitaus schlimmere Verletzungen als Schütt erlitten hatten, ohne, daß gegen die Polizeischläger auch nur Verfahren wegen Körperverletzung eingeleitet worden sind. Genauso skandalös ist schließlich auch das Vorgehen der Justiz, das dann zur Verhaftung von Markus Mohr und Michael Duffke führte. Gegen den Schüler wurden die Ermittlungsbehörden aufgrund eines anonymen Anrufs aktiv, in dem behauptet worden war, er wäre mit dem Demonstranten identisch, der auf dem Foto den Spaten gegen Schütt schwingt. Eine Hausdurchsuchung bei Markus Mohr brachte dann jedoch keinen Spaten zum Vorschein, außerdem mußte eingestanden werden, daß der Helm des Schülers nicht mit dem Helm, den der Demonstrant auf dem Foto trägt, identisch ist.

Dann meldete sich ein weiterer „Zeuge", der behauptete, er würde den Spaten auf dem Pressebild wiedererkennen. Es wäre der gleiche, den Markus Mohr vor der Demonstration gekauft hätte. Ein wahres Wunder an Identifizierungskunst! Der Staatsanwaltschaft aber genügte diese dubiose „Zeugen"aussage, um den erwähnten Haftbefehl gegen den 19jährigen auszustellen. Obwohl selbst bei schlechtestem Willen daraus niemals der gesetzlich vorgeschriebene „dringende Tatverdacht" abgeleitet werden konnte. Obwohl nach Lage der Dinge auch Flucht- und Verdunkelungsgefahr nicht gegeben waren.

Daß zudem der Vorwurf des Mordversuchs völlig unhaltbar war, hat die Staatsanwaltschaft ja jetzt selber eingestehen müssen. Natürlich ist das nicht ein Ergebnis irgendwelcher neuer Erkenntnisse. Es war von Anfang an klar, daß von einem Mordversuch nicht die Rede sein konnte. Aber man hat diesen willkürlichen Vorwurf über Monate hinweg aufrechterhalten, man hat damit propagandistisch gearbeitet. Die Absicht liegt auf der Hand: Die 100000 von Brokdorf sollten als Mordgesindel hingestellt werden. Und darüber hinaus hat man mit dieser infamen Anklage auch eine ganz reale und heimtückische Drohung an alle diejenigen gerichtet, die sich an Kampfaktionen — welcher Art auch immer — beteiligen. Denn jeder, der gegen die Angriffe des Polizeiapparats militanten Widerstand leitet, mußte ja damit rechnen, als Mörder abgeurteilt zu werden.

Und wenn die Staatsanwaltschaft Itzehoe den Mordvorwurf jetzt klammheimlich hat fallen lassen, so heißt das ja nicht, daß ein solches Vorgehen der Justiz gegen Demonstranten sich nicht an anderer Stelle wiederholen könnte. Wachsamkeit und entschiedener Widerstand gegen solche terroristischen Attacken der Justiz sind also auch weiterhin geboten. Und was den konkreten Fall der beiden Brokdorf-Demonstranten betrifft: Michael Duffke ist immer noch inhaftiert. Er muß unverzüglich freigelassen werden!

Meldungen

Wegen DKP-Mitgliedschaft gekündigt

STUTTGART. — Uta Stahl, als Kontoristin bei der „Stuttgarter Zeitung" wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP gekündigt, gewann ihren Prozeß vor dem Stuttgarter Landesarbeitsgericht, sie wird jedoch dennoch nicht wieder eingestellt.

Der Fall Uta Stahl hat bundesweite Aufmerksamkeit erregt und eine breite Empörung hervorgerufen, weil hier zum ersten Mal die reaktionären Berufsverbote in aller Offenheit in der Privatwirtschaft angewandt worden sind. Schon in der ersten Instanz vor dem Stuttgarter Arbeitsgericht hatte die Kontoristin mit ihrer Klage gegen die Kündigung recht bekommen.

Die Tatsache, daß sie ausschließlich wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP entlassen worden war, wertete das Arbeitsgericht als einen Verstoß gegen die im Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit. Dem schloß sich jetzt auch das Landesarbeitsgericht an. Es erklärte auch eine zweite von der „Stuttgarter Zeitung" gegen Uta Stahl ausgesprochene Kündigung für unwirksam. Bei dieser Kündigung hatten sich die Bosse des Presseunternehmens auf angeblich beleidigende Formulierungen in einem Schriftsatz des früheren Anwalts der Kontoristin berufen.

Dazu stellte das Landesarbeitsgericht fest, bei dieser zweiten Kündigung handele es sich ganz offensichtlich um eine Maßnahme zur Erreichung des rechtswidrigen Zwecks der ersten Kündigung, nämlich Uta Stahls Entlassung ausschließlich wegen ihrer Parteizugehörigkeit.

Trotz dieser eindeutigen und vom Gericht bestätigten Sachlage aber lehnte das Landesarbeitsgericht für Uta Stahl ein Recht auf Weiterbeschäftigung bei der „Stuttgarter Zeitung" ab. Dabei wurde auf das Bundesarbeitsgericht verwiesen, das einen solchen Anspruch auch bei erfolgreichen Klagen nur in Ausnahmefall zulasse.

Der Anwalt des Pressekonzerns hatte von vornherein einen vom Gericht in Aussicht gestellten Vergleich abgelehnt und für den Fall, daß das Urteil aus der ersten Instanz bestätigt werden sollte, die Zulassung der Revision beim Bundesarbeitsgericht beantragt. Offenbar streben die Bosse ein Grundsatzurteil des BAG an, nach dem dann der Radikalenerlaß auch in der Privatindustrie uneingeschränkt durchgeführt werden könnte. Das Landesarbeitsgericht ließ die Revision zu.

Niedersachsen will Vermummungsverbot

HANNOVER. — Die niedersächsische CDU-Regierung plant gemeinsam mit der ebenfalls von der CDU gebildeten Regierung von Schleswig-Holstein eine Gesetzesinitiative im Bundesrat, nach der sich künftig jeder strafbar macht, der sich als Teilnehmer an einer Demonstration vermummt.

Wie ein Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums erklärte, wird es dabei nicht möglich sein, gesetzlich festzulegen, was denn unter einer Vermummung zu verstehen sei. Das bliebe dann dem „gesunden Menschenverstand des einzelnen eingesetzten Beamten" überlassen. Der Sprecher half dem gesunden Menschenverstand seiner Polizisten dadurch auf die Sprünge, daß er einige Beispiele anführte, in denen eine Vermummung von Demonstranten vorliegen könnte. Er nannte dabei unter anderem eine besonders große Brille, eine tief ins Gesicht gezogene Mütze und einen um den Mund geschlungenen Schal.

„Dem Naziterror Einhalt gebieten"

Am 36. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus zogen die Initiatoren der Kampagne „Dem Nazi-Terror Einhalt gebieten" auf einer Pressekonferenz eine erste Bilanz. 14000 Unterschriften sind inzwischen schon für einen Appell an Regierungen und Parlamente in Bund und Ländern gesammelt worden, in dem das Verbot und die Auflösung aller neonazistischen Gruppen gefordert wird.

Wie die Initiatoren, darunter der Bezirkssekretär der IG DruPa, Hans-Werner Wurstius, erklärten, haben sie Vertretern der drei Fraktionen im Bundestag die Dokumentation mit den Unterschriftenlisten übergeben. An der Sammlung hatte sich auch die VOLKSFRONT aktiv beteiligt, die insgesamt 2000 Unterschriften beisteuerte.

Goebbels-Roman als Theaterstück

HEIDELBERG. — Im vorletzten „Roten Morgen" haben wir die geplante Dramatisierung eines Romans von Goebbels im Heidelberger Stadttheater berichtet und dieses Unternehmen als Beitrag zur Hitler-Welle verurteilt.

Wie wir inzwischen erfuhren, steckt hinter diesem Vorhaben nicht die Absicht, den Faschismus zu verherrlichen. Der Heidelberger Dramaturg Jan Kaestner, der den Roman für die Bühne bearbeitet hat, will damit vielmehr zur Aufklärung über die psychologischen Voraussetzungen beitragen, die eine ganze Generation für den Faschismus anfällig gemacht hätten. Er sieht die Aufführung des Goebbels-Romans als Ergänzung zu Brechts Stück Arturo Ui, das in Heidelberg auf dem Spielplan steht.

Mit Goebbels Aufklärung zu betreiben — das bleibt allerdings bei aller guter Absicht eine äußerst fragliche Sache.

Heß-Freunde wieder aktiv

FRANKFURT. — Ausgerechnet am Vortag des 36. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus erschien diese ganzseitige Anzeige (Kostenpunkt: 25000 DM) in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". Als Auftraggeber fungiert die offenbar sehr kapitalkräftige Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß, deren Ehrenvorsitzender der frühere Bundesjustizminister Bucher ist.



Aktionen der Hamburger Drucker

Solidarität mit den ausgesperrten dänischen Kollegen

Volkskorrespondenz aus Hamburg

In Dänemark stehen seit dem 27. März die Mitglieder des Danski Typograf Förbund (Dänischer Typografenverband) im Arbeitskampf. Dabei haben die Unternehmer zur brutalen Waffe der Massenaussperrung gegriffen. In allen zum Verlegerverband gehörenden Druckbetrieben wurden die Setzer und Drucker (insgesamt 6 500) ausgesperrt. Und die dänischen Unternehmer versuchen jetzt, ihre Produkte im norddeutschen Raum herstellen zu lassen.

Am Montag, den 27.4. erreichte die IG Druck in Hamburg von Kollegen von Mühlmeister & Johler die Nachricht, daß der Verdacht besteht, in der Druckerei solle ein Streikbrecherprodukt gearbeitet werden. Die IG DruPa prüfte nach, ob es sich bei diesem Produkt — einem Tjaereborg-Reisekatalog — um eine Streikbrecherarbeit handelte und fragte in Dänemark nach. Noch in den Mittagsstunden faßte der Hauptvorstand dann den folgenden Beschluß: „Der GHV beschließt gem. § 15 Ziff. 5 der Satzung, daß die bei der Firma Mühlmeister & Johler (Hamburg) beschäftigten Mitglieder der IG Druck und Papier aufgefordert werden, als Solidaritätsmaßnahme zugunsten einer befreundeten dänischen Gewerkschaft die Herstellung des Tjaereborg-Katalogs II/81 in dänischer Sprache abzulehnen."

Dieser Beschluß erreichte die Kollegen schon am Nachmittag vor dem Tor. Der Bezirkssekretär verteilte einen entsprechenden Aufruf und versuchte zusammen mit einem Gewerkschafter aus dem Betrieb, die Kollegen von der Notwendigkeit des Boykotts zu überzeugen. Gleichzeitig bestritt D. Johler in der Firma ganz entschieden, daß es sich um einen Streikbrecherauftrag handele. Er holte sich schon an diesem Nachmittag von dem Maschinenführer der Offsetrotation in der Spätschicht und von den Vorgesetzten der Abteilung (zum Teil noch Mitglieder in der IG DruPa) eine Einverständniserklärung.

Von da an gab es im Betrieb eine harte Auseinandersetzung um den Boykott. Die Mehrheit arbeitete schließlich an dem Auftrag, zum Teil auf massiven Druck hin. D. Johler drohte mit fristloser Entlassung wegen Arbeitsverweigerung und mit Schadensersatzverpflichtungen. Die aktiven Gewerkschafter konnte sich angesichts dieser Drohungen nicht durchsetzen. Ein Kollege, der sich schon am Dienstag weigerte, den Auftrag zu montieren, wurde beurlaubt. Diese Maßnahme wurde dann wieder rückgängig gemacht, als andere Arbeit in der Montage war.



Versammlung der Drucker vor dem Tor von M & J

Da es durch das erste Flugblatt und die Diskussionen im Betrieb nicht gelang, den Boykott durchzuführen, wurde am Donnerstag eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung in einer Gaststätte in der Nähe durchgeführt.

Gleichzeitig mit der Einladung zu dieser Versammlung wurde ein zweites Schreiben verteilt. Es enthielt eindeutige Beweise dafür, daß es sich bei dem Katalog tatsächlich um eine Streikbrecherarbeit handelte. Das Schreiben schloß mit der Aufforderung: „Die dänischen Kolleginnen und Kollegen haben uns 1976 und 1978 aktiv unterstützt. Jetzt müssen wir internationale Solidarität üben."

Dieses zweite Schreiben der IG DruPa löste bei der Geschäftsleitung im Betrieb Hektik aus. Die Bosse verteilten eigenhändig eine Gegenerklärung an die Belegschaft. Die Stimmung trieb auf den Siedepunkt zu. Bei der nächsten Beurlaubung wäre eine Arbeitsniederlegung im Bogendrucksaal möglich gewesen.

Auf der Mitgliederversammlung versuchte der 2. Landesbezirksvorsitzende der IG DruPa, Günther Metzinger, unterstützt von Kollegen, die Belegschaft noch einmal auf den Boykottaufruf einzuschwören. Der Maschinenführer in der Rotation, der in der Spätschicht anfangen sollte zu drucken, hielt auch zunächst an und verlangte von der Geschäftsleitung einen Beleg, daß dieser Auftrag kein Streikbrecherauftrag sei. Als D. Johler ihm einen entsprechenden Wisch zeigte, gab er sich zufrieden und druckte los.

Der letzte große Versuch, den Boykott doch noch durchzusetzen, war ein Treff aller Drucker — egal aus welcher Schicht — am Montag darauf um 5.30 Uhr vor dem Tor. Am 1. Mai war ein Flugblatt verteilt worden, in dem auch andere Kollegen dazu aufgerufen wurden, vors Tor zu kommen, um die zum Boykott bereiten Kollegen bei Mühlmeister & Johler zu unterstützen. Der Versuch mißlingt jedoch. Die Rolle druckt weiter.

Der Auftrag kann bei M & J durchgezogen werden. Allerdings ist die Stimmung — zumindest im Bogendrucksaal — so, daß die Geschäftsleitung von einer weiteren Beurlaubung absieht. Ein Kollege, der dort den Boykott durchführt, wird nicht nach Hause geschickt, sondern an einen anderen Arbeitsplatz versetzt.

Mit dem Druck des Katalogs war die Sache für die dänischen Auftraggeber jedoch noch nicht abgeschlossen. Der Katalog ging weiter in die Buchbinderei Schacht in Ahrensburg bei Hamburg zum binden. Hier sind zumeist Frauen beschäftigt. Nur ein Drittel der 190 Beschäftigten bei Schacht ist jedoch organisiert. **Aber diese organisierten Kolleginnen und Kollegen lehnen geschlossen die Arbeit an dem Streikbrecherprodukt ab.** Eine wirklich großartige Sache. Die Arbeiten müssen dann von den Unorganisierten gemacht werden, auch Meister usw. müssen dabei Hand anlegen. Trotzdem ergibt sich bei der Durchführung des Auftrags eine erhebliche Verzögerung.

Und auch als dann die Kataloge schließlich gebunden sind, ist die Sache für die Kapitalisten noch nicht ausgestanden. Als nämlich am vergangenen Samstag ein dänischer LKW, mit den fertigen Katalogen beladen, vom Werkshof auf die Straße rollen will, ist der Weg versperrt. Hamburger Drucker haben mit ihren Autos die Straße dichtgemacht. Der LKW muß zurück aufs Werksgelände. Und es dauert auch nicht lange, bis ein Streifenwagen kommt. Als sich die Kollegen weigern, die Sperre aufzuheben, fahren die Polizisten wieder ab.

Die ganze Nacht über wird von den Druckern ein Wachdienst vor der Binderei organisiert, um die Abfahrt des LKW zu verhindern. Am nächsten Morgen sind dann wieder einige Dutzend Kollegen vor dem Tor, um die Blockade zu verstärken. Gegen Mittag tauchen dann zwölf Polizeiwagen mit Eutiner Nummernschild auf. Als ihre Aufforderung an die Drucker, die Ausfahrt zu räumen, erfolglos bleibt, tragen sie die Kollegen einzeln von der Straße weg. Von allen werden danach die Personalien aufgenommen, fünf Kollegen werden sogar zur nächsten Wache geschleppt. Offenbar soll die Solidaritätsaktion für die Beteiligten ein gerichtliches Nachspiel haben, etwa in Form von Schadensersatzforderungen.

Die Streikbrecherarbeit konnte zwar nicht verhindert werden. Dennoch war die ganze Aktion insgesamt eine gute Sache, nicht nur deswegen, weil die Auslieferung der Kataloge immerhin erheblich verzögert werden konnte. Jetzt muß darüber diskutiert werden, wie man beim nächsten Mal eine solche Aktion zu einem vollen Erfolg führen kann.

Schülerwettbewerb wird zensiert

Volkskorrespondenz aus Oberhausen

Die gesellschaftspolitische Entwicklung nach rechts in der BRD zeigt sich nicht nur in spektakulären Ereignissen wie dem öffentlichen Auftreten von Neonazis oder immer härter werdenden Polizeieinsätzen.

Der jährlich stattfindende „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten" befaßte sich im letzten Jahr mit den Ereignissen und dem Verlauf des 3. Reiches. Hierzu sollen hervorragende Arbeiten eingegangen sein, die zum Teil als Examensarbeiten veröffentlicht werden könnten.

Dieses Ergebnis war dem Kuratorium des Schülerwettbewerbes wohl zu kritisch, so daß es beschloß, einen Themenvorschlag für dieses Jahr „Krieg als gesellschaftliche Erfahrung" abzulehnen. Das ist ein bemerkenswerter Vorgang, weil bisher noch nie ein vorgeschlagenes Thema abgelehnt wurde. Und die Begründung zeigt denn auch, woher der Wind weht:

„Zur Begründung gab Staatssekretär Neusel an, daß die gefährliche Tendenz des aggressiven Pazifismus, der zu einer Massenbewegung zu werden droht, damit unterstützt würde. Im übrigen solle man nicht immer nur negative Themen wählen, sondern die wirtschaftlichen Aufbauleistungen unseres Staates von der Jugend positiv würdigen lassen."

Eigentlich erübrigt sich jeder Kommentar. Schlimm ist jedoch — und das muß noch festgehalten werden — daß die reaktionäre Entwicklung in unserem Staat jetzt schon die freie Ausgestaltung von Schülerwettbewerben, wie sie bisher noch existierte, einschränkt, mit einer Begründung, die eher aus den Richtlinien von Schulbüchern aus totalitären Ländern kommen könnte.

Ob der liebe Herr Carstens, der Schirmherr des Wettbewerbs ist, wohl ein Wörtchen mitgeredet hat?

Veranstaltung der KPD zum Friedensplan

Hamburg Langenhorn
Bürgerhaus Langenhorn (gegenüber der U-Bahn Langenhorn-Markt)
Es spricht Helmut Weiß, Redakteur des „Roten Morgens"
Mit der Theatergruppe „Blinkfüer"/Hamburg.

Albanien-Seminar

Die Volkshochschule Essen veranstaltet ein Seminar mit Teilnehmern einer Musikstudienreise nach Albanien, die im April dieses Jahres stattgefunden hat. Dias, Erlebnisberichte und Musik aus Albanien.
Samstag, 23. Mai, 17 Uhr
Vhs Essen, Hollestr. 75

Erscheint demnächst



Broschüre zum Kampf gegen die Kriegsgefahr
40 Seiten, 2 DM
Zu beziehen beim Verlag Roter Morgen

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto.-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**



Der Europamarsch von Köln nach Strassbourg

Von Köln nach Strassbourg

Erfolgreicher Europamarsch für eine freie Türkei

KEHL. — Vom 25. April bis zum 11. Mai dauerte der Europamarsch von Köln nach Strassbourg, den das Komitee „Freiheit für die Türkei" organisiert hatte, um gegen die türkischen Faschisten, die Türkeihilfe und für den Ausschluß der Türkei aus dem Europarat zu demonstrieren.

Der Zug der Europamarschierer fand überall reges Interesse — bereits in der ersten Woche des Marsches waren unterwegs über 8000 Unterschriften für die Forderungen des Komitees Freiheit für die Türkei gesammelt worden. In allen Etappen, sei es in Rüsselsheim oder Mainz, Wiesbaden, Frankfurt oder Mannheim fand der Marsch auch ein reges Echo in der regionalen Presse und im Rundfunk.

Das führte dazu, daß der Zug überall mit großem Interesse erwartet wurde, daß Antifaschisten und Demokraten immer wieder ein Stück des Weges mitgingen, daß den Marschierern Essen, Getränke und Decken angeboten wurden. Das Echo in der Presse war dementsprechend nicht nur lebhaft, sondern auch positiv.

Neben den gesammelten Unterschriften wurden auch Hunderte von Protestpostkarten an das Präsidium des Europarates in Strassbourg geschickt. Ein Höhepunkt des Marschs war die Veranstaltung am 2. Mai in Frankfurt, an der rund 1000 Menschen teilnahmen, nachdem zuvor der Frankfurter Oberbürgermeister Wallman vergeblich versucht hatte, den Marsch in seiner Stadt verbieten zu lassen.

Der letzte Teil des Marsches wurde unterstützt durch ähnliche Aktionen in der Schweiz, in Frankreich, in den Niederlanden und in Dänemark, wo es ähnliche Komitees gibt.

Am 12. Mai begannen in Kehl in der Alten Markthalle rund 130 Menschen mit dem abschließenden Hungerstreik, an dem sich wechselnd auch noch weitere Antifaschisten beteiligten. Zwischen Karlsruhe und Kehl hatte die Zahl der Marschierer rund 300 betragen.

Dabei wurde unter anderem gefordert, daß eine fünfköpfige Delegation des Europaparlaments zu den Hungerstreikenden kommen sollte, um deren Protest zur Kenntnis zu nehmen. Dies wurde zwar offiziell abgelehnt, aber es kamen fünf Abgeordnete als Einzelpersonen, die sich mit den Zielen des Europamarsches und des Komitees solidarisierten.

Ihnen wurde die Dokumentation des Komitees über die Folter in der Türkei übergeben und mündlich berichtet. Diese Abgeordneten erklärten sich bereit, für den Ausschluß der Türkei aus dem Europarat einzutreten. Am Dienstag fand in Kehl ebenfalls eine Veranstaltung des Komitees statt, auf der, von Folklore und Diavortrag umrahmt, über die Lage in der Türkei informiert wurde — dies war schon während des Marsches unterwegs in verschiedenen Städten immer wieder gemacht worden, auch in Form von Kundgebungen, Pressekonferenzen usw.

Französische Antifaschisten unterstützten diese Aktion durch eine Veranstaltung in Strassbourg, eine Demonstration zum Europarat und einen Solidaritätshungerstreik.



Hungerstreik in Kehl

Gegen die „Türkei-Hilfe"

Kirchenbesetzungen als Protestaktionen

In der zweiten Maiwoche wurden in 17 Städten der Bundesrepublik Kirchen besetzt. Solche Aktionen fanden unter anderem in Hamburg, Westberlin, München, Frankfurt, Köln, Nürnberg und Bielefeld statt. Die Teilnehmer dieser Aktionen wollen aus Anlaß der westeuropäischen Beratungen über eine abermalige Erhöhung der „Türkei-Hilfe" über die Lage in der Türkei aufformieren und ihre Forderung nach einer freien und demokratischen Türkei vertreten.

Diese Aktionen richten sich aber auch gegen das Treiben der türkischen Faschisten in der Bundesrepublik, die nach wie vor, ungehindert durch Behörden und Polizei, eine blutige terroristische Einschüchterungspolitik gegenüber demokratischen Kräften durchführen.

Dabei stießen diese Aktionen auf unterschiedliches Echo von seiten der Kirchengemeinden und der Kirchenverwaltung. In einigen Städten wurde diese Aktion ausdrücklich unterstützt, in anderen protestierte der Klerus.

Überall aber wurden vielfältige Aktionsformen angewandt, die dazu führten, daß vielen Menschen zum ersten Mal die wirkliche Lage in der Türkei nahegebracht werden konnte: Solidaritätskonzerte, Podiumsdebatten, politische Nachtgebete, Filmvorstellungen, Dokumentationen und Ausstellungen und gemeinsame politische Resolutionen und Appelle. Diese Aktionen führen dazu, daß die Diskussion über die faschistische Militärdiktatur in der Türkei gerade auch in christlichen Kreisen verstärkt geführt wird, daß der Protest dort zunimmt. Vor allem aber richtet sich der Protest gegen die weitere Ausdehnung der Türkei-Hilfe — denn eben erst wurde von den OECD-Staaten beschlossen, diese abermals um eine Milliarde Mark zu erhöhen.

Westdeutsche Diplomaten für Faschisten

Empörende Türkei-Studie des Auswärtigen Amtes (AA)

Die Diplomaten des Außenministers Genscher haben erneut eine Lehrstück darüber abgeliefert, wie die politischen Entscheidungen in diesem Staat vollzogen werden. Unbeeindruckt von öffentlichen Protesten und selbst von Überlegungen im Bundestag, legten sie jetzt eine AA-Studie vor, mit der die bundesrepublikanische Türkeipolitik gerechtfertigt werden soll.

Das Papier der AA-Beamten, das den westdeutschen Abgeordneten des Europaparlaments als Grundlagenmaterial übergeben wurde, verfolgt das Ziel, die westdeutschen Abgeordneten dazu zu bringen, eine Verurteilung der Türkei durch das Europaparlament zu verhindern.

Darin wird in aller Offenheit und mit unbeschreiblichem Zynismus der Terror der faschistischen Junta verteidigt und gerechtfertigt.

Die Junta habe die uneingeschränkte Unterstützung, Zustimmung und das volle Vertrauen der breiten Masse der Bevölkerung. Das Militär sei angesichts der Welle des Terrorismus, die das Land überspült habe, die einzige intakte Organisation gewesen und sei der Retter der Nation.

Diese Aussagen, die sicherlich so richtig nach dem Geschmack des Faschistengenerals Evren sind, der sich ja auch als Retter des Vaterlandes sieht, werden dann noch durch eine Reihe lügnerischer Behauptungen unterstützt, wie die, es gäbe seit Dezember letzten Jahres keine Todesurteile mehr und einzelne Fälle von Folterungen würden strafrechtlich verfolgt.

Damit soll die „blutige Phase" als nahezu beendet dargestellt werden, um dann umso schneller zu des Pudels Kern zu kommen: Bei der Entscheidung über die zukünftigen Beziehungen zur Türkei müßte „unser eigenes außen- und sicherheitspolitisches Interesse" berücksichtigt werden. Somit erweist sich, daß diese Diplomaten, die ja die alltäglichen Verbindungen zwischen Staaten regeln, im Interesse westdeutscher Kapitalanleger und westdeutscher Machtpolitik für eine faschistische Türkei sind.

Eine so offene und zynische Parteinahme für den Faschismus erregte denn auch immerhin massiven Protest bei einigen SPD-Abgeordneten im Europaparlament.

Deutsch-türkisches Kulturprogramm

„Ich liebe mein Land"

Unter diesem Titel — der einem Gedicht des großen türkischen Dichters Nazim Hikmet entnommen ist — läuft gegenwärtig in mehreren Städten der Bundesrepublik ein von deutschen und türkischen Künstlern gemeinsam erarbeitetes Kulturprogramm.

Im Mittelpunkt stehen dabei Gedichte und Brieftexte von Nazim Hikmet, vorgetragen von Lutz Görner. Thomas Fritz trägt deutsche und Sümeyra türkische Volkslieder vor. Begleitet werden sie von einem achtköpfigen Ensemble, dem auch der Leiter des türkischen Arbeiterchors Westberlin, Tahsin Enciri, angehört.

Der Gedanke der Völkerverständigung, von dem dieses Programm getragen ist, stößt bei den politisch Verantwortlichen in diesem Land auf offene Ablehnung. So wurde dem bekannten türkischen Volkssänger Ruhi Su, der sich an der Tournee beteiligen wollte, bis jetzt von der Bundesregierung die Einreise verweigert. Vier in München geplante Auftritte wurden vom Kulturreferenten Kolbe untersagt.

Termine: 22.5. *Köln*, Schauspielhaus; 23.5. *Stuttgart*, Staatstheater Kleines Haus; 24.5. *Köln*, Schauspielhaus; 26.5. *Freiburg*, Audimax Universität; 28.5. *Bochum*, Schauspielhaus; 29.5. *Fürth*, Staatstheater; 31.5. *Düsseldorf*, Schauspielhaus.

Heftige Debatten in Strassbourg

Türkei bleibt im Europarat

STRASSBOURG. — Von heftigen Auseinandersetzungen gekennzeichnet war die Debatte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die über den Verbleibt der Türkei in diesem Gremium geführt wurde. Ein Antrag, das von einer faschistischen Militärjunta beherrschte Land aus dem Europarat auszuschließen, wurde abgelehnt.

Scharfe Widersprüche in der Türkeifrage hatte es schon zuvor im politischen Ausschuß gegeben, der einen Entschließungsantrag für die Parlamentarische Versammlung ausarbeiten sollte. Der Berichterstatter im Ausschuß, der Österreicher Steiner (ÖVP) konnte sich dabei mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen. Er wollte — was der Linie der meisten christlich-demokratischen und konservativen Parteien Westeuropas entspricht — der Junta bescheinigen lassen, sie würde die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der türkischen Bevölkerung genießen und überdies konkrete Schritte zur „Wiederherstellung der Demokratie" einleiten.

Steiner stützte sich dabei auf die Berichte zweier Parlamentarierdelegationen aus Bonn und Den Haag, die in den letzten Monaten nach Reisen in die Türkei entsprechende Lügen verbreitet hatten. Mit diesen Vorstellungen kam Steiner im politischen Ausschuß jedoch nicht durch. Er mußte schließlich als Berichterstatter zurücktreten und der Parlamentarischen Versammlung wurde kein Entschließungsantrag vorgelegt.

In der Versammlung konnten sich dann zwar die reaktionären Kräfte durchsetzen und den Ausschluß der Türkei aus dem Europarat abwehren. Auf der anderen Seite wurde jedoch beschlossen, daß die von der Türkei in den Europarat entsandten Parlamentarier dort ihre Arbeit einstellen müssen. Außerdem wurde auch eine Resolution verabschiedet, in der unter anderem die sofortige Einstellung der Folter in den türkischen Gefängnissen gefordert wird.

Das ist wenigstens ein Teilerfolg der demokratischen Kräfte in Westeuropa, die in den letzten Monaten eine große Reihe von Aktionen durchgeführt haben, um ihrem Verlangen nach einem Ausschluß des Militärregimes aus dem Europarat Nachdruck zu verleihen. Und man kann sicher ohne Übertreibung sagen, daß es auf diese Aktionen und die immer breiter werdende Protestbewegung gegen die Junta zurückzuführen ist, daß die Türkeifrage überhaupt auf die Tagesordnung des Europarats kam und dort zumindest eine Verurteilung des Regimes und der Abzug der türkischen Parlamentarier durchgesetzt werden konnte.



Wichtige Dokumentation



„Folter in der Türkei", Dokumentation des Komitees „Freiheit für die Türkei". Zu beziehen über die örtlichen Komitees, Preis: 3 Mark.

Solidaritätsfest in Bremen

In Bremen organisierte kürzlich das dortige Komitee Freiheit für die Türkei ein Solidaritätsfest, um damit über die Lage in der Türkei zu informieren und die Forderungen des Komitees nachdrücklich zu vertreten.

Volkstanzgruppen, antifaschistische türkische Sänger, eine Theaterdarbietung und andere kulturelle Aktivitäten umrahmten einen Bericht über die Lage in der Türkei.

Die Reaktion der etwa 400 bis 500 Teilnehmer an dem Fest war gut. So konnten nicht nur zahlreiche Flugblätter und Informationsschriften verbreitet werden, sondern auch über 200 Unterschriften unter Protestresolutionen des Komitees gesammelt werden.

Die Teilnehmer bekamen auch einen Diavortrag zu sehen und Informationen über den gegenwärtigen Europamarsch, so daß sie auch ein Bild vom Widerstand gegen die faschistische Militärjunta bekamen.

Nach dem Wahlsieg Mitterands:

Revolution in Frankreich?

In der Wahlnacht: Hunderttausende von Franzosen strömen auf die Straßen, feiern, tanzen, demonstrieren und rufen immer wieder „Wir haben gewonnen!". In Paris ziehen rund 60 000 Menschen mit Tausenden von roten Fahnen durch die Straßen und hören Rocard von der Sozialistischen Partei (PS) und Juquin von der KPF vom Anbruch einer neuen Zeit reden. Auch in anderen Großstädten, aber auch in der Provinz, spielen sich solche endlosen Freudenszenen ab. Auf der anderen Seite: Der Chef des Unternehmerverbands, Ceyrac, fühlt sich „vom Ergebnis schockiert", Washington reagiert kühl und abwartend, und die Bildzeitung malt den Beginn des „grauen Alltags des Sozialismus" an die Wand. Was bedeutet nun dieser, nicht gerade erwartete Wahlsieg, welche Konsequenzen hat er?

Große Hoffnungen

Es ist ohne Zweifel so, daß dieser Wahlsieg Mitterands vor allem den Werktätigen, der Arbeiterschaft zu verdanken ist. 41 der 55 großen Städte Frankreichs stimmten eindeutig für die PS. Außer Paris, das seit dem Umzug Hunterttausender Arbeiter in die Vororte zu einer konservativen Hochburg wurde, blieben nur im äußersten Westen des Landes und in Elsaß-Lothringen größere Städte mehrheitlich konservativ.

Im Süden dagegen besteht ein ganzer Gürtel von 16 Departements (von den 96, in die das Land aufgeteilt ist) in denen Mitterands Vorsprung zwischen 10 und 30 Prozent der Stimmen betrug. Im Inland hatte Mitterand 1,4 Millionen Stimmen Vorsprung, die „Überseewähler" in den Kolonien verbesserten das Ergebnis für Giscard um 300 000 Stimmen.

Der massive Einsatz aller konservativen Kräfte, die konzentrierte Kampagne der Reaktion für Giscard, das Engagement nahmhafter Vertreter des Großkapitals, der pausenlose Einsatz aller staatlichen Propagandamittel — alles dies nutzte also nichts.

Es war die Hoffnung der Jugend und der Werktätigen auf Mitterands Programm, die den Ausschlag gegeben hat. Ein Programm, das auf die drängendsten Nöte der Werktätigen eingeht: Arbeitslosigkeit (offiziell liegt sie bei 1,7 Millionen Menschen), Inflation, Polizeiterror gegen die Anti-AKW-Bewegung und gegen studentische Protestaktionen, staatlich zensierte Medien und vieles andere mehr.

Zu all diesen Fragen hatte der Sonderparteitag der Sozialistischen Partei ein Wahlprogramm verabschiedet, das „110 Vorschläge" genannt wurde und von Vertretern des linken Parteiflügels ausgearbeitet worden war. Diese setzten sich mit großer Mehrheit gegen die SPD-ähnlichen Parteigruppen um Rocard durch.

Dieses Programm hat folgende Versprechungen als Kernpunkte:

1. Die Schaffung von 210 000 neuen Arbeitsplätzen durch den Staat in kürzester Frist, die Herabsetzung des Rentenalters, die Einführung der 35-Stunden-Woche, die Erhöhung der Renten, Familienbeihilfen und Wohngeld, sowie die Erhöhung des Mindestlohns (SMIC) um 30 Prozent.

2. Die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, die Einführung einer progressiven Besteuerung für Großvermögen, die Absicherung der Zinsen der Kleinsparer per Gesetz und ein umfangreiches staatliches Investitionsprogramm vor allem im sozialen Wohnungsbau.

3. Die endgültige Verstaatlichung der Banken und Versicherungen, die von de Gaulle begonnen worden war, die Verstaatlichung von elf Schlüsselindustrien, wobei einige der größten französischen Monopole, aber auch einige US-Multis, betroffen sind.

4. Die Abschaffung der staatlichen Zensur im Fernsehen, eine Volksabstimmung über weitere Atomkraftwerke, die Dezentralisierung des Staatsapparats.

Wie man leicht feststellen kann, geht dieses Programm weit über jenes hinaus, mit dem etwa Williy Brandt 1969 zum ersten Mal SPD-Bundeskanzler wurde. Die Tatsache des Wahlsiegs **mit diesem Programm** ist es natürlich auch, die das Großkapital und die gesamte Reaktion erschrecken. Faktisch zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg ist ein Sozialist Präsident der Republik geworden, getragen vom Willen der Mehrheit der Werktätigen und ihrem offensichtlich starken Wunsch nach sozialen und politischen Veränderungen und Reformen.

Was geschieht nun?

Der Wahlsieg Mitterands ist ein eindeutiges Zeichen des gemeinsamen Willens der Anhänger der Sozialistischen Partei und der KPF, ist ein Ergebnis, das in vielerlei Hinsicht Perspektiven eröffnet.

Um solche Forderungen wie eine eindeutige Erhöhung des SMIC-Lohns hatte es im Jahre 1980 mehrere hundert Streikaktionen im ganzen Land gegeben, an denen verschiedene Richtungsgewerkschaften beteiligt waren. Aber diese Bewegung, wie auch andere der letzten Jahre, etwa der große Kampf der Stahlarbeiter von Longwy, scheiterten immer wieder daran, daß es nicht gelang, sie zu einer einheitlichen, gesamtnationalen Kraft zu organisieren. **Hier könnten aus dem Wahlergebnis und dem ohne Zweifel vorhandenen gemeinsamen Erfolgserlebnis der Werktätigen starke Tendenzen zu einem engeren Zusammenschluß entstehen, zu einheitlicher Gewerkschaftsorganisation, wofür es auch erste Anzeichen gibt, in Form angekündigter Aktionseinheitsgespräche.**

Dieser Tendenz könnten auch einige vorgesehene demokratische Reformen weiteren Auftrieb geben; diese vereinheitlichte Kraft kann der Durchsetzung verschiedener wichtiger Programmpunkte zum Durchbruch verhelfen.

Auswirkungen werden dieses Ergebnis und die daraufhin sich entwickelnden Ereignisse ohne Zweifel auch auf die revisionistische KP Frankreichs haben, deren stramm nationalistischer Wahlkampf unter der Führung von Marchais von der proletarischen Wählerschaft in keiner Weise befürwortet wurde.

Diese revisionistische Partei steht heute im Sog der Ereignisse und muß zwischen zwei Möglichkeiten wählen: Entweder sich anpassen und gemeinsam mit der Sozialistischen Partei einen reformistischen Kurs steuern oder aber weiter auf Abgrenzung bedacht sein und einheitliche Aktionen behindern.

Auf der anderen Seite, bei den Konservativen Parteien, der gaullistischen RPR unter Chiracs Führung und Giscards UDF, setzen jetzt bereits hektische Bestrebungen ein, ein einheitliches Vorgehen zu sichern. Chirac hat für die Gaullisten bereits eine „Kampagne zur Verteidigung der Verfassung" ausgerufen.

Insofern ist es auch völlig berechtigt, wenn einige Kommentatoren die vom neuen Präsidenten angekündigten Parlamentsneuwahlen im Juni als „dritten Wahlgang" sehen, in dem beide Lager alle Kräfte mobilisieren werden, in dem die Konservativen darum kämpfen werden, im Parlament ihre Mehrheit zu behalten.

Der Beginn der gaullistischen Kampagne zeigt auch bereits, daß es diesen rechten Kräften darum geht, eine Entscheidungsschlacht gegen jegliche „linke Politik" in Frankreich zu führen. Ein Wahlsieg der Sozialistischen und der revisionistischen Partei bei den Juni-Wahlen wäre das Ende der Fünften Republik, meinte der Gaullisten-Führer und Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac.

Angst vor Mitterand?

Nun ist es nicht so, daß Mitterand in der politischen Szene Frankreichs ein Neuling wäre, eine für die herrschende Klasse nicht kalkulierbare Kraft. Er war in den 50er Jahren in verschiedenen Regierungen (Mendes-France) Kolonialminister und Justizminister. Ein entschiedener Feind der algerischen Befreiung und ein konsequenter Vertreter eines französisch-israelischen Bündnisses.

Ohne Zweifel ist Mitterand kein Mann, vor dem das französische Großkapital Angst zu haben braucht und auch nicht hat. Er selbst hat sich ja denn auch sehr beeilt, seine Verfassungstreue zu unterstreichen.

Die Furcht, die sich jetzt unter den Reichen im Lande breitmacht, gilt einmal vor allem der Basis der revisionistischen KP Frankreichs, die für die Reaktion eine schwer auszurechnende Kraft darstellt, und in großem Ausmaß auch jetzt der euphorischen Stimmung vieler Werktätiger, die landauf, landab eine Aktionseinheit aller Linkskräfte fordern, und die eben dieses Programm im wesentlichen gewählt haben. Diese Furcht gilt insofern auch der Sozialistischen Partei, als diese, die in ihrer heutigen Form erst runde zehn Jahre existiert, einen sehr starken linken Flügel hat, der sich, als Autor des Wahlprogramms auch als der wahre Wahlsieger fühlt. Vertreter dieses Flügels wiederum beteuerten in zahlreichen Ansprachen bei den spontanen Massenversammlungen und -kundgebungen, daß das Wahlprogramm buchstabengetreu durchgeführt werden müsse, und erhielten dafür frenetischen Beifall.

Diese Ängste sind in der Aussage des Unternehmerchefs Ceyrac, hier entstehe eine „spontane Volksfront", zusammengefaßt.

Direkt befragt aber, äußerten sich die Vertreter der großen französischen Monopole — im Gegensatz zu Verbandserklärungen — sehr ruhig und gelassen. Bei Dassault und Matra war ebenso wie bei Pechiney zu hören: „Wir warten ab, was kommt".

Was heißt Verstaatlichung?

All jene, die jetzt aus staatlichen Wirtschaftsprogrammen und Verstaatlichungsplänen entweder — je nach eigener Stellung — das sozialistische Gespenst oder die lichte sozialistische Zukunft an die Wand malen, können nicht darüber hinwegsehen, daß ja bereits zahlreiche Erfahrungen mit Verstaatlichungen in kapitalistischen Ländern vorliegen.

Dabei braucht man garnicht auf Großbritannien zurückgreifen, wo ja selbst die Konservative Partei unter Thatchers Führung die Verstaatlichung nicht rückgängig gemacht hat, obwohl niemand auf der Welt sie im Verdacht hat, Sozialistin zu sein.

Auch in Frankreich selbst gab es und gibt es staatseigene Betriebe. Die gaullistische Verstaatlichung eines Teils der Banken und Versicherungen besteht heute wie früher und ebenso die Verstaatlichung der Renault-Werke. Das war und ist in den genannten Fällen nicht nur der klassische Fall einer „Sozialisierung von Verlusten", sondern auch Ausdruck bestimmter Kompromisse zwischen verschiedenen Gruppen des Finanzkapitals.

Die Vorstände und Aufsichtsräte all dieser staatseigenen Betriebe, prüft man sie Mann für Mann durch, sind entweder Vertreter der alten Privateigentümer, oft auch die früheren Manager, oder aber allesamt aus der Eliteschule der französischen Finanzkapitalisten (ENA-Ecole Nationale d'Administration) rekrutierte Sachwalter des Kapitals.

Von daher: Mag die Verstaatlichung von Betrieben für die Arbeiter ein Ausdruck von Hoffnungen sein, und ihnen in konkreten Fällen auch tatsächlich Vorteile bringen, so liegt klar auf der Hand, daß sie keinen grundlegenden Eingriff in das Verfügungsrecht, die Macht und die Profiterzeugung des Kapitals darstellt. Die staatliche Unternehmenspolitik zudem, wie sie in der Bundesrepublik, Großbritannien und auch in Frankreich betrieben wird, zeigt deutlich, daß hier kein Unterschied zu den Monopolen im Privatbesitz besteht.

Von daher bleibt als Ergebnis der Wahl zunächst einmal, daß die politische Lage, bestimmte erstarrte Strukturen, die politischen Kräfteverhältnisse, in Bewegung gekommen sind, daß weitere, radikalere Entwicklungen denkbar geworden sind und, daß die politische Grundlage für erfolgreiche Kämpfe der Arbeiterbewegung verbessert worden ist.

Neue Außenpolitik — Fehlanzeige

Wie gesagt, ist Mitterand für das französische Großkapital kein unbeschriebenes Blatt, hat er „Verdienste" um den kapitalistischen, imperialistischen französischen Staat. Und obwohl die „Großen Familien", die die Herrschaft in Frankreich ausüben, sich recht eindeutig zugunsten Giscards ausgesprochen hatten, gab es natürlich auch Gruppierungen, die sich für Mitterand einsetzten und auch solche, die mit seinem Sieg kalkulierten.

Diese haben ihre Interessen vor allem im außenpolitischen Bereich abgesteckt, und dies ist auch das Gebiet, auf dem Mitterands Wahlprogramm sowohl die wenigsten Neuerungen als auch die wenigsten Versprechungen enthält.

So ist die Fortsetzung der bisherigen EG- und NATO-Politik ebenso geplant, wie die Fortsetzung der französischen neokolonialen Ausbeuterpolitik, vor allem in Westafrika.

Die zutage tretende etwas distanziertere Haltung zur NATO (im Vergleich zur Bundesrepublik distanziertere) ist so eine Fortsetzung des Kurses der Konservativen Parteien, die allerdings bereits in letzter Zeit eine faktische Wiederannäherung vollzogen hatten.

Die eigene Atomstreitmacht „Force de Frappe" wird ebensowenig in Frage gestellt wie das Bündnis mit USA. Die breit gestreuten wirtschaftlichen Interessen der französischen Monopole im arabischen Raum werden auch keine vollständige Änderung der französischen Nahostpolitik zugunsten Israels erlauben, die einige von Mitterand jetzt erwarten.

Die heftigste Reaktion kam allerdings einmal mehr aus Washington. Ronald Reagans Kriegermannschaft paßt die Wahl, die die Franzosen getroffen haben, nicht. Eine konservative Regierung wäre ihnen lieber — denn neben der SPD haben sie nun eine zweite westeuropäische Regierungspartei unter den drei Großen der EG, deren Parteibasis sie zu Recht mißtrauen.

Denn natürlich gibt es, entgegen dem Willen der jeweiligen Parteiführungen, sowohl innerhalb der Sozialistischen Partei, als auch der revisionistischen Partei eine große Zahl Mitglieder, die NATO-feindlich eingestellt ist. Und Mitterands einziges neues Versprechen in dieser Hinsicht traf ja denn auch eine Lieblingsidee der Washingtoner Kriegstreiber: Das unbedingte Nein zur Neutronenbombe und zu amerikanischen Raketen in Frankreich.



Siegesfeier unter roten Fahnen in der Pariser Wahlnacht: Der große Jubel im ganzen Land hat die Reaktion wesentlich mehr getroffen, als der eigentliche Wahlsieg, denn diese Begeisterung öffnet neuen Möglichkeiten eine Bahn.

Thatchers zweites Opfer im Maze-Gefängnis

Neue Massenkundgebungen nach Hughes Tod

Widersprüche bei der Labour-Party

BELFAST. — Nach 59tägigem Hungerstreik ist im Belfaster Maze-Gefängnis nur wenige Tage nach dem Parlamentsabgeordneten Bobby Sands ein weiterer Kämpfer der IRA, Francis Hughes, gestorben. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses zweiten Todesfalles gab es in mehreren Städten Nordirlands, vor allem in Belfast und Derry, neue Massenaktionen gegen das Besatzerregime des britischen Imperialismus.



Beerdigung von Bobby Sands

Genau wie Bobby Sands wurde auch Francis Hughes von der britischen Regierung als Terrorist dargestellt. Und während Sands ja nur wegen eines Gewehrs im Auto, ohne irgendwelche Vergehen, verurteilt worden war, wurde Hughes Mord zur Last gelegt. Tatsache war, daß er in einem Feuergefecht ein Mitglied des britischen SAS-Terrorkommandos erschossen hatte.

Die Teilnehmer an Kundgebungen und Demonstrationen, die auch in Dublin stattfanden, forderten immer wieder: „Briten raus aus Irland!" und bekräftigten damit ihre Bereitschaft, den Kampf für die volle nationale Unabhängigkeit und Souveränität ihres Landes fortzusetzen. Dabei kam es in Dublin zu massiven Polizeieinsätzen gegen die Demonstranten, während in Nordirland die britischen Besatzertruppen das Feuer auf die Demonstranten eröffneten und dabei einen Mann töteten.

Die immer heftigeren Kämpfe der Iren, der fortdauernde Hungerstreik von drei IRA-Kämpfern in Maze erzeugen jetzt auch Widersprüche in Englands Labour-Party. Tony Wedgewood-Benn, als Minister einst selbst mitverantwortlich für die Entsendung von Truppen nach Nordirland, forderte jetzt die britische Regierung auf, ihre Truppen zurückzuführen, da sie selbst ein Hauptgrund der Probleme seien, und begab sich damit auch in Opposition zur eigenen Parteiführung.

Währenddessen wächst international die Unterstützung für die Forderung der IRA-Gefangenen, als politische Gefangene anerkannt zu werden. Unter dem Druck der Öffentlichkeit seines Landes hat jetzt auch der probritische irische Ministerpräsident Haughey für eine Änderung des Status der IRA-Gefangenen plädiert.

Die IRA-Gefangenen sind Freiheitskämpfer!
Briten raus aus Nordirland!

Ceaucescu kennt nur große Worte

Versorgungskrise in Rumänien

BUKAREST. — Seit letzter Woche spricht auch die rumänische Regierung öffentlich von einer Versorgungskrise im Land. Lebensmittel sind knapp. Fleisch, Milch, Käse und Zucker gehören zu den Dingen, die teilweise rationiert werden, oder die gar nicht mehr zu bekommen sind. In der ganzen Stadt Sighisoara gab es vier Tage lang kein Brot zu kaufen.

Zwei Gründe werden für diese Krise der Nahrungsmittelversorgung offiziell angegeben: zum einen seien die Devisen knapp wegen der immer höheren Ölrechnung, zum anderen habe man die Landwirtschaft vernachlässigt.

Daran ist einiges wahr. Tatsächlich ist die Abhängigkeit von den Öleinfuhren in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen sehr stark gewachsen, vor allem auch wegen der Reduzierung des einheimischen Kohlebergbaus. Die Öleinfuhr Rumäniens aber organisieren, im Gegensatz zu anderen Ländern Osteuropas, vor allem die angloamerikanischen Ölmultis, die die Preise noch stärker hochtreiben als die UdSSR für die von ihr abhängigen Länder. Zum anderen steht die scheinsozialistische Wirtschaft Rumäniens vor demselben Problem, das in allen ehemaligen sozialistischen Ländern besteht: Um auf dem kapitalistischen Weltmarkt bestehen zu können, braucht man Devisen, braucht man Westwährung, also exportiert man so sehr es geht, schafft auch mit Vorzug solche Industriesparten, die für den Export ausgerichtet sind. So gibt es in Rumänien einen überdimensionierten Chemiesektor (der zusätzlich die Ölabhängigkeit verstärkt), während solche Bereiche wie eben die Landwirtschaft vernachlässigt werden.

Dazu kommt, daß die rumänische revisionistische Führung eben jenen Weg eingeschlagt, aus wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kommen, der auch aus Polen schon als katastrophal bekannt ist: nämlich immer weitere Steigerung der Exporte. Und hier sind Ceaucescus Leute im Herbst letzten Jahres dazu übergegangen, verstärkt Lebensmittel zu exportieren, die nun, wie in Polen, der einheimischen Bevölkerung fehlen. So geraten sie immer tiefer in die Sackgasse, die auch dort die Unzufriedenheit schürt.

Japan/USA

USA erzwingen Handelsbeschränkungen

WASHINGTON. — Die USA-Reise des japanischen Premierministers Suzuki war vor allem in Wirtschaftskreisen mit Spannung erwartet worden: Würde es zum offenen Handelskrieg im westlichen Kapitalismus kommen, oder würde eine Seite, und das konnten nur die Japaner sein, nachgeben?

„Nur um den internationalen Wirtschaftsfrieden zu retten" und „ausgesprochen schmerzlich" habe man der Reduzierung der japanischen Autoimporte um 7,7 Prozent nach den USA zugestimmt, sagte Suzuki am Ende der Verhandlungen.

Der US-amerikanischen Regierung ist es also gelungen, im Interesse der Automonopole, im Interesse der Dupont de Nemours und der Morgan-Bank, den „Partner" Japan zu erpressen. Entweder weniger Autoexporte nach USA oder offener Handelskrieg, so klar formuliert hatte es in der Woche vor Suzukis Besuch das „Wall Street Journal". Dieser Drohung der USA haben die japanischen Monopole also nachgegeben.

Aber natürlich wollen die japanischen Monopole nicht auf den Warenexport verzichten, sie können es nicht: Deshalb geht jetzt, vor allem in Westeuropa und in Kanada, verstärkt die Furcht vor Japan um.

In Kanada sind die japanischen Marktanteile bei Autos innerhalb eines Jahres um ein Drittel auf 20 Prozent angestiegen. Deshalb haben die kanadischen Monopole durch Ministerpräsident Trudeau von Suzuki bei dessen anschließenden Kanadaaufenthalt ebenfalls „freiwillige Selbstbeschränkung" gefordert — was dieser aber für Kanada ablehnte.

Diese unterschiedliche Reaktion der japanischen Regierung auf das Verlangen der USA und Kanadas, sowie die schroffe Form, in der die USA mit einem Handelskrieg gegen Japan drohte, zeigen, daß die Widersprüche innerhalb des westlichen Kapitalismus sich weiter verschärfen.

Nachdem die EG-Staaten schon in letzter Zeit auf Verwaltungswegen eine Reihe von Beschränkungen für japanische Waren geschaffen oder bestehende erweitert hatten, sind diese offenen Gespräche auf der Nordamerikareise Suzukis ein deutliches Anzeichen schärferer Auseinandersetzungen.



Polizeieinsatz in Spanien

Erneut schwere Spannungen in Spanien

Dreifacher Mord der spanischen Polizei!

Bedingung für einen Putsch sollen geschaffen werden

MADRID. — Zuerst sahen die Meldungen — für spanische Verhältnisse — „normal" aus: drei ETA-Mitglieder seien nach ihrer Verhaftung umgekommen, verlautete Anfang letzter Woche in den Nachrichten. Eine schamlose Lüge!

In der Nähe von Almeria wurden drei junge Männer von der Guardia Civil festgenommen.

Im (eigenen) Auto hätten sie versucht, die Polizisten zu überwältigen, dabei sei das Auto außer Kontrolle geraten, und während sich die Polizisten retten konnten, seien die Verhafteten verbrannt. So die erste offizielle Darstellung, die nach Tagen der Nachrichtensperre herausgegeben wurde. Die Unglaubwürdigkeit dieser Darstellung zeigt sich schon daran, daß den Verhafteten, wie bei der Untersuchung der Leichen festgestellt wurde, die Arme abgehackt worden waren., daß die Polizei die angebotene Hilfe von Passanten, einen Rettungsversuch aus dem brennenden Wagen zu unternehmen, nicl:t nur ablehnte, sondern auch verbot.

Jetzt wurden in den verkohlten Körpern auch Kugeln gefunden. Als Tatsache festgestellt ist inzwischen auch, daß es sich nicht um ETA-Mitglieder handelte, sondern um drei junge Männer, die zu einer Kommunion wollten, von denen einer Mitglied der KP Spaniens war, die beiden anderen Gewerkschaftsfunktionäre.

Es ist heute völlig klar, daß diese drei Männer ausgesuchte Opfer eines faschistischen Mordanschlags der Guardia Civil waren, die auf diese Weise ihre massive Einschüchterungskampagne gegen die demokratische Opposition blutig fortsetzen will. Man verbrannte ihre Leichen, um die direkten Spuren des Mordes zu beseitigen. Nur kurz darauf wurde ein weiterer Jugendlicher Opfer der Mordkampagne der Zivilgardisten.

Dies paßt in die gegenwärtige Strategie der spanischen Reaktion, durch das Schüren von Spannungen, durch Anschläge und Terrorakte, durch Einschüchterung und Gerüchte Voraussetzung für einen erneuten Putschversuch zu schaffen.

Vor dem Besuch einer irakischen Delegation in der Bundesrepublik

Irakische Großmachtpläne mit westeuropäischer Unterstützung

Bagdad. — Für Ende Mai ist die Reise einer hochrangigen irakischen Delegation in mehrere EG-Staaten vorgesehen, darunter auch in die Bundesrepublik. Zur Vorbereitung dieser Treffen führte die „Deutsch-Arabische Gesellschaft" in Aachen eine Veranstaltung durch, in deren Verlauf das ganze Ausmaß der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen beider Länder sichtbar wurde.

Innerhalb eines knappen halben Jahres, seit Dezember 1980, haben westdeutsche Firmen irakische Aufträge in der Höhe von 4,8 Milliarden Mark bekommen. Rund 3 Milliarden davon gingen an Baufirmen, Konsortien aus jenen Baumonopolen wurden gebildet, die direkt dem Kommando der westdeutschen Großbanken unterstehen.

Für die Produzenten von Baumaschinen und Baustoffmaschinen ist damit der Irak innerhalb eines halben Jahres zum wichtigsten Markt im arabischen Raum geworden, der selbst Saudi-Arabien an Umfang übertrifft.

Bezeichnend daran ist der Zeitpunkt, zu dem dieser plötzliche und große Aufschwung kam, der Dezember 1980. Das war die Zeit, in der die irakischen Großmachtpolitiker einsehen mußten, daß es keinen Blitzsieg über den Iran geben würde, daß sie ihre Vormachtstellung im Golfgebiet auf anderen Wegen erbauen mußten. Zur Erfüllung dieser Pläne, die unter anderem auch den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie, von Automobilfabriken und eines Verbindungs- und Versorgungsnetzes beinhalten, brauchte man die Partner, die dies unterstützen. Da die USA aufgrund der Geschichte der Entwicklung der Beziehungen beider Länder ebenso zögerten wie Großbritannien aus demselben Grund (beide hatten in den nationalrevolutionären Prozessen im Irak Verluste erleiden müssen), stieg, neben Frankreich und Japan, die beide ununterbrochen intensive Beziehungen zum Irak hatten, das westdeutsche Kapital in das Geschäft ein, in dem es bis 1974 schon einmal eine wichtige Rolle gespielt hatte.

Neben den Profiten, die aus diesen Geschäften zu machen sind, liegt im Fall des Irak die Absicht der westdeutschen Imperialisten klar auf der Hand, in einem Krisengebiet bessere Karten in die Hand zu bekommen.

Meldungen

Ägypten: Osman-Biographie schlägt Wellen

KAIRO. — Osman Ahmed Osman, größter Kapitalist des Landes und „engster Freund" Sadats, hat vor kurzem ein Buch über sein Leben veröffentlicht, dessen Inhalt erhebliche politische Wellen schlug.

Hauptinhalt seiner Lebensbeschreibung ist die durchgehende Anklage der Nasser-Zeit, dessen Regierung und dessen Familie: Sie sei korrupt, machtbesessen und geldgierig gewesen. Heute sei das alles anders, demokratisch und frei. Aber Osman, den Kenner des Landes für den wahren Architekten des ägyptisch-amerikanischen Brückenschlags halten, hatte seine Rechnung zu einfach gemacht. Die Öffentlichkeit hat weder vergessen, daß er selbst und seine „Arab Constructors" in der Nasser-Zeit die größten Reichtümer angesammelt haben, noch daß Sadat engstens mit Nasser zusammenhing...

Das Buch wurde jetzt nach verschiedenen Verbotsversuchen erlaubt.

Philippinen: Neue „Exportzonen" ausgewiesen

MANILA. — Die Notstandsdiktatur des Fernando Marcos auf den Philippinen gerät in immer größere wirtschaftliche Schwierigkeiten.

Deshalb hat sie jetzt erneut neue Regionen des Landes als „freie Exportzonen" ausgewiesen, in denen ausländische Anleger ungehemmt investieren können.

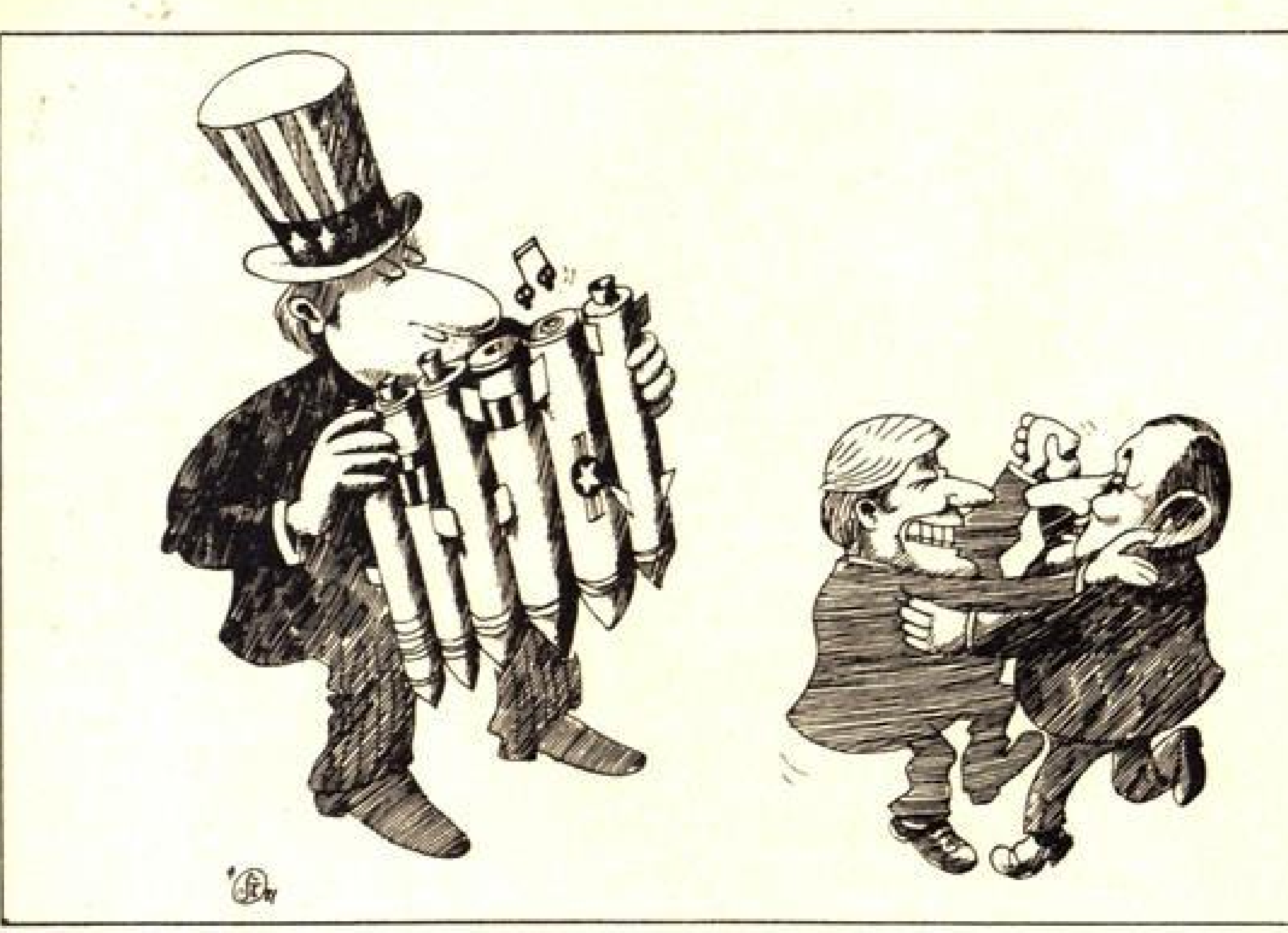
Die Zahl der Betriebe, die unter diesen Bedingungen (ohne Steuern und Zölle, ohne gewerkschaftliche Rechte der Belegschaften) produzieren können, soll sich durch die neuen Ausweisungen um ein Drittel erhöhen. (Von den bisherigen Firmen stammen 50 Prozent aus den USA, 20 Prozent aus Japan und 10 Prozent aus Westeuropa).

Tanzania: Totale Abhängigkeit

DARESSALAM. — Anläßlich der Gewährung eines neuen Kredits des IWF an Tanzania wurde jetzt völlig deutlich, daß dieses Musterland des „afrikanischen Sozialismus" völlig abhängig vom westlichen Kapital ist.

Schweden, die Bundesrepublik und die USA (über die Weltbank) kommen allein für 30 Prozent der gesamten staatlichen Investitionen Tanzanias auf, das weniger als 40 Prozent seiner Investitionen selber finanzieren kann.

Aber das Sinken der Preise für Rohstoffe und Agrarerzeugnisse auf dem Weltmarkt, sowie die Weigerung der kapitalistischen Länder, Geld in umfassende Bewässerungsanlagen zu stecken, haben jetzt, mit der großen Trockenheit, das Land an den Rand von Staatsbankrott und Hungersnot gebracht. 200000 Tonnen Getreide mußten 1980 eingeführt werden — diese Zahl wird sich noch steigern.



Nach wessen Pfeifen tanzen wir? — oder: Spiel mir das Lied vom Tod

Aus „Freies Landvolk“ April 1981
Bleihütte vergiftet — Bauern zahlen

Nordenham. — Am 19. Januar trat die vierte Änderung der Futtermittelverordnung in Kraft, die unter anderem neue Auflagen zur Begrenzung von Schwermetallen in Grünfutter enthält. Diese Werte werden im Raum Nordenham um ein Vielfaches überschritten, verursacht durch die Bleihütte der Preussag in Nordenham. Bekannt wurde diese Hütte, als vor zehn Jahren schadhafte Filter nicht ausgewechselt wurden und beim Frühjahrsaustrieb über 120 Rinder an Bleivergiftung starben. Seit vielen Jahren fechten die Bauern um Nordenham mit der Preussag einen Kampf aus wegen der Begleichung der Schäden durch die Bleihütte.

Der Kreislandvolkverband hat diesen Kampf nur halbherzig unterstützt. Ausgerechnet in der jetzigen Situation wurde der bisherige langjährige Vorsitzende des betroffenen Ortslandvolkverbandes abgewählt, der sich für die Interessen der Bauern eingesetzt hatte. Aber der Metallwerksausschuß des Landvolkverbandes hinterging ihn und die gemeinsam gefaßten Beschlüsse und sorgte für eine unerträgliche Hetze gegen den Vorsitzenden.

Auch jetzt zieht der Kreislandvolkverband nicht in erster Linie gegen die Umweltvergifter der Preussag zu Felde, sondern gegen die neue Futtermittelverordnung, die „praxisfremde Bleiwerte“ enthalte. Mit dem Lauf der Dinge sind die oppositionell gesinnten Bauern im Ortslandvolkverband Blexen-Schweewarden nicht einverstanden, und sie verteilten vor der Mitgliederversammlung ein Flugblatt, dessen zweite Hälfte wir zur Bekanntmachung der Problematik abdrucken:

1. Wie ist die Situation?

Die entscheidende Auseinandersetzung des Landvolkes mit der Preussag beginnt! Mit der Unterzeichnung der 4. Novelle zum Futtermittelgesetz zur Einschränkung der Schwermetallbelastung durch Landwirtschaftsminister Ertl sind folgende Werte einzuhalten:

Im Grünlandaufwuchs:
40 ppm Blei für Milchkühe
30 ppm Blei für Mast- und Jungvieh
20 ppm Blei für Kälber.

Mit diesem Gesetz ist die Weidenutzung für 400 bis 600 ha, ja unter Umständen bis über 2000 ha, extrem eingeschränkt. Zum Vergleich folgende Daten: 1979 lag der Höchstwert für Blei bei über 2000 ppm. Der Durchschnittswert für die Weideperiode im Umkreis von 3 km lag an keiner Stelle bei 40 ppm, sondern weit darüber! Eine Beweidung ist in diesem Bereich nur möglich ab Mitte Mai bis ca. Ende Juli, wie langjährige Erfahrungen bestätigen.

Die Rechtslage ist folgende:

Durch die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen ist die Existenz aller Bauern im Raum Nordenham ernsthaft gefährdet. Es sind Verminderungen des Einkommens, der Kreditwürdigkeit und der Marktfähigkeit der landwirtschaftlichen Produkte zu erwarten. Die Verantwortung für die Mängel der Ware tragen **alleine** die Bauern. Die Preussag kann nicht zu Entschädigungen herangezogen werden. Denn das Werk erfüllt **haargenau** alle Auflagen der Genehmigungsbehörde und die Anforderungen der TA-Luft!

3. Was tun?

Alle Fakten und Daten sind uns vorzulegen. Offen, ehrlich und vollständig muß über Maßnahmen gesprochen werden. Wenn nicht alle zu erwartenden Einkommens- und Vermögensschäden erstattet werden, schlagen wir vor, weiter alle Zonen uneingeschränkt zu bewirtschaften!

In dieser fatalen existenzbedrohenden Situation ist es unbedingt erforderlich, daß Hermann Engelbart, wenn er will, seine bisherige Arbeit als Vorsitzender im Landvolkverein Blexen-Schweewarden fortführt!

Startbahn West — Drehscheibe für US-Einsatztruppe

Selten ist in der Bundesrepublik ein Bauvorhaben so umstritten gewesen und so entschlossen von der Bevölkerung bekämpft worden wie der Ausbau des Frankfurter Flughafens durch die Anlage der Startbahn West. Wie der RM wiederholt berichtet hat, gab es nicht nur ständig große Massendemonstrationen gegen das Vorhaben. Auch die regionalen Organisationen der Regierungspartei SPD, fast alle DGB-Gewerkschaften in Hessen usw. sprachen sich eindeutig gegen die Startbahn West aus.

Trotz dieses massiven Widerstands und trotz der Tatsache, daß der Ausbau des Flughafens für den zivilen Luftverkehr erwiesenermaßen nicht notwendig ist, hielten Ministerpräsident Börner und seine Regierung stur an den Plänen für die Startbahn West fest. Auch dann noch, als die SPD bei den letzten Kommunalwahlen, nicht zuletzt wegen dieser Haltung, im Raum Frankfurt erhebliche Stimmverluste erlitt. Und das ist sicher nicht damit zu erklären, daß Börner den am Bau der Startbahn West beteiligten Unternehmen nicht das Geschäft vermasseln will. Startbahn-Gegner haben schon seit langem vermutet, daß hier noch ganz andere Interessen im Spiel sind.

Diese Vermutungen wurden jetzt durch den Wirtschafts-Informationsdienst „Fuchsbriefe“ bestätigt. Dort ist zu lesen: „Zur umkämpften dritten Startbahn in Frankfurt hören wir aus zuverlässiger Quelle, daß die US-Air-Force auf dieser Kapazitätsausweitung besteht und drängt. Das ist in der ganzen Diskussion von allen Beteiligten verschwiegen worden, um die Sache nicht zu einem Politikum zu machen. Frankfurt sei für die Air Force — so sagen die Amerikaner — als Drehscheibe und Stützpunkt für den Verkehr mit dem Vorderen und Mittleren Osten unerläßlich. Wenn die geplante Eingreiftruppe für die Ölregion geschaffen ist, sollen Geräte und Ausrüstungen und auch Personal zu einem Teil im Raum Frankfurt stationiert werden.“

Was hier geäußert wird, entspricht im übrigen genau den Beschlüssen der letzten NATO-Tagungen. Danach soll sich ja die Bundeswehr (noch) nicht an der US-Eingreiftruppe beteiligen, es sollen in der Bundesrepublik vielmehr Basen für die entsprechenden amerikanischen Verbände zur Verfügung gestellt werden. Und es spricht alles dafür, daß die NATO-Bosse den Frankfurter Flughafen dazu ausersehen haben, die Drehscheibe für amerikanische Militäreinsätze im Mittleren Osten zu bilden.

Wir müssen uns mit aller Macht dagegen wehren, daß vom Boden unseres Landes aus die US-Kriegstreiber ihre Aggressionen gegen die Völker des Mittleren Ostens begehen. Und gerade deshalb muß der Bau der Startbahn auch weiterhin entschieden bekämpft werden.

Der Abgeordnete als Wohnungsspekulant

Manfred Abelein, Mitglied des Bundestags, hat sich in der Vergangenheit immer wieder als extremer Scharfmacher seiner Partei, der CDU, profiliert. Außer dem Kampf um „Recht und Ordnung“ beanspruchen ihn jedoch auch andere Dinge.

Da ist beispielsweise das Problem, wie er sein bescheidenes Monatseinkommen von 15 000 Mark aufbessern kann. Gemeinsam mit seinem Geschäftspartner Josef Peter Müller fand Abelein für dieses Problem eine vielversprechende Lösung. Im Münchner Stadtteil Haidhausen kaufte er das Haus Orleansstr. 41, in dem sieben Wohnungen und eine Bäckerei untergebracht sind.

Die Herren Abelein und Müller heckten sich einen Plan aus, mit dem auch schon anderswo Spekulanten an das große Geld gekommen sind. Die Wohnungen sollten in Eigentumswohnungen umgewandelt und dann den jetzigen Mietern zum Verkauf angeboten werden. Sollten die nicht zahlen können, wollte man sich nach kapitalkräftigeren Leuten umsehen. Bei kurzfristiger Finanzierung des Projekts durch Münchner Banken — so hatte Partner Müller errechnet — würde man schon nach einem halben Jahr die stattliche Summe von 900 000 Mark einstreichen können.

Die Sache wäre vielleicht auch ohne großes Aufsehen über die Bühne gegangen, wenn sich die beiden Partner im entscheidenden Stadium des Geschäfts nicht entzweit hätten. Müller nämlich bestand darauf, beim Spekulationsgewinn halbe-halbe zu machen. Das wiederum paßte dem Abgeordneten nicht in den Kram, der offenbar ganz allein ans große Geld heran wollte. Abelein bootete seinen Partner aus, er erteilte ihm schließlich sogar Hausverbot für die Orleansstr. 41, obwohl er Müller kurz zuvor dort noch als Hausverwalter einstellen wollte.

Das wiederum erboste den übers Ohr gehauenen Kompagnon dermaßen, daß er mit einer Anzeige wegen Betrugs zum Staatsanwalt ging. Daß er sich gegen den CDU-Mann durchsetzen kann, ist fraglich. Immerhin aber ist durch die Anzeige das Spekulationsgeschäft an die Öffentlichkeit gekommen. Vor wenigen Monaten hat die CDU dem Problem der Wohnungsnot einen ganzen Kongreß gewidmet. Jetzt konnte man sich davon überzeugen, daß bei der Union über diese Frage nicht nur geredet wird. Sondern daß Spitzenpolitiker wie Abelein die Sache auch höchst energisch in der Praxis anpacken.



Abelein-Haus in München

Stoltenberg und die EAP

Einen „Exklusivkommentar“ mit dem Titel „Wissenschaftspolitik und Forschung“ schrieb der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Stoltenberg für die April-Ausgabe der Zeitschrift „Fusion“. Sie wird herausgegeben von einem „Fusions-Energie-Forum“. Und dahinter steckt — nach Angaben des IGM-Organs „Metall“ — die Europäische Arbeiterpartei (EAP).

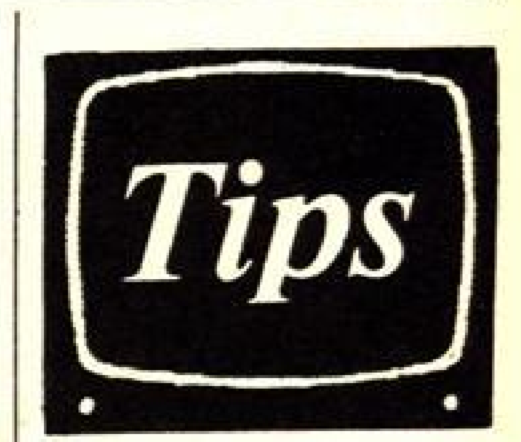
Diese Gruppierung war im vergangenen Jahr einer breiten Öffentlichkeit durch einen ungewöhnlich aufwendigen Wahlkampf aufgefallen. Angehörige fortschrittlicher Organisationen kennen die EAP schon lange als eine Bande übler Provokateure. Ihre Zentrale hat diese in mehreren Ländern operierende Gruppierung in den USA. Wie der „Spiegel“ im vergangenen Jahr enthüllte, ist sie eng mit den dortigen faschistischen und rassistischen Terrorbanden verfilzt und bildet auch selbst bewaffnete Terrorkommandos aus.

Ein wesentlicher Zweck ihrer Tätigkeit in Westeuropa besteht in der Spitzel- und Spionagetätigkeit für amerikanische Multis und US-Geheimdienste. Unter anderem hat sie Dossiers über SPD-Politiker angelegt, deren Vollständigkeit selbst von Profis in geheimdienstlicher Tätigkeit gerühmt wird.

Die richtigen Freunde also für Herrn Stoltenberg.



Demonstration gegen Startbahn West



Samstag, 23. Mai, 21.10 Uhr, WDR III
Fluchtweg nach Marseille. 1941 hat die Schriftstellerin Anna Seghers ihren Roman „Transit“ geschrieben, in dem sie den zermürbenden Kampf der emigrierten deutschen Antifaschisten schildert, den diese in Südfrankreich mit den Behörden um Visa für die Ausreise ins Ausland führen mußten. Ein solches Visum war für sie die einzige Chance, den anrückenden deutschen Truppen zu entkommen. Ingemo Engström und Gerhard Theurig haben in ihrem Film auf der Grundlage des Romans den Weg der deutschen Emigranten verfolgt und lassen auch Schicksalsgefährten von Anna Seghers aus jenen Jahren zu Wort kommen.

•••

Sonntag, 24. Mai, 10.30 Uhr, ZDF
Ein Volksfeind. Aus Anlaß des 75. Todestags von Henrik Ibsen zeigt die ZDF-Matinee dieses Stück des norwegischen Dramatikers, der zu den hervorragenden Vertretern des kritischen bürgerlichen Realismus gehört.

•••

Sonntag, 24. Mai, 21.05 Uhr, ARD
Messer im Kopf. Film von Reinhard Hauff nach einem Drehbuch von Peter Schneider. Ein junger Wissenschaftler wird Opfer der Terroristenhysterie. Er gerät in eine Polizeirazzia und wird durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt.



•••

Montag, 25. Mai, 20.15 Uhr, ARD
Exil. Sechster Teil der Fernsehserie von Egon Günther nach dem gleichnamigen Roman von Lion Feuchtwanger über den Kampf der antifaschistischen deutschen Emigranten in Frankreich.

•••

Montag, 25. Mai, 21.45 Uhr, ARD
Karl Valentin zum 99sten. In dieser Sendung werden Dialoge und Szenen des großen Volksschauspielers und Kabarettisten Karl Valentin nachgespielt.

•••

Montag, 25. Mai, 20.15 Uhr, ZDF
Stichproben. Bericht über die Situation im Nahverkehr, der von Bonn als Alternative zum Auto angepriesen wird, aber von ständigen Preissteigerungen gekennzeichnet ist.

•••

Dienstag, 26. Mai, 17.00 Uhr, ARD
Die Veränderung der Stadt. Dieser Film ist nach einer Bildergeschichte von Jörg Müller gedreht worden, in der die Zerstörung der Städte durch profitorientierte Sanierung dargestellt wird.

Erläuterungen zum Friedensplan der KPD (Sektion Westberlin)

Die Sektion Westberlin unserer Partei hat kürzlich eine kleine Broschüre veröffentlicht, in der die auf Westberlin bezogenen Forderungen unseres Friedensplans (Aufhebung der alliierten Hoheitsrechte und Abzug aller fremden Truppen; Status einer Freien-Stadt-Westberlin usw.) erläutert und begründet werden. Im folgenden geben wir diese Erläuterungen im Wortlaut wieder.

Warum eigene Forderungen und Erläuterungen für Westberlin?

Natürlich treffen die bisherigen Ausführungen (bezieht sich auf den Teil über die BRD) bei der engen politischen Bindung Westberlins an die Bundesrepublik auch für Westberlin zu. Aber in Westberlin besteht aufgrund des alliierten Besatzungsrechtes und seiner Lage mitten im Territorium der DDR auch eine besondere Situation.

Seit der Spaltung Deutschlands und Berlins ist Westberlin ein ständiger Spannungsherd gewesen. Das gilt bis heute, wo gerade die beiden Hauptvertreter der Alliierten, die USA und die Sowjetunion, die beiden Mächte sind, die mit ihrem Wettkampf um die Vorherrschaft auf der Welt Frieden und Freiheit am meisten bedrohen. Dabei haben sie Berlin zum Austragungsort ihrer Machtproben gemacht, belasten damit das Leben der Westberliner auf unerträgliche Weise und sorgen für ständige Unruhe und Spannungen.

Darum ist aber auch Westberlin in besonderem Maße dazu berufen, einen Beitrag im Kampf gegen die wachsende Kriegsgefahr zu leisten. Da die Großmächte Westberlin zum Barometer ihres jeweiligen Kräfteverhältnisses gemacht haben, hat auch alles, was eine Friedensbewegung hier durchsetzen kann, weit über Westberlin hinaus wirkende Folgen. Die Beseitigung des Spannungsherdes Westberlin wäre ein bedeutender Beitrag zur Aufrechterhaltung des Friedens in Europa. Darum können von einer breiten Friedensbewegung in Westberlin starke Impulse auf die Friedensbewegung in Westdeutschland und auch in der DDR ausgehen. In dem Maße aber, wie die Friedensbewegung überall anschwillt und ihre Stoßrichtung einheitlich auf die Neutralisierung beider deutscher Staaten ausgerichtet ist, verbessern sich wiederum die Bedingungen für die Durchsetzung unserer Forderung nach Schaffung einer Freien-Stadt-Westberlin.

Aber wieso ist denn Westberlin heute nicht frei?

Sicher haben wir heute eine Reihe demokratischer Rechte, die in der Westberliner Verfassung festgelegt sind. Aber beim genauen Hinsehen ist es die Freiheit eines Hundes an der langen Leine. Denn in Wirklichkeit können wir heute, über drei Jahrzehnte nach Kriegsende, nicht frei über unser Schicksal bestimmen. Nach wir vor gilt das Besatzungsstatut. Alle Hoheitsrechte liegen bei den Alliierten. Auch wenn sie sich gegenwärtig weitgehend im Hintergrund halten und die Regierungsgeschäfte dem Westberliner Senat überlassen: Heute wie damals können sie zu jeder Zeit und in jeder Frage die Zügel wieder selbst in die Hand nehmen. Wo das in letzter Zeit der Fall gewesen ist, hat sich gezeigt, daß sie dann rücksichtslos bereit sind, ihre Interessen gegen die der Westberliner durchzusetzen. Beispiele dafür sind der Bau der amerikanischen Wohnsiedlung mitten in den Düppeler Forst oder die Abholzung der Gatower Heide für eine Einflugschneise ihres Militärflugplatzes. Und im Zusammenhang mit der jüngsten Abhöraffäre im Garski-Skandal wurde bestätigt, daß die Alliierten das Recht zum völlig unkontrollierten Abhören haben und auch ständig ausüben. Sie können auch jederzeit bestimmte Parteien und Organisationen, Demonstrationen und Streiks verbieten und Arbeiter und Betriebe zur Produktion zwangsverpflichten. Sie sind berechtigt, Presse, Funk und Fernsehen voll in ihren Dienst zu stellen. Notfalls können sie ihre Befehle durch Truppeneinsatz erzwingen. Die zunehmende Zahl von Übungen alliierter Truppen in Westberliner Wohnvierteln, leerstehenden Fabriken, U-Bahnhöfen usw. zeigt, daß sie bereits heute schon für solche Aufgaben gedrillt werden. Nicht wir bestimmen also letztlich, was aus unserer Stadt wird, sondern die Interessen der drei westlichen Alliierten, besonders der USA.

Die Aufhebung der alliierten Besatzungsrechte und die Schaffung einer Freien-Stadt-Westberlin wäre darum ein wichtiger Beitrag zum Abbau von Spannungen, zur Sicherung des Friedens und zur Normalisierung des Lebens der Westberliner Bevölkerung.

Was bedeutet der Status Frei-Stadt-Westberlin?

Wenn wir die Aufhebung des Besatzungsstatuts für Berlin fordern, dann müssen wir auch eine Antwort geben auf die Frage: Wohin gehört dann Westberlin? Wird es Teil der Bundesrepublik oder der DDR? Wir meinen: Weder noch! Sondern Westberlin muß eine selbstständige politische Einheit bilden, die sich gegenüber den beiden Machtblöcken, NATO und Warschauer Pakt, neutral verhält. Das ist gegenwärtig die beste Lösung für die Westberliner, wenn es uns wirklich um den Abbau von Spannungen zwischen den Machtblöcken und den beiden deutschen Staaten geht.

Warum ein Anschluß an die DDR nicht in Frage kommt, ist leicht einzusehen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung wäre dagegen. Außerdem ist Westberlin seit Jahrzehnten in das Wirtschafts- und politische System der Bundesrepublik einbezogen worden. Diese Bindungen kann man nicht einfach abbrechen, wenn man nicht neue Spannungen heraufbeschwören will.

Andererseits kann man aus dem gleichen Grund auch nicht einfach sagen, Westberlin wird Bundesland. Das würde mit Sicherheit auf den heftigen Widerstand der DDR stoßen, die nicht einfach hinnehmen wird, wie sich die Bundesrepublik mitten im Territorium der DDR breit macht. Diese Lösung brächte also ebenfalls nur eine Verschärfung der Spannungen statt Abbau. Zudem wäre es auch für die Westberliner kein Fortschritt, wenn das Grundgesetz auch in Westberlin uneingeschränkt Gültigkeit erhielte. Das würde zum Beispiel bedeuten, daß auch Westberliner der allgemeinen Wehrpflicht unterliegen, daß der ganze Katalog von Unterdrückungsgesetzen — angefangen beim KPD-Verbot über die Notstandsgesetze und die sogenannten Antiterrorgesetze — automatisch in Westberlin gelten, während vereinzelt bestehende, fortschrittliche Teile der jetzigen Berliner Verfassung, wie zum Beispiel der Volksentscheid zu Wahlen, wegfallen.

Friedensdemonstration in Westberlin am 8.5., an der sich ca. 50000 Menschen beteiligten.



Die Partei greift mit ihrem Friedensplan ein

Ist eine Freie-Stadt-Westberlin denn überhaupt lebensfähig?

Wird uns Bonn nicht einfach den Subventionshahn abdrehen, werden Konzerne wie Siemens und AEG nicht einfach ihre Produktion verlagern, werden wir damit nicht völlig abhängig von der DDR, die uns dann beliebig unter Druck setzen kann? Im letzten Teil der Frage ist bereits die Antwort enthalten: Die Bonner Regierung und die westdeutschen Konzerne haben schließlich bei der Gründung der Bundesrepublik alles daran gesetzt, daß Westberlin **nicht** zum Einflußgebiet der DDR wird. Dieses Interesse besteht weiterhin und ein völliger Boykott Westberlins wäre gegen ihr eigenes Interesse gerichtet. Andererseits kann es für Westberliner nur von Vorteil sein, intensivere Handelsbeziehungen mit der DDR und anderen Ostblockstaaten zu unterhalten. Denn bereits heute ist Bonn dabei, den Subventionshahn zuzudrehen, verlagern Konzerne wie Siemens in sogenannte Billiglohnländer. Und als Folge der einseitigen Abhängigkeit und Verflechtung mit der westdeutschen Wirtschaft und der unnormalen politischen Situation haben Arbeitslosigkeit und Teuerung in unserer Stadt ein weit höheres Niveau erreicht als in Westdeutschland.

Schließlich können wir auch davon ausgehen, daß mit der Aufhebung des Besatzungsstatus und der Schaffung einer Freien-Stadt-Westberlin die politischen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik und auch in der DDR nicht unberührt bleiben. Ein solcher Sieg in unserer Stadt würde auch dort den friedliebenden und demokratischen Kräften Aufschwung geben, was sich in einer größeren Bereitschaft der jeweiligen Regierungen nach einem Ausgleich untereinander und einem Übereinkommen in der Frage Westberlins niederschlagen würde.

Der Status einer Freien Stadt bedeutet also keine Gefährdung der Existenz Westberlins, er wird eher eine Erleichterung und Ausweitung des Warenverkehrs herbeiführen.

Aber würde uns ohne den Schutz der Alliierten nicht sofort der Osten kassieren?

Was schützen denn die Alliierten? Die Transitwege? Nehmen wir einmal an, die DDR würde die Transitstrecken sperren. Was könnten dann die Allierten dagegen tun? Nichts! Ein Versuch der Alliierten, gewaltsam die Öffnung der Transitwege zu erzwingen, wäre gleichbedeutend mit dem Einmarsch alliierter Truppen in die DDR — also mit Krieg! Stellen wir uns das unter Schutz vor?

Und wie sieht es mit dem Schutz Westberlins gegen einen sowjetischen Einmarsch aus? Wenn das die Absicht der Sowjetunion wäre, was nützen uns dann die amerikanischen Truppen? Rein militärisch gesehen wäre eine Verteidigung der Inselstadt Westberlin glatter Selbstmord, weil sie mit Sicherheit zu ihrer völligen Zerstörung führen und unzählige Tote kosten würde. Niemand wird behaupten, daß das im Interesse der Berliner ist.

Tatsächlich ist es aber so, daß die Alliierten Westberlin gar nicht verteidigen wollen. Das hat bereits vor Jahren ihre Haltung beim Bau der Mauer gezeigt und das wird deutlich aus den NATO-Plänen, den Vormarsch der Truppen des Warschauer Paktes im Falle eines Angriffes erst am Rhein zu stoppen.

Während wir also vor einem militärischen Angriff sowjetischer Truppen auf Westberlin keineswegs durch die Anwesenheit alliierter Truppen geschützt sind, gibt es andererseits Gründe, warum die Sowjetunion in Friedenszeiten kaum ein Interesse an einer gewaltsamen Einkassierung eines **neutralen** Westberlins haben kann. Denn von einem Westberlin, das nicht mehr als vorgeschobener Posten der NATO mißbraucht wird, geht auch keine gegen den Osten gerichtete Bedrohung mehr aus. In dieser Situation würde eine gewaltsame Einverleibung durch die SU ihrem Bemühen, sich als Friedensmacht in der Weltöffentlichkeit zu profilieren, voll ins Gesicht schlagen, wodurch der Schaden größer wäre als der Machtzuwachs durch die Einverleibung einer Stadt, die noch dazu einen ausgesprochenen Unruheherd in den eigenen Reihen bilden würde.

Die Anwesenheit alliierter, besonders der amerikanischen Truppen in Westberlin bedeutet also keineswegs einen Schutz für unsere Stadt, sondern führt im Gegenteil zu immer neuen Spannungen und bedroht den Frieden. Darum ist der Kampf um den Abzug **aller** alliierter Truppen aus Westberlin ein notwendiger Schritt zur Entspannung der Lage um unsere Stadt und zur Erhaltung des Friedens.

Könnte aber die Kündigung des Viermächteabkommens über Berlin nicht zu verstärkten Schikanen im Transitverkehr führen?

Wenn Westberlin neutral ist, fallen die entscheidenden Gründe für die entnervenden Reisebehinderungen und -beschränkungen weg, nämlich die Ansprüche der westlichen Alliierten und der Bonner Regierung auf ein Gebiet, das mitten im Territorium der DDR liegt. Das Viermächteabkommen stellt eine Bestätigung dieser Ansprüche der Alliierten dar und wurde ohne die unmittelbar Betroffenen abgeschlossen. Darum ist es auch bis heute einfacher, ins Ausland zu reisen, als zwischen den beiden deutschen Staaten und Westberlin, weil die Transit- und übrigen Bestimmungen immer wieder als Mittel im Tauziehen zwischen Ost und West eingesetzt werden — auf Kosten der Westberliner.

Wir meinen dagegen: Deutsche an einen Tisch! Wir müssen selbst Regelungen für normale Beziehungen untereinander ausarbeiten, unbelastet von den Interessen der Großmächte. Es ist geradezu widersinnig, gerade die zu Garanten der Sicherheit Westberlins zu machen, die Frieden und Sicherheit in der Welt am meisten bedrohen.

Ein neutrales Westberlin, garantiert allein von den beiden deutschen Staaten, kann dagegen aufgrund seiner Lage besonders gut an der Herstellung guter Beziehungen zur DDR und zur Bundesrepublik mittels Abkommen auf gleichberechtigter Grundlage und an der Intensivierung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten beitragen. Zum Beispiel könnte die Errichtung von gesamtdeutschen Gremien in Westberlin die Annäherung der beiden deutschen Staaten und die Bildung einer Konföderation — eines Bündnisses zwischen beiden deutschen Staaten und Westberlin — erleichtern und dadurch die Voraussetzung für eine Wiedervereinigung verbessern.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion Deutsche Bundesrepublik und Sektion Westberlin) wendet sich an alle westdeutschen und westberliner Parteien, Gewerkschaften und Organisationen und bittet sie um ihre Unterstützung bei der Durchsetzung vorliegenden Friedensplanes. Sie appelliert an die Bevölkerung der Bundesrepublik und Westberlins, den Kampf nicht nur um die Zukunft des deutschen Volkes, das Leben und die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinder, ob Deutschland am Ende dieses Jahrhunderts noch bewohnbar ist, es geht um den Frieden der Welt!

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayi 21 22 Mayis 1981 Yil: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



50 000 İNSAN BARIŞ YÜRÜYÜŞLERİNE KATILDI!

Geçen hafta sonunda bir çok şehirde; Frankfurt, Mönchengladbach ve Bielefeld'te özellikle NATO Silahlanma Kararı'nı protesto eden üç büyük eylem düzenlendi. Bu barış isteminin üç büyük miting ve yürüyüşüne KPD, "Almanya Komünist Gençliği" ve Halkın Kurtuluşu'nun yanısıra bir dizi partiler ve örgütler katıldı. Mönchengladbach'ta (resimde görüldüğü gibi) su gibi dökülen yağmur ve dolu, yürüyüşçülerin barış arzularını haykırmalarını engelleyemedi.

Tren yolculuğu bir defa daha pahalılaşıyor

Altı ayda biletlere yüzde 15 zam!

Trenle yolculuk yapmak zorunda olan milyonlarca emekçinin cebine yazın başlangıcından itibaren yeniden acımasız bir biçimde el atıldı. Altı ay gibi kısa bir süre içinde Federal Demir Yollarında bilet ücretlerine ikinci defa zam gelmektedir. 15 Ocak'ta biletler ortalama yüzde 7,9 oranında pahalılaşmıştı. Ve 1 Haziran'dan sonra demiryolu patronları, buna yüzde 6,4 zam daha eklemek istemektedirler.

Emekçilerin cüzdanlarına hayasızca el atılmasını gerekçe olarak bir defa daha Federal Demir Yolları'ndaki kötü durum gösterilmektedir. Ama burada değinilmeyen örneğin Federal Posta'nın milyarlarca DM edindiği kârlardır. Posta ücretlerinin en azından sabit kalması veya Posta kârlarıyla Demir Yollarında zararların karşılanması; böyle bir şey Bonn'daki bayların aklının ucundan geçmez bile. Federal Hükümet Demir Yolları için daha önce vereceğini söylediği yardımları, geçenlerde 1,6 milyar DM'a indirmişti.

Öyle ya, diğer yerlerde paraya acilen gereksinim duyulmaktadır, örneğin silahlanma bütçesinin giderek şişirilmesinde. Bonn'un savaş mekanizmasını her gün yeni giderlerle finanse edebilmek için, emekçi halkın gelirleri üzerine sağdan ve soldan devletin yağma seferleri düzenlenmektedir. Federal Demir Yollarında yeni fiyat artışları için göze çarpıcı olan — ki gerçek olan da bu — pahalılığın sadece yolcu taşımacılığını kapsamasıdır. Kapitalistlere daha yüksek kârlar getirilmek istenmektedir. Demir Yollarında yük taşımacılığı için ücret listeleri değiştirilmeli.

Böylece, altı ay öncesine karşın tren biletleri ücretleri yüzde 15 yükselmiş olacak. Ve bu da sadece ortalama birer değerdir. Çünkü, önceki fiat artışlarında olduğu gibi, şimdi de işe trenle gelip gitmek zorunda olan emekçiler, bu zamlardan en çok etkilenenler; en fazla soyulanlar olacaktır. Ortalama yüzde 6,4 olan bilet fiatlarındaki artış, kısa aralıklı yolculuklarda ortalama yüzde 10'u bulmaktadır.

İşverenlerin gazetesi "Handelsblatt", Haziran ayından itibaren yükseltileceği belirtilen bilet ücretlerini adice şöyle yorumluyordu: "Onlar (tren yolcuları), demiryolları gelecek ücret artışları için en azından 1982 yılına kadar beklerse, sevinebilirler." Ve gerçekten: Bu yıl içinde bilet fiyatlarının üçüncü defa kesinlikle pahalılaşmayacağı umulmaz bir şeydir. Çünkü demir yolu patronları gelecekte rekabet eden taşımacılık araçlarında fiyatların yükselmesiyle Demir Yollarında da kısa aralıklarla zam yapılacağını daha Şubat ayında bildirmişlerdi.

Rekabet durumunda olan taşımacılık araçlarıyla belirtilmek istenen, benzin fiyatlarının aşırı derecede yükselmesi sonucu kullanılması rekor derecede pahalılaşan arabalardır. Ve Fedadal Hükümet'in burada planladığı, petrol tekelleri tarafından son derece yükseltilen benzin fiyatlarına paralel olarak tren ücretlerinin otomatik olarak artırılmasından başka bir şey değildir. Demir Yolları Şefi Vaerst, kısa bir süre önce şöyle diyordu: "Biz, Pazar bize ne veriyorsa, fiyatfara onu getireceğiz". Yani mümkün olduğu kadar bilet fiyatlarına zam getireceğiz.

ABD 6. Filosu Lübnan kıyıları önünde

İsrail siyonistleri savaşı körüklüyor

Hergün yeni bir provokasyon

BEYRUT. — Son günlerde giderek çatışmalar Lübnan'da şiddetlendi. İsrail Siyonist Ordusu'nun bombarduman, avcı ve savaş uçakları Lübnan hava sahasında giderek genişlemektedirler. Bu arada, ABD emperyalistleri Arap ülkelerinin Suriye'ye sağalayacağı desteği engelleyebilmek için her türlü çabayı harcamaktadırlar.

Aynı zamanda Amerika'nın Akdeniz Filosu (6. Filo) birlikleri Lübnan kıyıları önünde toplanmaktadırlar — ki Beginn, böyle bir durumda bunun normal bir şey olduğunu resmi olarak açıklamıştı. 6. Filo'nun bu manevrası, Reagan Hükümeti tarafından Lübnan'nın bağımsızlığının açıkça tehdit edildiğini ifade etmektedir.

Ama, bu gelişmeler meydana geldiği sırada İsrail'de de Beginn'in savaş çizgisine karşı direnmeler oluyordu. İsrail devletinin tarihinde ilk olarak komşu bir Arap ülkesinin işgal edilmesi bazı partiler tarafından reddedilmektedir. Hatta sonunda Tel Aviv ve İsrail'in diğer büyük şehirlerinde "barış yürüyüşleri yapıldı."

Sosyal Demokrat partiye yakın çevreler tarafından düzenlenen bu yürüyüşlere toplam 10 binden fazla insan katıldı ve Beginn'in savaş çizgisi teşhir edildi.

Bu arada, Suudi Arabistan gibi hükümetlerin, İsrail'in hava işgaline karşı çıkmamaları için Reagan tarafından görevlendirilen Habib'in çabaları başarısız kaldı.

(„Beginn steuert Kriegskurs" RM/Nr. 21, S. 1)



İsrail Siyonistleri'nin hava saldırılarına, uçaksavarlarla karşı koyan Filistinliler.

SPD'de muhalefet yıldırılmak isteniyor

Schmidt istifa tehdidini savuruyor

"Nihayet" — bu başlık altında "Bild" gazetesi, Başbakan Helmut Schmidt'in akibetini NATO Silahlanma Kararına bağlaması ve SPD'nin bu kararı kabul etmeyi reddetmesi halinde başbakanlıktan geri çekilmekle partisini tehdit etmesini, başyazı olarak yayınlamıştı. Strauss'un iktidara getirileceği şeklindeki bu tehditle, Hükümet ve onun direktiflerini belirleyen Schmidt'in çizgisine bağlı kalacağına dair bir defa daha SPD'ye yemin ettirilmek isteniyor.

Schmidt, SPD'nin Bavyera Eyaleti Kongre'sinde daha açık konuşarak, kendisinin de politik bir inancının olduğunu söylüyordu. ve NATO kararının geri alınması onun bu inancıyla bağdaşamazmış. Kararın geri alınması, Hükümet'in istifa etmesini getirecek ve bunun sonucu "tamamen bir başka" hükümet iktidara gelecektir, demektedir. Ama, işin gerçek yönü hükümette kalabilmek için Sosyal Demokratların kendi kendilerine "niçin acaba" sorusunu sormaksızın, sadece partiyi uysallaştırmak değildir. Schmidt, geri çekilme tehdidi ile, — tabii ki, O derhal bunun bir zorlama olmadığını iddia ediyordu — aynı zamanda SPD yönetiminin gerçekten saldırgan ABD emperyalizmine ve Batı Alman emperyalizmine ne derece balandığını, NATO politikasını gerçekleştirmek için acil durumda bir Strauss Hükümeti'ne yol açmaya hazır olduğunu da göstermektedir.

Federal Parlamento seçiminden beri kendi kendine SPD'yi neden seçtiğini soran her kimse, Strauss'u durdurmak SPD'yu seçin demek değildir diyen KPD'nin ne derece haklı olduğunu kavramak zorundadır.

(„Schmidt droht mit Rücktritt" RM/Nr. 21, S. 1)

Papa'yı vuran Ağca: Onlarca yurtseveri katletmiş azılı bir faşist

Faşist „Bozkurtlar" yasaklanmalıdır!

ROMA. — Batı Alman basını Papa'yı vuran azılı faşist Ağca'yı henüz "ne yapacağını şaşırmış politik biri" — tanınan ve çok kullanılan bir terim — ve "tek başına terörist" olarak tanıttığı bir sırada, Roma savcısı hafta sonunda şüpheye yer bırakmadan şöyle diyordu: "Bizim için Ağca yalnız birisi değildir. O, uluslararası bir terör grubu tarafından satın alınmış paralı bir katildir."

Bu tespit yeteri kadar gerçek kanıt bulmaktadır. Azılı faşist Ağca, Türkiye'de bulunduğu sırada, üyesi olduğu MHP'nin profesyonel ve paralı bir katili olarak çalışıyordu. Onlarca devrimciyi katleden bu faşist "Milliyet" gazetesi yazışleri müdürü İpekçi'yi öldürdükten bir zaman sonra tutuklanmış, ama faşist subaylar tarafından kaçırılmış ve yurt dışına çıkarılmıştı.

Cebine bol miktarda para konulan ve eline sahte pasaport verilen Ağca, bu suikastan önce çoğunlukla Federal Almanya'da kalmıştı. Paralı katilin burada olduğuna dair "yetkililer" sürekli haber aldıkları halde, kendisine karışmamışlardı. Ve ortaya çıkan gerçekler, Kampten ve Reutlingen'de öldürülen iki Türkün katilinin Ağca olduğunu da göstermektedirler.

Burada sözkonusu olan sadece Ağca değildir. En önemlisi; binlerce yurtseverin kanını içmiş ve bu faşistin de dahil olduğu MHP'nin polis tarafından hiç rahatsız edilmeden yurtdışı temsilciliğini sürdürmesidir: İşte kötü ünüyle tanınmış Frankfurt'taki "Türk-Federasyon" ve faşist "Bozkurtlar", polisin koruyuculuğu altında — geçenlerde B. Berlin'de olduğu gibi — provokatif eylemlerini sürdürmekte, ülkemizdeki Türkiyeli demokrat emekçilere karşı terör estirmekte ve onları katletmektedirler. Ama bu faşist katliam çetesinin yasaklanmasını öneren bütün talepler, Bonn devleti tarafından en ufak şekilde dikkate alınmamaktadır.

Faşist "Bozkurtlar" ve onların kümelendiği örgütler derhal yasaklanmalıdır! BRD'de faaliyet gösteren Türk faşistleri cezalandırılmalıdır!

(„Graue Wölfe endlich verbieten" RM/Nr. 21, S. 1)



Faşist katil Mehmet Ali Ağca

Reagan, Karry ve şimdi Papa. Her suikasttan sonra çeşitli renkten burjuva politikacıları, görevleri gereği nefretlerini ve dehşetlerini ve bundan da fazlasını ifade etmektedirler. Onlar, her gün giderek yaygınlaşan "terör havası"ndan şikayetçi olmaktadırlar.

Bu terör havasını tespit edebilmek için ilk olarak Papa'nın vurulmasını beklemeye hiç de gerek yoktu. ABD'nin güdümündeki faşist cunta, El Salvador'da hergün yoksul köylüleri ve diğer emekçileri kurşunlayarak, hunharca katletmiyor mu? Türkiye'de antifaşistler işkence tezgahlarında en vahşi işkencelere tabii tutulup, barbarca öldürülmüyor mu, insanlar sokak ortasında kurşunlanmıyor mu? Ve yine son günlerden Lübnan'daki Filistin mülteci kamplarına düşen İsrail bombaları, her defasında onlarca insanın hayatına son vermiyor mu?

PAPA VE "BOZKURT"

Peki bu kitle katliamları karşısındaki nefret ve dehşet nerede? El Salvador'daki paralı katiller rejimi, Batı Alman Hiristiyan Birliğinin (CDU) genel sekreti tarafından insanlık dostu bir rejim olarak nitelendirilmektedir. Filistin halkını yoketmek için İsrail'in sürdürdüğü saldırılar mali ve politik olarak desteklenmektedir. Ve Türkiye'deki işkenceciler, her zaman için Bonn'dan yeni silahlar ve Milyonlar almayı hesaplamaktadırlar. Bu kitle katliamcıları, hiç bir yerde Bonn'da olduğu gibi çabuk ve en iyi bir şekilde hizmet görmemektedirler. Ve bu hizmeti, eskiden sömürünün ve baskının kalkması için mücadele eden ve şimdi sermayenin temsilciliğini yapan bir partinin (SPD) bakanları yapmaktadırlar.

Bütün bu gerçekler karşısında soralım: Bu terör havasını yaratan kim? Bunu yaratan emperyalizm ve onun politik temsilcileridir; gerek Bonn'da, gerek Washington'da, gerekse de Moskova'da oturanlar: Onlar, Papa'ya yapılan suikasttan sonra çığlıklar atarak, hakimiyetleri altında bulundurdukları ülkelerde her gün estirdikleri vahşi ve kanlı terörün sorumluluğundan kendilerini kurtaramazlar. Hiç kimse, son zamanlardaki suikastlar serisinden sonra şunu aklından çıkaramamalıdır: İçinde yaşadığımız Dünya'da bir avuç emperyalistin kârları için her dakika insanlar katledilmektedir.

Papa'ya yapılan suikasttan sonra, görünürde dehşetlerini dile getirenlerin, şimdi bu saldırıyı hayasız bir biçimde kendi gerici politikaları için kullanacaklarını gözardı etmemek gerekir. Özellikle de Türkiye'deki faşist cunta. Çetenin başı Evren, Roma suikastı gibi olayları "tabii" şeyler olarak açıklıyordu: Çünkü, "bir Avrupalı dostumuz yurdumuzdan kaçan teröristlere siyasi mülteci diye kucak açarlarsa" ve sadece insan haklarının çiğnenmesiyle ilgilenirlerse "sonuç böyle olur" Ama, bu faşist general, Ağca'nın başını çektiği ordunun faşist subayları tarafından kaçırıldığını MİT ajanlarının yoğun bir şekilde MHP'nin içinde çalıştığını ve MHP'nin sivil faşistlerinin estirdiği kanlı terörün planladıklarını diline almıyordu. O, bunun yerine, suikastın sorumluluğunu Batı Avrupa'daki Türkiyeli demokratik güçlerin üzerine atmaya çalışıyordu, açıklamalarında, yutdışında Türkiye'de insan haklarının çiğnenmesine karşı mücadele veren insanlara saldırıyordu.

Ve bu gibi yöntemler sürekli olarak kullanılmaktadır. Karry'nin öldürülmesinden sonra ülkemizdeki politikacılar da, Evren'i kendilerine örnek aldılar. Hessen Eyalet ekonomi bakanı Karry henüz toprağa verilmeden, katilin "solcu terörist gruplar" ve hatta atom enerjisine karşı veya Frankfurt'ta havaalanının genişletilmesine karşı olanlar arasında aramaya başladılar, sözüm ona "delliler" yaygınlaştırdılar. Ya ispatı? Buna gerek yok. Halkın katliam olaylarından duyduğu nefreti dizginsiz bir iftira ve kışkırtma kampanyası yönünde kullanmak için bir ceset kafi gelmektedir. Franz Josef Strauss da, koruyuculuğunu yaptığı Hoffmann çetesinin Münih'te gerçekleştirdiği katliamı Doğu Almanya'nın bir komplosu olarak açıkladığı zaman, kanıt göstermeye gerek duymamıştı.

Federal Almanya'daki gerici güçlerin Papa'ya yapılan suikastı kendi kirli politikalarını sürdürmek için kullanacakları bir gerçektir. Bunu başlattılar bile. Ağca sadece bir cani değil, aynı zamanda faşist "Bozkurtlar"ın profesyonel ve paralı bir katili idi.

Bir çok yandaşları O da, ülkemizde insanların kanına girdi. Ve şimdi. Suikasttan sonra, politikacılar, polis ve adalet tarafından rahatsız edilmeden faşist Bozkurtlar'ın Federal Almanya'da terör eylemlerini sürdürdüklerini, Faşist MHP'nin Alman resmi makamlarının rızasıyla yurtdışındaki merkezlerini ülkemizde inşa ettiklerini geniş kamuoyundan da artık gizleyemezler.

Ve Bonn politikacıları, bu koşullar içinde bütün Türk "aşırı uçlarına" karşı sert önlemler talep etmektedirler. Bir faşist saldırı olayı üzerine duyulan nefretin yarattığı boşluktan yararlanarak, Türkiyeli anti-faşistlerden ve demokratlardan oluşan örgütlere de saldırmak istemektedirler. Bu saldırılara bütün gücümüzle karşı koymalıyız. Türkiyeli demokratik güçlerin faşit katliam çeteleriyle aynı kaba koyma çabalarını, kararlı bir biçimde geri püskürtmek zorundayız. Aynı zamanda faşist Bozkurtlar'ın ve onların kümelendiği örgütlerin yasaklanması için verdiğimiz mücadeleyi bu günkü somut koşullarda daha da hızlandırılmalıyız.

Detlef Schneider

(„Der Papst und der "Graue Wolf" " RM/Nr. 21, S. 2)

Köln'den Strassburg'a

Avrupa yürüyüşü başarıyla sonuçlandı!

Yürüyüş'ün bitimindeki açlık grevine 120 kişi katıldı

KEHL. — "Türkiye'ye Özgürlük" komitesi tarafından düzenlenen ve 25 Nisan'dan 11 Mayıs'a kadar devam eden, 240 km'lik bölümü yaya yürünen Türkiye'ye Özgürlük Avrupa Yürüyüşü ve yürüyüşün bitiminde başlayan açlık grevi kararlı ve başarılı bir şekilde sona erdi. Komitenin gerçekleştirdiği bu eylemler, Avrupa Konseyi'nden Türkiye üzerine tartışmaların sertleşmesine ve Türk parlamenterlerinin Konsey'den atılmasına önemli katkısı oldu.

Wallmann, Frankfurt bölgesinde yürüyüşü yasaklamak istediyse de, bu istemi mahkeme tarafından reddedildi. Özgürlük yürüyüşçüleri 1 Mayıs yürüyüşüne konvoy halinde katıldı. 2 Mayıs günü Frankfurt'ta yapılan toplantıya 1000 kişi katıldı.

"Türkiye'ye Özgürlük" komitesi, yürüyüşçülerinin Kehl'e varması açlık grevenin başlayarine gelerek açlık grevcilerinin talepleriyle dayanışma içinde olduklarını belirttiler. Komite sözcüsü ve açlık grevcileri, parlamenterlere Türkiye'deki somut durumu açıklayarak, onlara işkence ve cuntanın terörü hakkında dökümanlar verdiler.

"Türkiye'ye Özgürlük" komitesinin düzenlediği eylemler ve bu eylemlerin desteklenmesi

Faşist cuntaya ve "Türkiye-Yardımı"na karşı, Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nden çıkarılması için yapılan uzun yürüyüş ve yürüyüşün bitimindeki açlık grevi Batı Avrupa Kamuoyunda olumlu bir yankı yarattı ilk haftasından komitenin taleplerini destekleyen 8 bin imza toplandı. Yürüyüşün geçtiği yerlerde mahali basın ve radyo, eyleme geniş yer verdi.

Bunun sonucu yürüyüş konvoyu her yerde ilgiyle izlendi, anti-faşistler yürüyüşün geçtiği şehirlerde yolun bir kısmını beraber yürüdüler. Özellikle Türkiyeliler yürüyen arkadaşlara yiyecek, içecek yatacak yer temin ettiler Değişik uluslardan demokratlar ve anti-faşistler, komiteye bağışta bulundular. Yürüyüşün basındaki yankısı sadece canlı değildi, aynı zamanda olumlu idi de.

Toplanan imzaların yanısıra, yüzlerce protesto kartı Avrupa Konseyi başkanlığına gönderildi. Yürüyüşün geçtiği şehirlerde, komitenin taleplerinin açıklandığı, cuntanın teşhir edildiği ve halk ozanlarının ve diğer kültürel faaliyetlerin yer aldığı toplantılar ve geceler düzenlendi. Cuntanın azılı yanlısı Frankfurt belediye Başkanı



Avrupa yürüyüşünün bitiminde açlık grevine başlandı ve bu greve 120 anti-faşist katıldı.

masıyla Avrupa Konseyi'nden bir delegasyonun gönderilmesini talep etti. Konsey, böyle bir delegasyonun gönderilmesini reddettiyse de, cuntanın Avrupa Konseyi'nden atılmasından yana olan beş parlamenter, eylem

sadece B. Almanya düzeyinde kalmadı. Fransa, İsviçre, Danimarka ve diğer bazı Batı Avrupa ülkelerinde kurulan benzeri komiteler düzenledikleri eylemler ve sürdürdükleri faaliyetlerle büyük bir destekte bulundular.

Bir bütün olarak komitenin koyduğu bu eylemler başarılı geçti ve Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nde kalmasına rağmen, Türk parlamenterlerinin Konsey'den çıkarılması yönünde alınan kararda önemli bir etkide bulundular. Alman gerici güçlerinin engelleme çabalarına karşın, eylemler kamuoyunda olumlu bir yankı uyandırdı ve Türkiye gerçeğini bilmeyen insanlar, oradaki işkenceler, zulüm ve katiamlar hakkında aydınlatılmış oldu.

Yaşasın Türkiye halkının bağımsızlık, demokrasi ve sosyalizm mücadelesi!



Türkiye'ye Özgürlük Avrupa yürüyüşünün son etabı

Strassburg'ta sert tartışmalar

Türkiye Avrupa Konseyi'nden çıkarılmadı

Buna rağmen cunta karşıtları kısmi başarı sağladı

STRASSBURG. — Gecen hafta Avrupa Konseyi Parlamenterler toplantısında Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nde kalması üzerine sert tartışmalar gündeme geldi. Faşist cuntanın hüküm sürdüğü bir ülke olan Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nden çıkarılması için verilen bir öneri gerici güçlerin oylarıyla reddedildi.

Avrupa Konseyi parlamenterler toplantısından önce, bu toplantı için bir karar tasarısı hazırlaması gereken Siyasi Komisyon'da Türkiye sorunu üzerine sert tartışmalar meydana gelmişti. Bir nevi cuntanın sözcülüğünü yapan Türkiye raportörü Steiner, görüşlerini Siyasi Komisyona kabul ettiremedi. O, Batı Avrupadaki Hiristiyan-demokrat ve konservatif partilerin çoğunluğunun çizgilerine uygun olarak cuntayı aklamak istedi. Cuntanın Türkiye halkının ezici çoğunluğunun desteğini aldığını ve ciddi adımlarla "demokrasiyi yeniden kurmaya" çalıştığını ileri sürüyordu.

Steiner, bu dolapları çevirmede, Türkiye'ye yaptıkları gezinden sonra geçen bir kaç ay içinde benzeri yalanları yaygınlaştıran Batı Alman ve Hollanda parlamento delegasyonlarının sahte raporlarına da dayanıyordu. Ama Steiner, bu sahte belgeler ve iddialar ile Siyasi Komisyon'da başarılı olamadı. Hazırladığı karar tasarısı ikinci defa Siyasi Komisyon'da reddedilince raportörlükten istifa etmek zorunda kaldı ve Siyasi Komisyon Parlamento toplantısına karar tasarısı veremedi.

Gerçi, Konsey'in parlamento toplantısında gerici güçler ağırlığını koyarak, Türkiye'nin Avrupa Konseyi'nden çıkarılmasını engelleyebildiler. Ama, diğer taraftan Türkiye'nin Avrupa Konseyi'ne gönderdiği parlamenterlerin görev süresinin uzatılması reddedildi. Ayrıca, toplantıda alınan kararla diğer şeylerin yanısıra Türkiye'de işkencelere derhal son verilmesi talep edilmektedir.

Bu, askeri faşist rejimin Avrupa Konseyi'nden çıkarılması talepleri için mücadele eden, son dönemlerde bir dizi eylemler gerçekleştiren Batı Avrupadaki demokratik güçlerin kısmi bir başarısıdır. Elbette hiç abartmaksızın şunu rahatlıkla söyleyebiliriz: Türkiye sorununun Avrupa Konseyi'nde asıl olarak gündeme gelmesi ve orada faşist rejimin bir derecye kadar mahkum edilmesi ve Türk parlamenterlerin görev süresinin uzatılmasının reddedilmesi, faşist cuntaya karşı başta Batı Almanya olmak üzere,çeşitli Batı Avrupa ülkelerinde sürdürülen eylemlerin ve giderek genişleyen protesto gösterilerinin bir ürünüdür.

(„Die Türkei im Europarat" RM/Nr. 21, S. 9)

BREMEN'DE DAYANIŞMA GECESİ YAPILDI

Bremen'de oluşturulan "Türkiye'ye Özgürlük" komitesi, faşist cuntayı teşhir etmek ve komitenin taleplerini halka açıklamak amacıyla kısa süre önce bir dayanışma gecesi düzenledi.

Dayanışma gecesinin programında Türkiye'deki somut durumu gözler önüne seren konuşmaların yanısıra, halk oyunları, tiyatro ve Türkiyeli anti-faşist halk ozanları yeralıyordu.

Geceye 500'e yakın kitle katıldı. Bol miktarda bildiri bülten dağıtıldı, 200'ün üzerinde imze toplandı. Bu durum, "Türkiye'ye Özgürlük Yürüyüş hakkında bilgi verildi ve Türkiye'deki faşist hayatı, işkenceleri ve mücadeleyi konu alan dia gösterildi. Böylece askeri faşist cuntaya karşı gelişen direniş canlı bir biçimde sergilenmiş oldu ve bu, kitleyi oldukça etkiledi.

Kahrolsun faşist cunta!

Yaşasın Türkiye halkının özgürlük mücadelesi!

Alman-Türk kültür programı "Memleketimi Seviyorum"

"Memleketimi Seviyorum" (Büyük Türk Ozanı Nazım Hikmet'in bir şiirinden alınmıştır) adıyla Batı Almanya'nın bir çok şehrinde Türkiyeli ve Alman sanatçılarca ortaklaşa hazırlanan kültür programları sürmektedir.

Programın ağırlık noktasını Nazım Hikmet'in şiir ve mektupları oluşturmakta ve bunlar Lutz Görner tarafından sunulmaktadır. Thomas Fritz Almanca ve Sümeyra Türçe halk türküleri sunmaktadırlar. Ayrıca programda sekiz kişiden oluşan bir tiyatro oyunu da yeralmaktadır.

Hakların kardeşliği anlayışını içeren bu program, ülkemizdeki politik sorunlarının açık tepkisiyle karşılaşmakta ve reddedilmektedir. Bu turneye katılmak isteyen tanınmış Türk halk ozanı Ruhi Su'nun Almanya'ya girişine simdiye kadar Federal Hükümet tarafından izin verilmedi. Kültür dairesi şefi Kolbe, Münih'te dört defa sahnelenmesi planlanan programı yasakladı.

Programın sunulduğu yerler ve tarihleri:
22.5. **Köln**, Schauspielhaus;
23.5. **Stuttgart**, Staatstheater Kleines Haus; 24.5. **Köln**, Schauspielhaus; 26.5. **Freiburg**, Audimax Universität; 28.5. **Bochum**, Schauspielhaus; 29.5. **Früth**, Staatstheater; 31.5. **Düsseldorf**, Schauspielhaus.

"Türkiye-Yardımı"na karşı:

PROTESTO EYLEMLERİ OLARAK KİLİSE İŞGALLERİ

Cuntaya yardım bir milyar DM artırılmak isteniyor

Mayıs ayının ikinci haftasında Federal Cumhuriyet'in 17 şehrinde kilise işgalleri gerçekleşti. Türkiyeli anti-faşistler tarafından düzenlenen bu eylemler diğer şehirlerin yanı sıra Hamburg, Batı Berlin, Münih, Frankfurt, Köln, Nürnberg ve Bielefeld'te yapıldı.

Kilise işgalleri, özellikle, giderek genişletilmekte olan "Türkiye-Yardımını" protesto etmeyi amaçlamıştı: Çünkü, OECD ülkeleri, faşist cuntaya yapılan yardımların yeniden 1 milyar DM artırılmasını kararlaştırdılar.

Bu eylemler aynı zamanda dün olduğu gibi, bugün de Federal Cumhuriyette Alman makamlarının ve polisinin engellemeleriyle karşılaşmadan demokratik güçlere karşı yıldırma ve kanlı terör politikasını sürdüren Türk faşistlerine karşı da yönelmişlerdi.

Bu arada, gerçekleşen kilise işgal etme eylemleri kilise yönetimlerinin farklı yankılarıyla karşılaştı. Kiliseler, bir kaç şehirde bu eylemleri açıkça desteklerken, diğer şehirlerde kilise mensuplarının protestolarıyla karşılaştılar.

Türkiyeli anti-faşistler, Alman demokrat kamuoyunun da desteğini alarak, cuntanın gerçek yüzünü kitlelere göstermek ve Türkiye'deki gerçek durumu bilmeyen insanları aydınlatmak için her yerde değişik eylem biçimleri kullanmaktadırlar.

Faşist cuntaya yapılan askeri ve ekonomik yardımlrın tümü kesilmelidir!

50 000 isan savaşa karşı yürüdü

BATI BERLİN'DEN HALK MUHABİRİ

8 Mayıs günü yapılan ve 50 000 insanın katıldığı yürüyüş, barış hareketindeki büyük bir gelişmeyi ifade etmektedir. Politik, ideolojik ve dini ayrılıklar göz önüne alınmadan 80 örgüt, insiyatif ve parti pürüyüşüyle ilgili ortak çağrıyı imzaladılar. Yürüyüş, özellikle NATO silahlanma kararına; atom silahlanmasına karşı yönelmişti.

Bu yürüyüşe katılan bir çok yaşlı insan, yaşamış oldukları iki dünya savaşından edindikleri tecrübeleri gençliğe aktardılar. 2. Dünya Savaşından edindikleri tecrübeleri gençliğe aktardılar.

Bu yürüyüşe katılan bir çok yaşlı insan, yaşamış oldukları iki dünya savaşından edindikleri tecrübeleri gençliğe aktardılar. 2. Dünya Savaşından sonra Batı Berlin'de yapılan bu en güçlü yürüyüş, "Alman topraklarında bir defa daha savaş istemiyoruz" diye haykıran halkın savaş ve barış sorununu oldukça ciddiye aldıklarını bütün açıklığıyla gösteriyordu.

Yürüyüşte partimizin Batı Berlin Kolu'nun açıklamasını da kapsayan KPD'nun Barış Planı geniş bir şekilde dağıtıldı. Barış Planın'da yer alan ve her iki Alman devletinin tarafsızlığını vurgulayan talep ve Batı Berlin'in özgür bir şehir olması talebi büyük bir ilgi gördü. Ve bu talepler mutlaka daha detaylı bir biçimde tartışılacaktır. Bunu, bir çok serginin yanı sıra kapanış mitinginin yapıldığıvalanda Partimizin açtığı kültür sergisi de gösteriyordu.

Ülkemizde yaşayan insanlar barış istemektedirler. Bu, her gün daha açık bir şekilde ortaya çıkmaktadır. Ve burada sadece tek tek silah sistemlerini reddetmek yeterli değildir: NATO'dançıkılmalıdır!BRD tarafsız olmak zorundadır! Batı Berlin militarizmden arınmalı ve özgür bir şehir olmalıdır!

(„50 000 demonstrieren für Frieden und gegen den Krieg" RM/Nr. 20, S. 6)



Geçen hafta işten atılmaları protesto eden Krupp işçileri.

Krupp emekçileri protesto eylemine gitti

10 000'DEN FAZLA DEMİR-ÇELİK İŞÇİSİ YÜRÜDÜ

BOCHUM. — Demir-çelik sanayiinde onbinlerce işçi işten atılmakla tehdit ediliyor. En büyük demir-çelik işletmelerinden biri olan Krupp tekeli, gelecek yılın sonuna kadar Hagen, Duisburg, Krefeld ve Bochum'daki işletmelerinde yaklaşık 5 500 işyerini tahrip etmek istiyor. Bu durumdan etkilenen işçiler, Krupp Yönetim Kurulu'nun işyerlerini tahrip etme planlarının idare meclislerinde görüşülmesi dolayısıyla yeniden güçlü eylemlere gittiler.

Duisburg-Rheinhausen'deki Krupp işletmelerinde 11 Mayıs Pazartesi günü greve giden 500 işçi, işyerinden ayrılarak, Eyalet ve Federal Parlamenterlerin toplantı yaptığı işçi temsilciliği lokaline yürüdüler.

12 Mayıs Salı günü Krefeld'deki Krupp işletmelerinde çalışan 2000 emekçi, idare meclisi toplantısının yapıldığı yere doğru yürüdüler. Ve yine bir önceki gün Hagen işletmelerinde çalışan 2500 işçi belediye binasına yürümüşlerdi.

Çarşamba günü, Krupp tekelinin idare meclisi toplantısında Bochum'daki işletmelerinde çalışan 6 000 işçi ve memur, bir kaç saatliğine işi bırakarak, üç koldan idare binasına doğru yürüyüşe geçtiler. **Krupp'un Hagen ve Rheinhausen işletmelerinden gelen işçilerle beraber, protesto yürüyüşüne katılanların sayısı 8 000'ni aşıyordu.**

Bu eylemlerde taşınan pankartların üzerinde en çok göze çarpan ve aynı zamanda atılan sloganlar şöyleydi: "Bochum, Hagen, Rheinhausen, Siegen; işten atılmaya karşı ortak yürüyelim, ortak mücadele edelim!" "Krupp bize garanti vaadediyor ve şimdi işsizliği planlıyor!" "Patronlara karşı mücadele etmezsek, işletmemiz kapanacaktır!", "Biz yaptık, onlar yıkıyorlar!", "Tam ücret karşılığı 35 saatlik iş haftası!". Bu protestoların sonucu idare meclisleri bir karara varamadı.

HDW/Hamburg

MUHALEFET GERİCİ KOCK-PETER KLİĞİNİ YIKTI

HAMBURG. — Hamburg'taki gemi tersanesi Howaldswerke-Deutsche Werft'te (HDW) yapılan işçi temsilciliği seçimlerinde sınıf mücadeleci sendikacılar büyük bir başarı sağladı: Muhalefet listesi "Aktive Meteller", toplam sayısı 27 olan işçi temsilcilerinden 14'ünü kazanarak, işçi temsilciliğinde çoğunluğu sağladı. RGO'nun çıkardığı aday listesi ise bir işçi temsilcisi aldı.

RGO'nun kazandığı işçi temsilcisiyle beraber, muhalefet 15 sandalyeye sahip. Büyük bir yenilgiye uğrayan IGM listesi sadece 11 işçi temsilcisi aldı. Bir işçi temsilcisini ise, bölücü ve gerici "Alman Memurlar Sendikası" (DAG) aldı.

Sadece işçi kesimini ele aldığımızda, IGM listesinin başını çeken Kock-Peter kliğinin ve onları destekleyen Hamburg IGM şube yönetiminin yenilgisini daha açık bir biçimde görürüz: İşçi kesiminde "Aktive Meteller" listesi oyların yüzde 56'sını, RGO listesi yüzde 5'ini ve IGM listesi oyların yüzde 39'unu aldı.

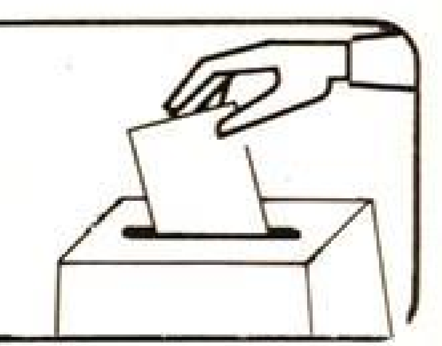
Böylece işçi temsilcisi başkanı Peter'in etrafında toplanan ve IGM şube yönetimi tarafından desteklenen işçi düşmanı klik yıkılmış oldu. Bu, Hamburg'taki HDW tersanesi işçileri için büyük bir ilerleme ve sendika içi muhalefetin sendika ağalarına ve sendika yönetimine karşı büyük bir başarısıdır.

Böylece işçi temmsilcisi başkanı Peter'in etrafında toplanan ve IGM şube yönetimi tarafından

Gerici IGM sendika ağaları, "Aktive Meteller" listesinde yer alan 42 adayı (ki bu adaylardan 35'i işyeri sendika temsilcisidir) sendikadan atmakla tehdit etmişlerdi. Buna gerekçe olarak da, bu arkadaşların sendika düşmanı bir faaliyet içinde olduklarını göstermişlerdi. Muhalefetin kazandığı bu başarı, aynı zamanda kimin sendika düşmanları olduğunu göstermektedir.

(„Opposition stürzt die reaktionäre Kock-Cligue" RM/Nr. 19, S. 3)

'81 işçi temsilciliği seçimleri



Vulkan-Werft/Bremen

Çoğunluk muhalefet grubu "Echolot"u seçti

Listelerden birisi, IGM'in resmi listesi idi ve bu listede yer alan adaylar SPD işletme grubundan toplanmıştı. Diğer liste ise, IGM'e muhalefet eden "Echolot" grubu tarafından oluşturulmuştu.

Bu grup, üç yıldan beri aynı isimle bir işletme gazetesi çıkarmaktadır. Gazete, özellikle, eski işçi temsilciliğini elinde bulunduran ve patronla işbirliği yapan kliğin sosyal ortaklık çizgisini eleştiriyordu. "Echolot" grubu, 1977 yılında yapılan işçi temsilciliği seçimlerine de katılmış ve o zaman ancak sekiz işçi temsilciliği kazanabilmişti.

Vulkan tersanesi işçileri, son üç yıl içinde toplu işten atılmalardan, rasyonalizasyon teröründen ve işçi temsilcilerinin çoğunluğunun tersane yönetimiyle "büyük bir güven" içinde ortak çalışmaları yönünde yürüttükleri politikadan çıkardıkları tecrübelerle, sendika ağalarına önemli bir ders verdiler.

"Echolot" grubu, 14 işçi temsilcisi kazanarak, 27 kişilik işçi temsilciliğinden çoğunluğu sağladı. İşçi temsilciliğinde etkinliği kırılan eski SPD kliğinin aldığı sonuç budur. Bu sonuç sendika ağalarının kulağına küpe olmalıdır.

(„Mehrheit für Gruppe "Echolot" RM/Nr. 20, S. 5)